

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 6 Uhr.
Preis-Anzeigen
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 S.

Das alte Spiel.

Noch vor fünfzehn Jahren konnte der bürgerliche Zeitungsschwarm seinen Lesern das kraueste Zeug über Politik vorschwatzen, ohne befürchten zu müssen, Lügen gestraft zu werden. Auf das deutsche Bürgertum traf Aristoteles' Wort, daß der Mensch ein Zoon politikon, ein politisches Tier sei, nicht zu; der deutsche Durchschnittsmensch, vom gewerblichen Arbeiter abgesehen, war vielmehr politisch-zoologisch in die Klasse der Fautiere einzureihen; er kümmerle sich nur insoweit um Politik, wie sie durch pikante Bözchen gewürzt wurde. Infolgedessen hatte der politische Schwindel gute Tage. Im Jahre 1887 hatte Bismarck seinen Wahlsteg nur der politischen Unerfahrenheit der Volksmassen zu danken, die ihn gestattete, den größten Lügenkram verbreiten zu lassen, der dann für bare Münze genommen wurde. Ganz so schlimm ist es nicht mehr, wie zu jener Zeit. Das Aufkommen der Arbeiterbewegung und ihrer Presse hat viel dazu beigetragen, eine halbwegs zulängliche politische Deffentlichkeit zu schaffen, und das hat auch jene Presse, die vom politischen Schwindel lebte, gezwungen, etwas gewissenhafter zu werden.

Aber auf einem andern Gebiete des öffentlichen Lebens blüht der Schwindel noch lustig weiter, nämlich auf dem der Arbeitsstreitigkeiten. Es hat noch keine Lohnbewegung gegeben, über die nicht bürgerliche Zeitungen das Blau vom Himmel heruntergelogen hätten. Darin liegt nämlich für diese Blätter noch keine Gefahr; ihre Leser wissen über die gewerkschaftlichen Vorgänge nichts, und die Arbeiter, die über die Wahrheit unterrichtet sind, bekommen jene Zeitungen meistens gar nicht zu sehen. Die Arbeiterpresse mag den Schwindel aufdecken, so viel sie will, davon erfährt der bürgerliche Schwarm ja doch nichts, denn seine Blätter werden sich hüten, etwas über den Einspruch zu bringen. So kommt es, daß sich ausgewachsene Lügen, die wir alle paar Monate richtig stellen, forterben und von den Unternehmern jedesmal als sichere Wahrheiten verwendet werden. Ein Schulbeispiel dafür ist der bekannte Umzug mit der Ausrückung des Kollegen Meißner in Hannover, daß die Baudelegierten neben der Sorge für die Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften auch die Kontrolle über die Organisationszugehörigkeit ausüben hätten. Das fälschten damals die Unternehmerblätter so, daß Meißner gesagt haben sollte, die von uns geforderten behördlichen Baukontrollen aus dem Arbeiterstande hätten die Organisationszugehörigkeit zu übernehmen. In den letzten Jahren haben wir das wohl sechs- und mehrmal richtig gestellt, aber die Lüge ist nicht tot zu kriegen. Mit der gleichen Unerforschtheit wird sie immer wieder vorgebracht, sobald die Unternehmer und ihre Angestellten ein Interesse daran haben. Das ist, wie gesagt, ein Schulbeispiel für die Art, wie die unternehmerfreundliche Presse über Arbeiterangelegenheiten berichtet. Mit eiserner Strenge werden die ausgemachten Unwahrheiten in die Welt geschleudert.

Es konnte natürlich nicht fehlen, daß sich der alte Lügegeist auch jetzt wieder bei der Lohnbewegung im Baugewerbe in feiner Weise betätigte. Ein berühmtestes Unternehmerblatt, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, ist es, das den Ton angibt. In einem „Neue Wirren im Baugewerbe“ überschriebenen Artikel behandelt sie die gegenwärtige Bewegung. Wir wollen zur Ehre des Bundesvorstandes der Unternehmer annehmen, daß er mit dem Artikel nichts zu tun hat, obwohl man vermutet ist, den Verfasser dort zu suchen. Schon der erste Satz des Artikels enthält eine offenbare Unwahrheit: „Infolge der immer höher gehenden Forderungen der Arbeitnehmer scheint nunmehr ein Niesenkampf im Baugewerbe unmittelbar bevorzustehen.“

Es ist notorisch — selbst die Unternehmerblätter haben es berichtet —, daß die baugewerblichen Arbeiter

in dieser Bewegung überhaupt noch keine Forderungen gestellt haben. Es wird dann behauptet, daß die deutschen Arbeiter allgemein weit besser bezahlt würden als beispielsweise die englischen, und wenn die deutschen Unternehmer den Lohn noch weiter erhöhten, so müßte das ihnen den Wettbewerb mit dem Auslande bedeutend erschweren, und „aus dieser Erwägung heraus haben die Arbeitgeber im Baugewerbe kategorisch die Forderung der Arbeiterverbände, den Stundenlohn zu erhöhen, abgelehnt. Die Forderungen der Bauarbeiter enthalten, auf das Ruhrgebiet übertragen, eine Erhöhung des Stundenlohnes von 56 auf 66 S.“

Hier werden die Forderungen sogar ziffernmäßig benannt. Wir konstatieren demgegenüber nur, daß noch kein einziger Zweigverein des Ruhrgebietes eine Forderung erhoben hat. Es ist bisher überhaupt noch nicht das geringste geschehen, das einer Aufstellung von Forderungen gleichkäme. Die Unternehmer konnten Forderungen gar nicht ablehnen, weil keine gestellt waren. Das Gegenteil ist der Fall; in mehreren Orten/haben sich die Bauarbeiter erboten, die Tarifverträge ohne Lohnerhöhung auf ein Jahr zu verlängern, die Unternehmer haben das abgelehnt. Aber gleichwohl schreibt das Kapitalistenblatt, es scheine „wegen der immer höher gehenden Forderungen ein Niesenkampf bevorzustehen“. Demgegenüber kann gar nicht energisch genug betont werden, daß die Bauarbeiter gar keine Forderungen gestellt hat. Die Wahrheit liegt vielmehr, wie die Kollegen wissen, gerade umgekehrt: Die Unternehmer haben Forderungen gestellt. Sie fordern von uns die Preisgabe des Mindestlohnes, fordern die Anerkennung ihrer Arbeitsnachweise, Anerkennung einer Lohnbestimmung, die sie als Handhabe zum Lohnruhr benutzen wollen, fordern das Verbot der Agitation während der Pausen usw. Nicht die Arbeiter sind es also, sondern die Unternehmer, die den Konfliktstoff geschaffen haben.

Der Zweck dieses vorliegenden Artikels ist in seinen Zeilen enthalten. Nämlich in diesen: „Die Arbeitgeber im Baugewerbe sind in dem mehrfach erwähnten Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe fest zusammengeschlossen. Von besonderer Bedeutung aber ist die Angliederung des Bundes an den Verein deutscher Arbeitgeberverbände und an die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, an das sogenannte Kartell. Damit bildet der Deutsche Arbeitgeberbund einen ganz andern Machtfaktor, als wenn er, allein auf sich angewiesen, auf das Kampffeld trat. Wenn sämtliche Vertreter der jetzt organisierten Arbeitgeberverbände, von der schweren Industrie bis zu den Handwerkerverbänden hinab, einig zusammenstehen — schon um der prinzipiellen Bedeutung der ersten Nachfrage willen kann man ein einiges Vorgehen erwarten —, so ist die Stellung der Arbeitgeber schwerer zu erschüttern. Auch der Moment für eine allgemeine Schlichtung der Bauwerkstätten gerade in der augenblicklichen Zeit wäre vom Standpunkte der Arbeitgeber nicht schlecht gewählt.“

Das Ganze ist eine Beteile um die Gunst der Großindustrie. Die Großindustriellen sollen die Bauunternehmer unterstützen durch Gewährung der Streik-Klausel, durch Entlassung etwa in den Betrieben beschäftigter Bauarbeiter, vielleicht auch mit Geld. Darauf läuft die ganze Geschichte hinaus. Die Großindustriellen von Rohle und Eisen werden sich erweichen lassen. Besonders die letzteren, denn sie sind den Bauunternehmern noch besonderen Dank schuldig für die Denunziation durch den Unternehmer Rißner-Bremmerhagen, der die Eisenindustriellen auf der letzten Generalversammlung des Bundes der Außerachtlassung von Arbeiterschutzvorschriften beschuldigte.

Der Artikel beschäftigt sich damit, wie lange die Aussperrung wohl dauern könne. Diese Aussperrungen sind so blödsinnig, daß man fast versucht wird, zu glauben, ein früherer Redakteur der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ habe sie geschrieben: „Für die Arbeitnehmer kommt für den Ausgang des Lohnkampfes vor allen Dingen die Finanzfrage in Betracht. Der 22 000 Arbeitgebern stehen etwa 300 000 Arbeitnehmer gegenüber, die über einen Kasseebestand von ungefähr acht Millionen Mark verfügen. Als Auslandsüberweisung stehen aber nur vier Millionen Mark zur Verfügung, da die Kasseebestände eine größere Abhebung des Kasseebestandes nicht zulassen. Rechnet man auf einen Arbeiter 2 Unterstützungsgeld für den Tag, so wären bereits nach sieben Tagen die Hilfsgelder erschöpft.“

So geht es dann noch weiter. Es ist unglaublich, was man sich erlaubt, der Deffentlichkeit anzubieten. Seit bald drei Monaten sind die Anträge des Unternehmerbundes zum Vertragsmuster bekannt; es ist darüber in den Gewerkschaftsblättern und den politischen Arbeiterorganen des Landes und Breiten geschrieben worden; der provokatorische Charakter der Anträge liegt so klar auf der Hand, daß selbst kein Mitglied des Bundesvorstandes ihn leugnen wird — und das führende Blatt des rheinisch-westfälischen Kapitals tut so, als ob es sich um einen Abwehrkampf des Unternehmertums handelte! Und die unglaublich dumme Begründung der Haltung der Unternehmer mit den Löhnen in England! Vor wenigen Wochen erst haben wir statistische Angaben über die Maurerlöhne in England gebracht, die die bessere Entlohnung der englischen Maurer zahlenmäßig nachweisen, wobei noch gar nicht berücksichtigt ist, um wieviel wohlfeiler der Lebensunterhalt infolge der fehlenden Zollschranken ist. Immerhin hätte das Verste noch etwas Sinn, wenn es sich bei uns um ein Sportgewerbe handelte; das Baugewerbe ist aber einseitig noch auf die Produktion für den lokalen Markt angewiesen, wenigstens hat man bisher nicht versucht, Londoner Kaufhäuser in Deutschland zu bauen und über die Nordsee zu schleppen. Das hindert natürlich dies saubere Pressvolk nicht, mit seinem Zahlenbrimborium einherzuzustelzen und seinen gläubigen Lesern den handgreiflichsten Blödsinn aufzubringen.

Es war voranzusehen, daß man diese Schwindel-mandern nicht unterlassen würde. Dem Unternehmertum ist es darum zu tun, die ganze bürgerliche Gesellschaft auf seine Seite zu bringen; nicht bloß des moralischen Ans wegen; es weiß ganz gut, daß ihm die allgemeine bürgerliche Sympathie unter Umständen sehr reale Dienste leisten kann. Und da das Unternehmertum, wenn es bei der Wahrheit bleibt, nicht auf diese allgemeine Sympathie zu rechnen hat, so beordert es seine Angestellten, aus Weiß Schwarz und aus Schwarz Weiß zu machen. Das ist jetzt altes unehrliches Spiel. Es mag sich aber dessen versehen, daß wir ihm dabei noch oft in die Parade fahren werden.

Rampfrüftungen überall.

Schon in Nr. 6 des „Grundstein“ teilten wir mit, daß die vor Kämpfen stehenden Verbände der Holzarbeiter, Bergarbeiter und Stukkateure durch Erhebung von Extrabeiträgen energisch zu den Kämpfen rüften. Die Stukkateure erheben neben ihrem regelmäßigen Wochenbeitrag von 50 bis 90 S einen Extrabeitrag von 1 pro Woche, die Bergarbeiter einen solchen von 50 S pro Monat. Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes zieht von den Baustellen dadurch Extrabeiträge ein, daß er den Verbandsbeitrag von 50 resp. 60 S ohne Abzug der lokalen Progenite an die Hauptkasse abführen läßt; so daß die Mitglieder zurzeit einen wöchentlichen Extrabeitrag von 20 S zu zahlen haben. Gleichzeitig empfiehlt der Vorstand den leistungsfähigen Vereinen, über

den Satz von 20. § hinauszugehen, um auf diese Weise die Hauptfrage zu klären. Da die Mitglieder begriffen haben, was auf dem Spiele steht, läßt ihre Opferwilligkeit auch nichts zu wünschen übrig. Fast alle Zahlstellen haben in den letzten Wochen ihre Beiträge stark erhöht. In der letzten Nummer der „Golzarbeiter-Zeitung“ werden allein für 262 Orte Extrabeiträge seitens des Verbandes vorkommend genehmigt. In der vorletzten Nummer wurden 82 Zahlstellen bekannt gegeben, während die Beschlußfassung in vielen noch aussteht. In zehn Orten mit 80 000 Mitgliedern wird gegenwärtig ein Beitrag von M 1,50 und in zehn Orten mit 12 000 Mitgliedern ein solcher von M 1,20 resp. M 1,25 erhoben, während für rund 50 000 Mitglieder der Beitrag auf M 1 pro Woche erhöht wurde. Dann folgt eine große Anzahl Zahlstellen mit 90 und 80-3 Wochenbeitrag. Auch die abgelegten Orte im Erzgebirge, Riesengebirge und im Schwarzwald mit ihren niedrigen Löhnen sind nicht zurückgeblieben und haben erhebliche Beitragserhöhungen vorgenommen, um den Unternehmern ihre Pläne zu versagen. Daneben haben alle Zahlstellen erklärt, daß beim Ausbruch des Kampfes eine weitere Steigerung der Beiträge selbstverständlich sei, teilweise ist schon jetzt die Verdoppelung derselben für diesen Fall beschloffen.

Auch die Mitglieder des christlichen Golzarbeiterverbandes und des Gewervereins leisten bedeutende Extrabeiträge und sogar die Geschäftsleitung der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“, deren Mitglieder sich so oft mit der Phrase abfanden, daß man aus Idealismus kämpfe und keine aber doch nur geringe Beiträge nötig habe, ruft energisch zur Erhebung von Extrabeiträgen auf. In einem Leitartikel in Nr. 4 der „Einigkeit“: „Was ist zu tun?“ heißt es: „Es ist zu spät, erst dann die Mitglieder zur Tat aufzurufen, wenn der Feind schließlich schon die ersten Siedeberührt hat. Im Gegenteil müssen wir immer und jederzeit tatbereit sein, treu dem Grundsatze: Die beste Dedung ist der Siebel!“ Es müsse Aufgabe aller Mitglieder sein, den in den Kampf kommenden Brüdern frühzeitig eine gute Rückenstütze zu schaffen. Den Organisationsgenossen wird deshalb empfohlen, „neben ihren laufenden Beiträgen allwöchentlich mindestens 25 % an ihre Organisationsextrazugaben.“ In einem andern Artikel heißt es:

„Es ist heute leider so, daß auch zu gewerblichen Kämpfen Geld und immer wieder Geld gehört. Wir dürfen nicht mit verdrängten Armen die Dinge an uns herantommen lassen, sondern müssen ihnen zu begegnen suchen, um nicht übermächtig zu werden. Jede Organisation muß dafür sorgen, daß ihre Kassen gefüllt werden. In diesem Falle sind die Kassen der Organisationen in der Tat Sparkassen. Man kann doch aus einer solchen unmöglich etwas herausnehmen, wenn man vorher nichts hineingelegt hat.“

Außer diesen Organisationen hat nun auch der Vorstand des Zimmererverbandes Schritte zur

Stärkung des Streikfonds unternommen, indem er vorläufig von den Zahlstellen pro Mitglied einen Streikfondsbeitrag von M 1,60 in der ersten, M 2 in der zweiten, M 2,50 in der dritten, M 3 in der vierten und M 3,50 in der fünften Beitragsklasse erhebt. Als Grundlage der Berechnung sollen die im dritten Quartal 1909 geleisteten Beiträge dergestalt gelten, daß je 13 verkaufte Beitragsmärkte als ein Mitglied zählen. Am Schluß des ersten Quartals soll der Streikfonds an die Hauptkasse abgeliefert sein.

Wir dürfen wohl annehmen, daß beim Erscheinen dieser Zeilen unser Verbandstag ebenfalls für die weitere Stärkung unseres Kampffonds gesorgt hat. Kein Kollege, der unsere Aufgabe in nächster Zeit zu durchschauen vermag, dem sein eigenes Wohl und das der Organisation am Herzen liegt, wird dagegen heute noch etwas einzuwenden haben.

Von den Verhandlungen.

Die „Baugewerks-Zeitung“ spricht in ihrer neuesten Nummer von der „Erklärung“ des Deutschen Arbeiterbundes gegen die „Baugewerks“. Dabei weist sie auf die Bundesgeneralversammlung in Straßburg hin und tritt nochmals für die Aufrechterhaltung der von den Unternehmern eingereichten Verschlechterungsanträge zum Vertragsmuster ein. Was sie will, läßt sich kurz dahin zusammenfassen: Der Unternehmer muß Herr auf dem Werkplatz bleiben. Der Arbeitsnachweis muß in die Hände der Unternehmer gelegt werden. In den Vertrag muß das Wort „täglich“ eingefügt werden; der Lohn soll „angemessen“, d. h. je nach der Leistung sein. Die Zulassung der Aushilfsarbeit muß im Vertrage garantiert werden. Die Agitation auf der Baustelle muß aufhören. Die Verträge werden zwischen den Zentralorganisationen abgeschlossen. — Alle diese Punkte glaubt man durchzuführen zu können; denn glücklicherweise sei der Verband so erklärt, daß man hoffe, selbst einen langwierigen Kampf siegreich überstehen zu können. Die kirchlich festgebundenen Beratungen der Bundesvertretung, wobei alle Vorstandsmitglieder aus dem ganzen Reiches lidenlos beisammen waren, habe ein glänzendes Zeugnis von der Einmütigkeit dieser Vertretung gegeben. Nicht ein Vertreter sei darunter gewesen, der nicht das Wort im Sinne unbedingter Bundesstreue ergüßten hätte.

Wir unterschätzen die Macht des Arbeitgeberbundes nicht, glauben aber auch nicht, daß die Unternehmer in ihrer Gesamtheit selbst wirklich ernsthaft an die Durchführbarkeit ihrer Forderungen glauben. Auch mit der Einmütigkeit kann es wohl in der Bundesleitung, keineswegs aber im ganzen Bund so bestellt sein, wie man die Deffinitivität gerne glauben machen möchte. Das geht auch aus den nachfolgenden Berichten aus dem Gau Bremen und Albed hervor, wo die Unternehmer das ihnen von ihren süddeutschen Kollegen aufgezwungene Wort „täglich“ sowie den Stöckelsohn preisgeben. Viel will das allerdings nicht betagen, und nichts wäre verkehrter, als wenn man sich deswegen Hoffnungen auf eine friedliche Abwicklung des Vertragsabchlusses machen wollte. Kämpfen und uns bereit halten muß deshalb nach wie vor unsere Aufgabe sein.

Nachfolgend einige Berichte von den örtlichen Verhandlungen der letzten Woche.

Im Gebiete des Gaues Magdeburg haben bisher in Calbe a. d. M., Halberstadt, Magdeburg, Neuhaldensleben, Staßfurt, Tangerhütte und Wernigerode Verhandlungen stattgefunden. Das Resultat war in Staßfurt

und Wernigerode vollständig negativ. Die Konjunktur war in beiden Orten im Vorjahre sehr schlecht; die Unternehmer glauben, sie werde auch im laufenden Jahre nicht besser werden, weshalb sie keine Lohnerhöhung bewilligen wollen. In Calbe erkaht ist als Resultat der Verhandlungen zu betonen, daß die jetzt üblichen Arbeitsbedingungen nach Abschluß der zentralen Verhandlungen in den Werkstätten hineingearbeitet werden sollen. In Langenbütze wollten die Unternehmer für jedes Vertragsjahr 1 % Lohnerhöhung bewilligen; sie halten es aber für ausgeschlossen, daß bei den zentralen Verhandlungen die fünfjährige Vertragsdauer festgelegt werden kann. Die Unternehmer in Magdeburg stehen ebenfalls auf dem Boden des Vertragsmusters, das von den Zentralvorständen noch weiter ausgearbeitet werden soll. Im übrigen sind sie der Meinung, die bisher übliche Arbeitszeit von neuneneinhalb Stunden müsse selbst dann beibehalten werden, wenn es zu einer fünfjährigen Vertragsdauer komme. Eine Lohnerhöhung wollen sie gewähren; wie hoch sie sein soll, soll jedoch erst bei den späteren Verhandlungen entschieden werden. In der Frage der Arbeitsvermittlung waren sich die Vertreter beider Parteien darüber einig, daß der bisherige Zustand beibehalten werden soll, wonach trotz des bestehenden Arbeitsnachweises die Arbeitsvermittlung fast ausschließlich auf den Arbeitsplätzen erfolgt. Auch in Neuhaldensleben forderte die Unternehmer den Mustervertrag als Grundlage des abzuschließenden Vertrages. Zugeständnisse zu machen, haben sie nach jeder Richtung hin abgelehnt, nur für Nacharbeit sollen in Zukunft 10 % Zuschlag abgelehnt werden. In Calbe a. d. M. sind die Unternehmer nicht Mitglieder des Arbeitgeberverbandes. Die Verhandlungen wurden in Gegenwart des Bürgermeisters Neumann und des Ratmanns Albrecht geführt. Das Resultat war, daß der Lohn vom 1. März an von 85 auf 88 % erhöht werden und die gefünftägige Arbeitszeit in Zukunft während der Sommermonate fortgesetzt eingekauft werden soll.

Für das Südeber-Vertragsgebiet fand am 3. Februar eine Verhandlung statt. Die Unternehmer erklärten, Zugeständnisse nur nach der von ihrem Bundesvorstand herausgegebenen Direktive machen zu können. Eine Arbeitszeiterhöhung und eine Lohnerhöhung lehnten sie rundweg ab. Auf eine Anfrage, wie sie sich zu den Worten „täglich“ und „gelernt“ stellten, erwiderten sie, auf das Wort „täglich“ legten sie gar kein Gewicht, es sei für sie völlig überflüssig; ob das Wort „gelernt“ eingefügt werden solle, wollten sie sich noch überlegen; ein Stein des Anstoßes solle es für sie nicht sein, wenn dadurch der Frieden gesichert werden könne. Die Beibehaltung des Minimallohnes hatten sie für erforderlich. Ueber die Bestimmungen, betreffend Arbeitsstunden, Zustände usw., wurde nur teilweise eine Uebereinstimmung erzielt, weil die Unternehmer zu direkten Zugeständnissen keine Vollmachten hatten. Für die Verlegung des Wochenabchlusses auf den Freitag und die Lohnzahlung vor Schluß der Arbeitszeit auf der Baustelle wollten sie in ihrer Versammlung eintreten. Ueber Neububen usw. verlangten wir die Aufnahme der diesbezüglichen Bestimmungen der Senatsverordnung vom 1. April 1909. Die Unternehmer lehnten dies ab, angeblich, weil die Verordnung nach ihrer Meinung zu Unrecht bestünde, da der Senat die in Frage kommenden Körperschaften nicht gehört habe. Durch die Aufnahme in den Vertrag würden sie die Verordnung offiziell anerkennen, was sie nicht wollen. An einem fünfjährigen Vertragsverhältnis müßten sie festhalten, am liebsten würden sie den Vertrag gleich auf sechs Jahre abschließen.

Im Gau Bremen begannen die Verhandlungen für das untere Weser- und Emsgebiet am 29. Januar zunächst mit Bremen. Da die Unternehmer hauptsächlich in den von den Arbeitern in eigener Regie ausgeführten Fabriken würden die vertraglichen Lohn-

Religion und Volksseele.

In einem im Verlag für Literatur, Kunst und Musik in Leipzig erschienenen Büchlein behandelt Mag. Gubbe dieses Thema. In zehn Kapiteln legt er seine Auffassung vom Wesen der Religion, den Grundzügen des Christentums, von Glauben und Unglauben, Offenbarung, Kunst und Wissenschaft als Religion, Jenseits und Ewigkeit dar, beantwortet er die Fragen: Ist Gott? und: Was ist uns Jesus?

Um es vorweg zu sagen: Gubbe ist Christ, aber nicht Christ im Sinne des Kirchentums und des Dogmas, sondern im Sinne der Freiheit und des edelsten Menschentums. Von der Kirche sagt er, sie habe die Religion zu einem gesellschaftlichen Zwang und zur Modestücke gemacht. Die Religion der Kirche führe zur Unfreiheit und zur Verflachung des religiösen Geistes. Sie liege wie ein mittelalterlicher Alp auf der germanischen Volksseele, weshalb uns der Staat von der Kirche befreien müsse. Der Staat müsse der Religion ihre einengenenden Fesseln nehmen, er müsse durch weise Auffassung, Erziehung unumschränkter Gewissensfreiheit, Ausrottung des Fanatismus und der oft genossenschaftlichen kirchlichen Gewalt sein Volk zur Religion der Wahrheit erziehen. Nach Gubbe ist kein normaler Mensch ohne Gott; denn nach ihm ist Gott keine übermenschliche Person und kein leerer dogmatischer Begriff, sondern Gott ist ihm das Edelste, Schönste und Erhabenste, dem das Menschenherz immer wieder ahnungsvoll zu streben. Religion ist Veredelung, des eigenen Ich, ist sittliche Begeisterung. Mit diesen Worten drückt er am besten die hohe Auffassung aus, die er von Gott und der Religion hat.

Auch die Religion und der Gottesbegriff haben sich, wie alles andere, entwickelt. Die Völker des Altertums hatten eine ganze Reihe Götter, in denen die verschiedensten Naturkräfte symbolisiert waren. Der Gott der Juden heidete sich wie ein Mensch; er ging mit den Menschen spazieren und aß und trank an ihrem Tische. Beim Christentum entwickelte sich aus dem Gott der Juden und der griechischen Religionsvorstellung die göttliche Dreieinigkeit. Zum Vater kam der Sohn und der heilige

Geist. Und auch von diesen Gottheiten machte man sich im Laufe der Zeiten die verschiedensten Vorstellungen. Noch in unserer Jugend schilderte man uns Gott als eine leibhaftige Person, die angeblich über den Wolken thronete und dort über Donner und Blitz gebot. Unausgeklärten Menschen konnte man das immerhin sagen. Für Christen mit ein klein wenig naturwissenschaftlicher Bildung ist Gott ein immaterielles Wesen, ein Geist, eine Kraft, die die ganze Welt erfüllt, die sie treibt und erhält und die damit auch gleichzeitig über das Schicksal des Menschen waltet. Der Gottesbegriff, wie ihn Gubbe definiert, ist vom Standpunkt der Religion aus zweifellos das höchste bisher Erreichte. Sein Gott ist höchste Sittlichkeit, ist Wahrheit und deshalb Fortschritt.

Als vornehmster Repräsentant aller Religionen erdämet Gubbe Christus, dessen edel demokratischen Zug und dessen Kampf gegen die konfessionsorthodoxe Gesellschaftsklasse er besonders hervorhebt. Er habe das alte Heiligtum, das seiner heiligen Begeisterung fähig war, bekämpft, und an den Stüben von Thron und Altar gerüttelt, weil sie morsch waren. Das Charakteristische Merkmal des Christentums (nicht des Kirchentums) sei dienende, allerbarmende allvergebende Nächstenliebe, weshalb der Grundzug des Christentums der Sozialismus sei. Das innerste Wesen der christlichen Religion bedeute Ernteaufgang, weil sein Fundament der Glaube an den Sieg des Guten sei. Im Christentum aber liege das Geheimnis für eine tiefere Entwicklung des Christentums. Deshalb sei mehr Festum und weniger Kirchentum zu fordern.

Paradox klingt, was Gubbe vom Unglauben sagt: Die Ungläubigen sind zum größten Teil die Gläubigen. Auch der Unglaube sucht Gott; er steigt nur tiefer hinab in die Unwelt des Lebens. Er sucht inrunder und kampftäter. Bei Gubbe werden diese Worte zur Wahrheit; für ihn ist „Gottfuder“ gleichbedeutend mit „Wahrheitfuder“; aber nicht jeder Ungläubige ist Wahrheitfuder. Es gibt Menschen, bei denen der edelste Teil ihres Wesens, der innere Mensch, die Lebensfähigkeit ihrer Gefühle erloschen ist. Das sind Menschen, die mit den der Vernunft widersprechenden Religionslehren überfüllt sind und die nicht die seelische Kraft haben, sich zu einer reineren, höheren religiösen Erkenntnis durch-

zuführen. Durch die Kirche selbst wurden sie hinabgestoßen in den Pusch religiöser Gleichgültigkeit und Trägheit.

Als der Religion in ihrem Ursprung und Endzweck verkannt bezogener Gubbe die Kunst. Beide seien, wenn sie innerlich erlöst werden, Erlösungswerte. Goethes Lyrik heiße eine heiligere und größere Erleuchtung als der biblische Psalter, und der ewige Gehalt in Hebbels Dramen sei gewaltiger als der des ganzen alten Testaments. Schiller und Goethe bezeichnet er als religiöse Propheten und Offenbarer Gottes, deren Kunst vom Hauch der Unigelt durchweht sei. Im „Tell“, im „Kabale und Liebe“, „Maria Stuart“, „Don Carlos“, im „Egmont“, der „Iphigenie“ und dem „Faust“ schaffen und ringen sittliche Kräfte und führen uns durch höchste Lieberzeugung „ins Reich Gottes“. Auch die Wissenschaft, die den frömmelnden Götzenbildern die Karbe der Unwahrscheinlichkeit vom Antik reißt, die Nebel der Vorurteile verjagt und auf den Altar der Wahrheit die Fackel der Erkenntnis stellt, ist Religion. Alle großen Naturforscher sind sittlich strebende Gottfuder.

Man sieht, die christliche Religion, wie sie Gubbe versteht, hat nichts mehr gemein mit der alten Religion der christlichen Kirche, die allzeit bemüht war, den Geist in Fesseln zu schlagen und sich dem Fortschritt entgegenzuhalten. Diese Religion predigt den Armen nicht mehr schwebende Unterwerfung unter den Willen der Beschiedenen, sie verkörpert sie auch nicht auf ein „besseres Jenseits“, sondern sie rüttelt sie auf, sich ihres Menschentums bewußt zu werden und durch Kunst und Wissenschaft dem Schicksal, ihrer eigenen Vollendung auszustreben. Zudem sie sich bemüht, die sittlichen Kräfte des Volkes zu wecken und es zur Begeisterung für die Wahrheit zu entflammen, stellt sie sich in den Dienst der Freiheit und des Fortschritts.

Das Büchlein kann von jedem, ganz gleich, ob er sich für einen Gläubigen oder Ungläubigen hält, mit Nutzen gelesen werden. Wir haben es hier mit einer Stimme zu tun, die typisch ist für die Erziehung innerhalb der religiös tief empfindenden Kreise. Darum wird das Buch jedem kritisch betragenden Menschen, der es nachdenklich liest, mehr Anregung geben als sein bescheidener Umfang (80 Seiten) vermuten läßt. A. E.

nicht gefordert wurde vor Eintritt in die Tagesordnung von den Unternehmern und Arbeitern die Erklärung abgegeben, daß beide Parteien ihren ganzen Einfluß zur Einstellung der tariflich festgesetzten Löhne bei organisierten wie unorganisierten Unternehmern geltend machen wollen. Das Lohngebiet wurde erweitert; es soll künftig die Städtegemeinden Bremen und die Randgemeinden des linken und rechten Ufers umfassen. Die Unternehmer verlangten zu wissen, welche Lohnforderung wir zu stellen gedächten. Wir erklärten, daß wir, solange man sich über das Vertragsmuster und die Dauer des Vertrages nicht einig sei, bestimmte Lohnforderungen nicht stellen könnten, stellen aber den Unternehmern anheim, für eine fünfjährige Vertragszeit ihrerseits Angebote zu machen. Die Unternehmer erklärten, auch bei einer fünfjährigen Vertragsdauer könne in Anbetracht der Wirtschaftslage keine Lohnerhöhung stattfinden, und das, obwohl man uns 1908 für dieses Jahr eine Lohnzulage versprochen hat. Da wir Auffassung darüber verlangten, ob sie prinzipiell jede Lohnforderung für die nächsten Jahre ablehnten und ob sie an dem Worte „täglich“ festhielten, und da die Unternehmer unsere Lohnforderungen wissen wollten, zog man sich zu gesonderten Beratungen zurück. Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärten die Unternehmer, prinzipiell nicht gegen eine Lohnerhöhung zu sein. Auch auf das Wort „täglich“ und auf Staffellöhne wollten sie verzichten und diesen Standpunkt auch auf ihrer Straßburger Generalversammlung vertreten. Wir sprachen unsern Kollegen die Erklärung der Unternehmer in einer Mitgliedsversammlung zu unterbreiten. Am 21. Februar sollen dann weitere Verhandlungen stattfinden. Der gleiche Zug wie in Bremen ging durch die Verhandlungen in Regensburg, Deilmersdorf, Süde und Berde. In den ersten drei Orten sind die Lohnforderungen erledigt, in Berde dagegen kam noch nichts zustande. Die Unternehmer in allen Orten sind, wie in Bremen, gegen das Wort „täglich“ und gegen Staffellöhne und Durchschnittslöhne; denen in Berde ist eine Vertragsdauer von fünf Jahren zu lang, alles in allem stehen wir immer noch auf demselben Stand wie vor den Verhandlungen.

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Mittelfranken hat den Tarif zum 31. März genehmigt und den Organisationen gleichzeitig erklärt, daß für den Neuabschluss eines Vertrages das Tarifmuster des Arbeitgeberverbandes maßgebend sein soll. Hinsichtlich der der örtlichen Regelung unterliegenden Punkte wiederholte der Unternehmerverband seine bei den Verhandlungen am 7. Januar gemachten und von den Arbeitervertretern abgelehnten Vorschläge, die bisherigen Bestimmungen über Lohnhöhe und Arbeitszeit in das Vertragsmuster aufzunehmen.

Im Gau München ruhen die Unterhandlungen vollständig, seitdem sie in München gescheitert sind. Seltener erklärte damals, daß nur dann wieder in Unterhandlungen getreten werden könne, wenn unsererseits bestimmte Anträge vorlägen. Unsere Kollegen haben jedoch kein Bedürfnis, unter den heutigen Verhältnissen auf Verhandlungen zu dringen, da sie auf einen Vertrag mit den von den Scharmachern beantragten Forderungen und Wiedereinstellen gern verzichten.

Änderung in der Arbeitsweise im obereschlesischen Baugewerbe.

Was viel ist schon über die Eigenart der Arbeitsweise im obereschlesischen Baugewerbe geschrieben worden; nun hat es den Anschein, als werde das hier herrschende System sein Ende erreichen und die Arbeitsweise die im übrigen Reich übliche werden. Diese Veränderung wird die für den Regierungsbezirk Oppeln erstens Polizeiverordnung betreffen, wonach jugendliche, d. h. noch nicht 16 Jahre alte Arbeiter gegen Entgelt nicht mehr mit dem Befördern von Ziegelsteinen und andern Materialien auf Hochbauten beschäftigt werden dürfen. Um die Wirkung dieser Verordnung zu verstehen, ist es notwendig, die jetzige Methode nochmals zu beleuchten.

Der ganze Materialtransport in Oberschlesien wird fast durchweg von jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen und wenigen Frauen und erwachsenen Mädchen ausgeführt, und zwar werden die Ziegel- und andere Steine von Jungen, der Mörtel von Mädchen getragen. Die Jungen, denen der Ziegeltransport obliegt, üben diese Tätigkeit regelrecht vom 14 bis zum 16 Jahre aus, wofür sie einen Stundenlohn von 11 bis 16 s erhalten. Nach Vollendung des sechzehnten Jahres geben diese Arbeiter in den Gruben- oder Hüttenbetrieb über, wo sie vorher nur in beschränktem Maße Beschäftigung erhielten. In diesen Betrieben verdienen sie nun im Tagelohn oder Gedinge 2.50 bis 4. A. Daher findet man hier selten über 16 Jahre alte Steinträger. Der Mörteltransport liegt den Mädchen ob, die je zwei ein zwischen Stangen hängendes „Schaff“ mit zubereitetem Mörtel tragen. Auch diese Arbeit wird für einen Stundenlohn von 10 bis 16 s ausgeführt, nur üben die Mädchen ihre Tätigkeit bis zu ihrer Verheiratung aus.

Man denke sich nun die Wirkung dieser Verordnung, die nun diese „Bauarbeiter“ von der gewöhnlichen Beschäftigung fernhält. Im ersten (diesem) Jahre werden noch Zugeständnisse gemacht, indem die noch nicht 16 Jahre alten Jugendlichen, die jedoch schon voriges Jahr auf Hochbauten beschäftigt waren, wieder beschäftigt werden können. Die Zahl der jugendlichen beiderlei Geschlechts beträgt in Oberschlesien annähernd 6000. Diese Zahl von „Bauarbeitern“ muß nun im Laufe zweier Jahre vollständig verschwinden, und zwar muß in diesem Jahre schon für 1500 bis 2000 Erwerb geschaffen werden, im nächsten Jahre für die gleiche Zahl, und in zwei Jahren erhöht sich durch das Verbot der Frauenarbeit die Zahl auf das Doppelte. Nun wird allerdings die Zahl der Ausgehenden nicht durch eine so hohe Zahl Erwerbsloser ergänzt werden brauchen, da ein Erwerbsloser die doppelte Arbeit bewältigt. Immerhin wird sich bei der in Aussicht stehenden Konjunktur ein Bauarbeitermangel einstellen; denn Erwerb kann nicht sofort geschaffen werden. Die im Industriegebiet

vorhandenen jungen Leute sind schwer zu einer Beschäftigung bei den ihnen so verhassten Mauern mit ihrer unsicheren Erfindung zu bekommen, auch wenn ihnen die gleichen Löhne wie im Gruben- und Hüttenbetriebe gezahlt würden. Die Unternehmer müßten in Konkurrenz mit diesen Betrieben treten, die, was wohl das Beste an der Verordnung wäre, zu einer Erhöhung des Arbeitslohnes führen würde.

Aber auch in unserm engeren Berufe, im Maurergewerbe, wird sich die Verordnung fühlbar machen, und zwar im Lehrlingswesen. Bisher war es üblich, daß die jugendlichen Arbeiter aus den Landkreisen Cosel, Leobschütz, Ratibor, Neustadt, Gr.-Strzelitz usw., die Maurer werden wollten, auf den Bauten Material tragen, sich dabei die Arbeitsweise aneignen und dann nach zwei bis drei Jahren ihr Glück als „Zungelleute“ versuchen. Die Leistungen dieser Gesellen in bezug auf Qualität und Quantität sind wiederholt bei Verhandlungen mit den Unternehmern ein großer Zankapfel gewesen. Es herrscht bis heute noch keine Klarheit, bis zu welchem Alter Kollegen als Zungelleute anzusehen sind. Von unserer Organisation ist das Alter auf 20 Jahre festgelegt worden. Daß dies nicht ganz richtig ist, beweisen die vielen Klagen einzelner Kollegen, die in diesem Alter bereits drei Jahre Gesellen sind. Andererseits gibt es welche, die mit 20 bis bis 25 Jahren noch nicht als Gesellen betrachtet werden können. Will nun in Zukunft ein jugendlicher unserer Gewerbe erlernen, so muß er ein Lehrverhältnis mit dem Meister eingehen, was bis jetzt nur in verschwindend kleinem Maße der Fall gewesen ist. Die Folge wird eine Einschränkung der in den letzten Jahren stattgefundenen Gesellenzucht sein; denn es ist kaum anzunehmen, daß das Angebot von Lehrlingen bei den nun erschwerten Bedingungen aus den Landkreisen größer werden wird als seitdem, und aus dem Industriegebiet ist niemand für unser Gewerbe zu haben. Mit dem Einzug der Erwachsenden ist mit einer Veränderung der gegenwärtigen Arbeitsweise zu rechnen; denn der Transport von Mörtel usw. kann dann nicht mehr in der bisher üblichen Weise vor sich gehen. Die obereschlesischen Kollegen werden gut tun, sich bereits jetzt mit der im übrigen Reich üblichen üblichen Arbeitsweise und dem Transport auf Leitern usw. vertraut zu machen.

Auch in bezug auf den Gerüstbau dürfte sich in Oberschlesien bald eine Änderung vollziehen. Vom Antsgericht wurde nämlich ein Bauleiter bestraft, weil er das zum Abzug eines Hauses notwendige Gerüst aus Spieghäusern und mit zwei Klammern und Nägel befestigten sogenannten Kantbrettern hatte herstellen lassen. Zufälligerweise ereignete sich dabei ein Unglücksfall, der den verantwortlichen Bauherrn vor das Gericht brachte. Bisher ist es üblich gewesen, die Gerüste zum Kühlen aus Kantbrettern herzustellen. Wiederholt haben wir gegen diese Art Gerüstbauereifront gemacht; leider ohne Erfolg. Nachdem nun das Gericht den bestehenden Bauleiter, der zu seiner Verteidigung Unkenntnis der Polizeiverordnung vom 1. April 1908 vorbrachte, verurteilte, ist auch hier eine Besserung zu erwarten. Auch bei diesen Gerüsten müssen in Zukunft anstatt Kantbretter Baumstämme genommen werden. Den einzelnen obereschlesischen Bauarbeiterkommissionen bietet sich hier wieder ein weites Feld, gegen die Unternehmer vorzugehen. Trotzdem in Katowitz alljährlich ein Kurzus über Bauarbeiterbeschäftigungen abgehalten wird, war bei den Behörden, die dazu delegiert, ein größerer Erfolg bis jetzt nicht zu beobachten. Die Kollegen müssen daher diese Angelegenheit mehr als bisher selbst in die Hand nehmen. Anton Stauff.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Geschäftslage im Kohlenbergbau. — Die Entwicklung der Kurse am Markt der Dividendenwerte. — Die Rentabilität des Großgewerbes im Jahre 1909.

Es ist an dieser Stelle schon darauf hingewiesen worden, daß die bislang rege Bauaktivität während der letzten Zeit durch die Gefahr eines für das Frühjahr bevorstehenden Stampfes zwischen Arbeitgebern und Arbeitern beanlagt sei. Auch im Kohlenbergbau macht sich eine ähnliche Erscheinung bemerkbar: die Förderung nimmt in den letzten Monaten auffallend zu. Das Maß gegenüber dem Vorjahr wächst seit September in rasch steigender Progression. Im September war die Förderung von Kohlen erst um 1991 Tonnen pro Arbeitstag größer als im Jahre zuvor, im Oktober um 41913, im November um 80759 und im Dezember gar um 42457. Die arbeitstägliche Steigerung hat damit so kräftig zugenommen, daß man nach besonderen Gründen für diese Forcierung der Kohlengewinnung sucht. Denn daß die Zunahme allein durch die Besserung der Aufnahmefähigkeit des inländischen Marktes verursacht ist, kann namentlich im Hinblick auf den schwächeren Verbrauch an Hausbrandstoffe kaum angenommen werden. Vielmehr ist man versucht, anzunehmen, daß die auffallende Steigerung in den letzten Monaten des Jahres 1909 auch mit der Befristung eines Bergarbeiterstreiks zusammenhängt. Für alle Fälle will man die Vorräte an Kohle wieder anzuheben lassen, damit die Versorgung des Marktes auf einige Zeit hinaus gedeckt ist. Auch im laufenden Jahre dauert die starke Zunahme der Kohlenförderung weiter an. Im Januar aber dürfte die Steigerung hauptsächlich auf die Lage in England zurückzuführen sein. Der Bergarbeiterstreik hemmt schon jetzt die britische Kohlengewinnung, und die drohende Ausdehnung des Streiks würde den deutschen Kohlenexport noch mehr begünstigen. Schon im letzten Jahre hat übrigens die deutsche Kohle auf dem Weltmarkt nicht nur erheblichere Fortschritte gemacht als die britische, sie hat diese auch in einer Reihe von Ländern stark zurückdrängt. Im ganzen stieg die Ausfuhr deutscher Kohle um 10 pzt., die von britischer Kohle noch nicht um 1 pzt. Nach Belgien nahm die Ausfuhr deutscher Kohle gegen 1908 um 621 000 Tonnen zu, während die englische um 160 000 Tonnen zurückging. Ebenso stieg die deutsche Ausfuhr nach Frankreich, Norwegen und Schweden, während der Export britischer Kohle nach diesen Ländern zurückging. Würde ein großer Streik in Großbritannien die Förderung und Export in nennenswerten Grade hemmen, so würde gerade die deutsche Kohle in die Lücke springen und die Position Großbritanniens auf dem Weltmarkt erheblich und für längere Zeit beeinträchtigen.

Die Besserung der Beschäftigung im Kohlenbergbau ist wohl eine der wichtigeren Erscheinungen der jüngsten Zeit. Gleich bemerkenswerter ist aber auch die Stagnation, die am Weltmarkt in der Bewertung des mobilen Vermögens, besonders aber bei der Industrie, im Handel und Verkehr verurteilten Kapitalien eingetreten ist. Die Entwicklung in Deutschland ist aus dem Jahre 1909 hatte im allgemeinen eine solche Steigerung aufzuweisen, daß man ruhig sagen konnte, die Höherbewertung war weit über das Maß hinausgegangen. Stellte sich doch nach Berechnungen der Durchschnittskurse für nachstehende Gewerbegruppen der Warenherstellung am Ende der beiden letzten Jahre wie folgt:

	Russ. Ende 1908	Russ. Ende 1909	Zu resp. Abnahme gegen 1908
Chemische Industrie	289,45	349,31	+59,86
Maschinen und Metalle	179,01	209,17	+30,16
Bergbau, Hütten und Salinen	182,74	212,77	+30,03
Erzbergwerke	188,92	164,94	-23,98
Eisene und Erden	186,37	194,80	+8,43
Lebenerzeugnisse	125,14	132,51	+7,37
Baugewerbe	119,46	124,52	+5,06
Handel und Schnittstoffe	142,52	144,56	+2,04
Holz und Schnitzstoffe	259,08	251,31	-7,77
Nahrungs- und Genussmittel	185,79	177,94	-7,85

Von den hier angeführten Gruppen ist vor allem die starke Höherbewertung der verurteilten Kapitalien in der chemischen Industrie, im Metall- und Maschinengewerbe, im Bergbau und im Textilgewerbe hervorzuheben. Diese Steigerungen sind im Durchschnitt genommen, angefaßt der wirtschaftlichen Lage und der finanziellen Ergebnisse im Jahre 1909, nicht gerechtfertigt. Beachtenswert ist aber auch die weitere Entwertung in den Gruppen Holz und Schnittstoffe sowie Nahrungs- und Genussmittel. In den Gewerben des Handels und Verkehrs finden sich nur Aussteigerungen, die aber, mit Ausnahme der Versicherungswerte, keinen ungewöhnlich hohen Grad zeigen. Der Durchschnittskurs der heimischen Bankaktien vor Ende 1909 um 9,87 pzt. des Nominalbetrags höher als 1908. Die Steigerung von beinahe 10 pzt. ist reichlich, dürfte aber durch die besseren Dividendenresultate einigermaßen gerechtfertigt sein. Im allgemeinen haben aber auf verschiedenen Gebieten des Dividendenmarktes zu rasche und starke Kurssteigerungen stattgefunden, zu deren Erkenntnis man nimmere, um so eher kommt, als die Dividendenabläufe für 1909 noch eine Senkung des Gewinns gegen 1908 ergeben. Trotz der Erleichterung am Weltmarkt, die im laufenden Monate schon eine Herabsetzung des Preisniveaus um 1/2 pzt. gebracht hat, zeigt das Kursniveau am Dividendenmarkt eine recht erhebliche Aufschwüfung, die annähernd so hoch ist wie die Kurssteigerung im Oktober 1909.

Soweit nämlich schon ein Einblick in die Rentabilität im Großgewerbe auf Grund teils der Abschlässe im September, teils auf Grund der vorläufigen Dividendenabschätzungen möglich ist, ergibt sich für ein herkömmliches Kapital von 3392,20 Millionen Mark eine Wahnahme der Dividende von 9,59 auf 9,09 bis 9,31 pzt. Dividende. In die Berechnung sind nur die Gewerbe der Warenherstellung, also z. B. nicht die Banken und Transportunternehmungen, eingeschlossen. Die absolute Höhe der Dividende beweist für die Gesamtheit des deutschen Aktienkapitals nichts, wohl aber die Bewegung der Riffer von 1908 auf 1909. Es ist überaus lehrreich, gegenüber der Gestaltung der Kurse in den einzelnen Gewerben auch die Bewegung der Dividende in beiden Jahren zu verfolgen. Es ergibt sich, daß die finanziellen Ergebnisse gegen 1908 zurückgegangen sind in folgenden Gruppen: Porzellan-, Glas- und Steinzeugfabriken von 11,94 auf 8,43 bis 8,49 pzt., die Zementfabriken, Ziegeleien und Kalkbrennereien von 8,43 auf 6,31 bis 6,64 pzt., die Berg- und Hüttenwerke von 9,70 auf 7,94 bis 8,26 pzt., die Eisenbahnbedarfs- und Maschinenbauergesellschaften von 11,10 auf 10,16 bis 10,32 pzt., die Brauereien von 8,85 auf 7,03 pzt., die Papier-, Leder- und Gummi-fabriken von 10,66 auf 9,94 bis 9,96 pzt., die Betriebe der Metallverarbeitung von 9,50 auf 8,67 bis 9,19 pzt., die chemischen Fabriken von 16,06 auf 15,79 bis 15,97 pzt. Steigende Dividenden weisen dagegen folgende Gruppen auf: das Textilgewerbe von 9,10 auf 9,22 bis 10,04 pzt., die elektrotechnischen Betriebe von 9,39 auf 9,70 bis 9,77 pzt., die Gas und Elektrizität liefernden Werke von 8,61 auf 8,93 bis 9,05 pzt., die Großmühlen von 10,04 auf 10,25 pzt., die Zuckerfabriken von 10,49 auf 10,84 pzt., die Wein- und Terracingesellschaften von 5,85 auf 6,07 pzt. Bei allen diesen Gruppen spiegelt die Bewegung der Dividendenziffer schon annähernd zuverlässig die Gestaltung der Rentabilität des Großgewerbes im Jahre 1909 gegenüber dem Jahre 1908. Berlin, am 30. Januar 1910. Rich. Salver.

Politische Umschau.

Der sozialdemokratische Wahlsieg in Eisenach. — Das Wichtigste aus dem Reichstage. — Die preussische Wahlreformvorlage, eine Kriegserklärung an das Volk. — Die englischen Wahlen.

Unsere heutige Umschau können wir mit der wohl für alle unsere Leser hocherfreulichen Mitteilung einleiten, daß das amtlich ermittelte Ergebnis der am 29. Januar im Wahlkreis Eisenach-9 demnach vollgogenen Reichstagserswahl die Befestigung des Sieges der Sozialdemokratie ist. Es wurden insgesamt 20419 Stimmen abgegeben. Davon erhielt der sozialdemokratische Kandidat Leber 10255, der nationalliberale Kandidat 5789 und der antimilitärische Kandidat Hädrich 4361 Stimmen. Zerplittert waren 44 Stimmen. Der sozialdemokratische Kandidat ist also mit 91 Stimmen Mehrheit gewählt worden.

Die Sozialdemokratie hat gegen die Wahl von 1907 einen Stimmenzuwachs von 2380 erzielt, während die Antimilitären 2624 und die Nationalliberalen 800 Stimmen verloren haben. Mit dem neuen Abgeordneten

über hat es die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf 47 Mandate gebracht. Es ist gelungen, seitdem der schwarze Block seine „Reichsfinanzreform“ gemacht hat, zunächst die Wahlkreise Neustadt-Landau und Coburg von den Nationalliberalen, Halle von den Freisinnigen und nunmehr Eisenach von den Antifreisinnigen zu erobern. So ist die „niedergerittene“ Sozialdemokratie andauernd im siegreichen Vordringen begriffen. Das freisinnige, „Berliner Tageblatt“ macht dazu die sehr ernst zu nehmende Bemerkung:

„Wenn es erlaubt ist, aus diesen und einigen andern Nachrichten auf die allgemeine Stimmung in den Wählerkreisen zu schließen, dann werden die nächsten Wahlen zum Reichstage einen noch nicht dargelegenen Ausschlag der sozialdemokratischen Partei bringen. Man wird auf mehr als vier Millionen sozialdemokratische Stimmen und auf eine entsprechende Anzahl sozialdemokratischer Mandate rechnen können.“

Die Oppositionstimmung gegen die reaktionären Gewalten und Parteien im Volke zu stärken und zu verallgemeinern, dazu hat zweifellos auch der brutale Anschlag, den der Junker v. Oldenburg im Reichstage mit seiner Staatsstreichdrohung verübte, erheblich beigetragen. Das parlamentarische Nachspiel, das dieser Anschlag hatte, wurde von der Mehrheit zu einer ebenso lächerlichen wie frivolen Komödie gemacht. Es handelte sich um die Abstimmung über die vom sozialdemokratischen Abgeordneten Ledebour gegen den ihm vom zweiten Vizepräsidenten, Prinzen von Hohenzollern, erteilten Ordnungsruf erhobene Beschwerde. Obwohl von Abgeordneten Bebel und von drei freisinnigen Rednern an der Hand des amtlichen Protokolls festgestellt wurde, daß Hohenzollern den Ordnungsruf in den allgemeinen Lärm hineingeschleudert hat, ohne zu wissen, gegen welchen Abgeordneten und gegen welche Worte er sich zu richten hatte, verwarf die Mehrheit, die sich zusammensetzte aus dem Zentrum, den Konservativen und den Nationalliberalen, die Beschwerde.

Der Reichstag erledigte dann unter anderm zunächst den Handelsvertrag mit Portugal. Dieser Vertrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Auch die Sozialdemokraten stimmten dafür, ausgehend von der Erwägung, daß dieser Vertrag, obwohl er gerade nicht gut zu nennen ist, doch eine Einschränkung der bösen Wirkungen des Hochzollsystems bedeutet. Unter denselben Gesichtspunkten stimmte die sozialdemokratische Fraktion auch dem Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika zu, das geeignet erscheint, das handelspolitische Verhältnis Deutschlands zu den Vereinigten Staaten wesentlich auch im Interesse der Arbeiterklasse zu verbessern. Dieser Gesichtspunkt wurde am Sonnabend debattiert und angenommen.

Zu erwähnen ist noch, daß der Reichstag sich bei seinem eigenen Glat mit den wichtigen Fragen der Reform der Geschäftsordnung beschäftigt. Es waren unter anderm von den Sozialdemokraten, den Freisinnigen, den Nationalliberalen und dem Zentrum Anträge auf den Ausbau des Interpellationsrechtes gestellt. Es wird verlangt, daß bei Besprechung von Interpellationen die Stellung von Anträgen zulässig ist, da ohne diese das Interpellationsrecht tatsächlich wertlos ist. Das Haus beschloß, sämtliche Anträge der auf 28 Mitglieder verstärkten Geschäftsordnungskommission zu überweisen.

Die Berichtswache schloß mit dem erwarteten großen politischen Ereignis: dem preußischen Landtag ging die sogenannte „Wahlreform“-Vorlage zu. Nach alledem, was über diese Vorlage in den letzten Wochen bereits durchgesiebert war, konnte es keinem Zweifel unterliegen, daß sie ein reaktionäres Monstrum sein werde. Diese Voraussetzung hat in volstem Maße ihre Bestätigung gefunden. Die Vorlage ist eine brutale Herausforderung an das Volk. Die elende Dreiklassenwahl wird aufrecht erhalten. Es erfährt lediglich eine Abänderung dahin, daß die sogenannte Maximierung eingeführt wird. In einem Exposé der offiziellen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ heißt es dazu: „Es soll eine Grenze festgelegt werden, über die hinaus die Steuerleistung nicht mehr angerechnet wird. Diese Grenze ist bei 5000 Gesamtsteuer gewährt. Von diesem Maximierungssatz werden etwa 18 000 Wähler getroffen. Er entspricht einem einkommensteuerpflichtigen Einkommen von 40 000 bis 42 000, da durchschnittlich in 5000 Gesamtsteuern 1415 Staatsinkommensteuer enthalten sind. Die Maximierung wird demnach den übermäßigen Einfluß der „Millionäre“ ausschalten und die Bildung der Einker- und Zweier-Abteilungen verhindern.“

Das ist natürlich Humbug. Es wird dadurch nichts geändert an der Tatsache, daß nach wie vor die erdrückende Mehrheit der Landtagswähler der dritten Klasse angehört, also den beiden andern Klassen gegenüber so gut wie entredet bleibt. Die „Maximierung“ kommt nicht den arbeitenden Klassen, sondern lediglich den besitzenden Klassen zu gute. Das Privileg des Besitzes wird aufs neue festgelegt.

Neben dem Privileg des Besitzes konstruiert die Vorlage ein nicht minder ungerechtes Privileg der „Bil-

dung“. Was in dieser Hinsicht vorge schlagen wird, gipfelt in einer geradezu maßlosen politischen Verlogenheit. In der ersten Wählerklasse soll Raum geschaffen werden für gutgesinnte, sichere und bewährte Parlamentarier, Akademiker, Beamte, das große Heer der Reserveoffiziere und der Zivilberufungsberufenen. Militäranwärter, die zwölf Jahre gedient und seit fünf Jahren den Zivilberufungsämtern haben, sollen Wähler zweiter Klasse sein, und schließlich selbst in die erste Klasse befördert werden können. Der zweiten Klasse wird weiter zugewiesen, wer seit 15 Jahren im Besitz des einjährigen Zeugnisses ist und ein Einkommen von mehr als 1500 hat.

Auf diese Weise wird der Klassencharakter des Wahlsystems nicht gemildert, sondern noch ganz gewaltig verschärft. Neue privilegierte Wählerkreise werden geschaffen, natürlich unter der Voraussetzung, daß sie das Stimmrecht für die reaktionären Gewalten und Parteien abgeben. Die Masse des ehrlich schaffenden Volkes, die Proletarier, die Handwerker, die Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern werden degradiert in noch viel niederträchtigerer Weise, als es durch das bestehende System schon geschieht. Es kommt hinzu, daß die Vorlage den terroristischen Anschlag der öffentlichen Stimmabgabe, das skandalöse System der agrarischen Wahlkreiseinteilung unter Ablehnung aller das gegen gerichteten berechtigten Forderungen beibehält. Darauf, daß die Vorlage das indirekte Wahlverfahren durch das direkte ersetzen will, brauchen sich die Väter der Reform wahrlich nichts zu gute zu tun. Denn die indirekte Wahl ist längst zu einer elenden Komödie geworden, so daß ihre Abschaffung als eine Selbstverständlichkeit erscheint. Das ist nur eine wahltechnische Neuerung, der im Vergleich mit den andern „Reform“-Punkten nicht einmal eine politische Bedeutung zuzusprechen ist. Man will den unbequemem Wahlmänner-Apparat beseitigen, und ganz gewiß haben dabei die Herren vom Regiment auch noch reaktionäre Hintergedanken.

Alles in allem erscheint die Vorlage geradezu darauf angelegt, das preussische Wahlrechts- und Verfassungsleben noch weiter zu steuern. Jetzt ist es Pflicht des Volkes, sich zusammenzuschließen zum großen Entscheidungskampfe gegen die Reaktion. Die Vorlage ist nichts anderes, als ein verbredliches Mittel wider das Volk.

Die englischen Wahlen sind nunmehr abgeschlossen. Der Stand der Parteien ist folgender: 274 Liberale, 272 Konservative, 41 Arbeitervertreter und 82 irische Nationalisten. Von letzteren wollen etwa 13 sich eines Zusammengehens mit der liberalen Regierung entfallen. Mit den Arbeitervertretern zusammen bilden die Liberalen eine sichere Majorität, auch dann, wenn die Mehrzahl der Iren sich neutral verhält. Die Wahlen haben leider der Arbeiterpartei einen Verlust von fünf Mandaten gebracht, aber immerhin darf sie in Anbetracht der gewaltigen Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hatte, mit ihrem Resultat zufrieden sein. Es hat sich wieder gezeigt, daß die Arbeiterpartei in erheblichem Maße von der liberalen Wählerkraft abhängig ist. Das Gesamtergebnis der Wahl kann leider keine andere Deutung erfahren, als daß die Konservativen ihre Position im Volke gegenüber den Liberalen nicht unerheblich verbessert haben. Ganz zweifellos ist ein großer Teil der englischen Bourgeoisie nach rechts gegangen, in der Richtung zum Protektionismus und Imperialismus. Auch von einem Teile der Arbeiter erziehen die Konservativen Unterstützung.

Nun wird es sich zeigen müssen, ob die liberale Regierung imstande ist, sich zu halten. Jedenfalls ist zunächst die Frage der Oberhaus-Reform akut geworden. Die Arbeiterpartei erstrebt prinzipiell die Abschaffung dieses Parlaments der Lords. Daneben geht eine liberale Richtung, die sich damit begnügen will, dem Oberhaus das finanzielle Vetorecht zu nehmen. Darüber wird demnächst der Kampf entbrennen.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Masseregelnungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

- Schleswig-Holstein:**
 - Holtenau (Differenzen beim Unternehmer Hagemann);
- Mecklenburg, Lübeck:**
 - Lübeck (Sperre über die Bauten der Firma Turkohl in Klacknitz, Zwischenunternehmer Mädol und Behrens);
- Brandenburg:**
 - Fürstentum (Sperren über alle Arbeiten der Unternehmer Bodey, Gube, Kirschke, Paetel, Etikal und der Firma Pintsch);

- Ost- und Westpreussen, Posen:**
 - Marionwerder (Sperre über Knack in Beakermühle);
- König. Sachsen:**
 - Leipzig (Sperre über Winkler, Kleinzschocher, Ecke, Militzer und Eythraerstrasse), Borsdorf (Sperre über die Bauten des Unternehmers Wilhelm), Zittau (Sperren über Hinke in Weigsdorf und Müller aus Hirschfelde), Oberlößnitz (Sperre über den Unternehmer Clemens), Glauchau (Sperre über Köhler);
- Provinz Sachsen und Anhalt:**
 - Halle (Sperre über Ifland in Passendorf), Stendal (Sperre über den Bau des Unternehmers Ulrich aus Gr.-Möhlingen in Wahrung);
- Thüringen:**
 - Eisenach-Herleshausen (Sperre über Buchenau), Coburg (Sperre über das Betongeschäft Otto Hauch & Co., der Bau liegt in Tettau, Oberfranken), Weimar (Sperre über O. Hemme);
- Hannover, Braunschweig, Oldenburg:**
 - Badbergen (Streik), Buxtehude (Sperren über Plieschke und Spark), Wollensbüttel (Sperren über die Bauten der Unternehmer Tolle und Vollmer);
- Westfalen und Rheinland:**
 - Düsseld. (Streik in Ratingen), Halle i. Westfalen (Sperre über Grotendieck);
- Isolierer und Steinholzleger:**
 - Leipzig (Sperre über die Firma Friedrich Wilhelm Krause, Moltkestr. 82), Bremen (Sperre über die Filiale der Firma Rheinhold & Co.);
- Schweiz:**
 - Winterthur (Streik).

Gau Mannheim.

Aus Offenburg teilt man uns mit: Am 31. Januar legten unsere Kollegen beim Vorstehen des Arbeitgeberverbandes Schütterer am Bahnhofsbau die Arbeit nieder, weil er statt des Tariflohnes von 50 $\frac{1}{2}$ nur 40 und 45 $\frac{1}{2}$ zahlte. Darauf erklärte sich Schütterer bereit, den tarifmäßigen Lohn zu zahlen, so daß noch am gleichen Tage die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte. Unsere Kollegen hätten diesem Unternehmer schon früher die Fänge zeigen sollen; denn er hat im vergangenen Jahre einige Male den Kollegen nicht den richtigen Lohn gezahlt. Bemerkt sei noch, daß der Maurer Stürzel aus Bünsenheim, der schon 1907 den Streikbrecher spielte und unsere Kollegen ins Gefängnis brachte, dem Unternehmer mit einem gleichgesinnten Freund auch diesmal wieder hilfreich zur Seite stand.

Gau München.

Der im Jahre 1907 in Kaufbeuren abgeschlossene Tarifvertrag wurde am 1. Februar von den Unternehmern gekündigt, so daß er am 1. März abläuft. Unsere Kollegen sowie auch die Bauhilfsarbeiter hatten beschlossen, den Vertrag nicht zu kündigen. In dem vom Arbeitgeberbunde herausgegebenen Tabellenwerk ist zu lesen, daß die Unternehmer Kaufbeurens mit dem Vertragsgute Erfahrungen gemacht haben. Aber der Vertrag mußte gekündigt werden, weil es die Oberjahrmaurer so wollen, um auch Kaufbeuren in den Kampf hineinzuziehen zu können. Wir sehen den Dingen ruhig entgegen. Auch in Kaufbeuren stehen unsere Kollegen gerüstet da, und werden auch ihren Mann stellen, wenn sie zum Kampfe gerufen werden.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Die Zweigvereinsvorstände ersuchen wir, uns die Bücher aller Kollegen, die auf Grund der Bestimmungen im $\frac{1}{2}$ 26. Abs. a, c, d und e im Jahre 1909 beitragsfrei waren, zur Abstempelung zuzusenden.

Sterbebeleg darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgestellt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übersenden:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
 - b) die Sterbeurkunde.
- Nebenbei sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name desjenigen Person, an welche die Unterstützung auszusahlen ist.

Unterstützungsanweisungen sind in der Zeit vom 31. Januar bis 5. Februar für folgende Mitglieder erteilt: G. Rudolf, Bader-Nr. 221 541; S. Schumann (Frau), 142 634; M. Mahe, 301 341; M. Wendland (Frau), 94 692; E. Münch, 427 888; Fern. Wobst, 73 493; Fern. Müller, 254 615; Fern. Wille, 77 753; Joh. Bauer, 480 621; S. Heimer, 50 341; S. Richter (Frau), 63 123; E. Borgardt (Frau), 410 902; H. Mühe (Frau), 105 689; A. Liebmann, 104 922; Ferd. Brühlner (Frau), 255 219; Chr. Rüdiger, 89 978; Friedr. Knoflauch, 96 158; Max. Koffe, 45 120; S. Warrid, 89 896; Karl Markr, 912; M. Rosenber, 90 965; Carl Dietrich (Frau), 6885; M. Polzema, 503 197; A. Pohlmann, 145 997; Fern. Stuh, 57 539; Karl Theil, 103 736; W. Warrid, 256 408; S. Scherle (Frau), 342 487; Joh. Hoffmann, 186 025; Otto Rumpf, 247 328; Wlth. Lorenz, 391 495; Fritz Wob, 297 961.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Küster, Panburg 1, Wesenbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf den Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

Zu der Zeit vom 1. bis 6. Februar 1910 sind folgende Beiträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.
 - Brasch M. 6,74, Berlin 32.500, Cassel 4188,08, Calbe an der Saale 361,42, G. a. b. D. 20,61, Gießen 295,15, Hemmoor 68,60, Haineln 879,39, Hannover 3567,10, Herzfeld 118,56, Lieberose 2,97, München 10,80, Memmingen 124,80;

Neustadt (M. B. B.) 3, Oberfuhr 116,01, Mährda 82,96, Salzbadlum 15,82, Stadtdobendorf 82,30, Strahburg i. Elsaß 44,40, Sallgaß 8, Waldenburg i. Schl. 2,50, Weißwasser 30.

b) Für Kalerder.

Cassel M. 25, Gießen 47,50, Hersfeld 10, Oberfuhr 10, Salzbadlum — 50, Stadtdobendorf 16, Weißwasser 7,50.

c) Für Futterale.

Cassel M. 5. d) „Der Kampf um die Arbeitsbedingungen“. Cassel M. 72,75.

Als verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Hermann Selliger-Tradenberg (Verb. Nr. 143 509), Fr. Dönnam-Essen (327 889), Jol. Körfer-Düffelhof (273 308), Konr. Koch-Eisenach (291 144), Georg Schwarz-Cassel (188 160), Stef. Berger-Rastowig (321 192), D. Krüger-Marx-Dresden (189 580), Johs. Sob-Hamburg (27 615), Augustin Ludwig-Windien (476 544), Joh. Hoff-Saarbrücken (394 586), Theodor Löw-Gießen (282 337); außerdem die Mitgliedskarte des Kollegen Aug. Mupime-Berlin (042 891).

Zur Beachtung für die Mitglieder der Reiseunterstützung. Wir erlauben, den Kollegen Hermann Adorf, geb. 9. Dezember 1885 zu Künig (Mitgliedskarte Nr. 8172), und Paul Richter (Verb. Nr. 25695), die Reisekosten abzunehmen und uns zuzurechnen. Anzugeben ist auch das Mitgliedsbuch Nr. 301981 nebst Mitgliedskarte, lautend auf den Namen Ernst Karsten. Nach und Karte sind den Kollegen Karsten gesendet worden.

Ferner erlauben wir, an seinen Kollegen Reiseunterstützung zu zahlen, der am selben Tage schon in einem andern Zweigverein Unterstützung erhalten hat. In legier Zeit ist von mehreren Auszahlern diese Bestimmung unbeachtet gelassen.

Angeforderte, ihren Verpflichtungen nachzukommen bezüg. ihre Adresse anzugeben, werden vom Zweigverein G. L. W. i. G. Karl Gummier, geboren am 24. Oktober 1884 zu Eintrachtstraße, Kreis Oepfen, (Verb. Nr. 321 317); Wittling, geb. Wilhelm Meibauer, geb. am 24. Dezember 1885 zu Sneebed (326 898); Essen a. d. Ruhr: Hermann Beiter, geb. am 2. Oktober 1889 zu Schwerin i. M. (358 670); Wernerskirchen: Gustav Baumgarten (453 972), Johann Hamm (Karte-Nr. 051 957). Kollegen, denen der Rufenschein der Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem betreffenden Zweigverein oder uns Mitteilung zu machen. Der Verbandsvorstand.

Berichte.

Vorläufiges Ergebnis der Arbeitslosenzählung im Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zähltag: Freitag, 24. Dezember 1909.

Table with columns: Landesteil, Zahl der Mitglieder, Zahl der Befragten, Sonstige Befragte, arbeitslos infolge, arbeitslos infolge, arbeitslos infolge. Rows include Brandenburg, Provinz Westfalen, Ost- und Westpreußen, Provinz Pommern, Provinz Schlesien, Provinz Sachsen und Anhalt, Provinz Hessen-Nassau und Großh. Hess.-Darmstadt, Provinz Westfalen u. Fürstent. Rheinprovinz, Provinz Hannover, Herzogtum Braunschweig, Grobherzogt. Oldenburg und Bremen, Provinz Schleswig-Holstein, Hamburg und Lübeck, Königreich Bayern (ohne Pfalz), Königreich Sachsen, Königreich Württemberg, Großherzogtum Baden, Großh. Lothringen und Rheinpfalz, Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin u. Meckl.-Strelitz, Thüringische Staaten, Deutsches Reich insgesamt.

Von den Befragten standen am Zähltag in Arbeit 70,92 pZt., arbeitslos 29,08 pZt., davon wegen Arbeitsmangels 19,6 pZt., wegen Witterungsverhältnissen 6,01 pZt. und erwerbsunfähig wegen Krankheit 3,21 pZt. 106 Zweigvereine haben trotz Mahnung die Berichtsbogen nicht eingeleant.

Altenburg. Am 23. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Kassierer gab den Kassierbericht vom vierten Quartal und erläuterte die Jahresabrechnung, die jedem Kollegen vorher gedruckt zugestellt worden war. Auf Antrag der Revisionen wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug M. 8020,40. An die Hauptkasse wurden M. 8834,65 abgeliefert. Das übrige wurde am Orte ausgegeben, davon allein für Krankenunterstützung an 98 Mitglieder M. 2002,70, was in der jetzigen Zeit zu Bedenken Anlaß gibt. Für die Lokalkasse wurden, einschließlich M. 4100,91 Klassenbeitrag, M. 6098,55 vereinbart, die Ausgabe betrug M. 2591,51, bleibt ein Kassensaldo von M. 4107. Den Geschäftsbericht erstattete der Vorsitzende. Er hob hervor, das vergangene Jahr sei bezüglich der Konjunktur ein mittleres zu nennen. Differenzen mit den Unternehmern haben wenig stattgefunden, und es war immer möglich, diese gütlich zu regeln. Die Mitgliedszahl betrug am Anfang des Jahres 398, am Schlusse 412. Die in diesem Jahre ausgeführte Arbeitslosenzählung erforderte ziemlich viel Arbeit, wurde aber

von den meisten Kollegen gewissenhaft ausgeführt. Baulenkontrollen wurden zwei vorgenommen und dabei verschiedene Mängel festgestellt. Eine Agitation wurde im Frühjahr durchgeführt und dabei auch einige Erfolge erzielt; leider aber mangelte es doch immer noch an den hierzu nötigen Kollegen. Versammlungen fanden 16 statt, die meistens ganz schlecht besucht waren. Das ist eine Schande für die hiesigen Kollegen. Sitzungen wurden 16 und Revisionen vier abgehalten. Bei der darauf folgenden Vorstandswahl wurde als erster Vorsitzender Kollege Heimann einstimmig wiedergewählt. Als Kassierer wurde der Kollege Weinhardt gewählt. Der Vorsitzende gab bekannt, daß die am 12. Januar mit den Unternehmern geführte Verhandlung zu keinem Resultat geführt hat. Es soll mit ihnen auch nicht weiter verhandelt werden, solange das Vertragsmuster nicht aus dem Spiele löst. Einen Streitpunkt bildet immer ein Bau in Jabelbad, an dem Kollegen aus fünf Zweigvereinen arbeiten. Diese forberten im Herbst den Altenburger Tariflohn, aber an die Einhaltung der tariflichen Arbeitszeit wollen sie sich nicht gewöhnen. Es soll demnächst eine Wauffeilenversammlung abgehalten werden, damit die Sache geregelt wird. Da weiteres nicht vorlag, schloß der Vorsitzende die ausnahmsweise gut besuchte Versammlung. Wegen die Altenburger-Kollegen sich auftraffen und immer geschlossenen kämpfen, damit die Pläne der Unternehmer zunichte werden.

Altenburg. Am 22. Januar tagte unsere Generalversammlung. Der Kassierer gab den Quartals- und Jahresbericht. Die Einnahme- und Ausgabe für die Hauptkasse betrug M. 880,20. Die Lokalkasse weist einen Bestand von M. 537,51 auf. Die Mitgliedszahl beträgt 63. Mitglieder-vereinigungen haben elf und Vorstandswahlen fünf stattgefunden. Der Kassierer wurde entlastet. Dann befahte man sich mit der Sperrde bei der Firma Greiner. Eine Kommission ist am 16. Januar bei Greiner bestellt worden. Greiner hat den Lohn von 45 s bewilligt, jedoch den Auftrag für Lieberunden usw. abgelehnt und den Tarif in dieser Form unterzeichnet. Die Versammlung beschloß, die Sperrde, die einviertel Jahre gedauert hat, aufzuheben. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Künzinger, als Kassierer Kollege Bertels wiedergewählt. Kollege Kung gab den Quartalsbericht. Das Karriell veranfaßt einen Bildungsfestus, dazu wurden drei Kollegen gewählt. Die Versammlung war nur von 16 Kollegen besucht, ein miserables Resultat, wenn man die Mitgliedszahl in Betracht zieht. In diesem Jahre wird es die Aufgabe der Kollegen sein, energisch für die Organisation einzutreten, damit auch die noch fernstehenden Kollegen unserer Reihen zugeführt werden.

Bayreuth. In unserer Jahresgeneralversammlung am 23. Januar gab Kollege Hofmann den Jahresbericht. Es haben elf Mitglieder-vereinigungen, 16 Vorstandswahlen, zwei öffentliche Versammlungen und ferner im Februar in allen Orten unseres Lohngebietes erfolgreiche öffentliche Bauarbeiter-vereinigungen stattgefunden. Das Hauptstück des Verhandlungsprotokolls fand großen Anklang. Die Baukonjunktur war sehr gut; fortwährend hatten wir Nachfrage nach Arbeitskräften. Unsere Kollegen nutzten trotzdem die günstige Konjunktur nicht aus, ja, sie hatten nicht einmal den Mut, in öffentlichen Versammlungen zu erscheinen, die sich mit der Lohnfrage beschäftigten. In Mitteleuropa gezogen wurden unsere Kollegen durch den Streik der Stukkateure. Die Zimmerleute traten in den Streik, ohne unserm Zweigverein irgend etwas mitzuteilen. Der Streik verlief nach einigen Wochen wie das Hornberger Schießen. Dagegen setzten die Bauhilfsarbeiter eine Lohnforderung von 2 s durch. Für die Steinbauern wurde am 30. Juni durch den Gewerberat von Oberfranken die Bundesratsverordnung von 1902 durchgeführt. Bei den daraus entstehenden Auseinandersetzungen mit den Unternehmern fielen der Ausweisung zwei Kollegen zum Opfer. Einige Bauten mußten wegen Nichtzahlung des richtigen Lohnes und wegen Schädigung eines Rohlers gesperrt werden. Kollege Hofmann ermahnte die Anwesenden, im neuen Jahre dafür zu sorgen, daß bessere Verhältnisse geschaffen werden. Kollege Krause erstattete den Kassierbericht und sprach über den Bericht vom Gewerkschaftskartell. In nächster Zeit soll eine Frauenversammlung mit der Tagesordnung: „Frauenmission“ stattfinden. Die Kollegen werden ersucht, unter ihren Frauen und Angehörigen Propaganda zu machen. Der Vorsitzende und der Kassierer wurden fast einstimmig wiedergewählt. Wir erwarten, daß alle Kollegen in den Versammlungen am 13. Februar erscheinen.

Berlin. (Sektion der Putzer.) Die Sektion hielt am 2. Februar in den „Arminhallen“ ihre Generalversammlung ab. Der Kassierer Richter gab nach der Aufnahme neuer Mitglieder die Abrechnung vom vierten Quartal. Die Hauptkasse schloß mit einer Einnahme und Ausgabe von M. 11 710,47 ab. Die Lokalkasse hatte infolge Bestand vom dritten Quartal (M. 54 309,80) eine Einnahme von M. 59 758,18 und eine Ausgabe von M. 8940,92. mithin bleibt ein Bestand der Lokalkasse von M. 55 817,26. Dann folgte die Jahresabrechnung. Der Bestand vom Jahre 1908 betrug M. 80 386,14. Es wurden eingekommen für Beiträge M. 52 264,76, für Streibbeiträge vom Jahre 1907 M. 1583, an Zinsen M. 2715,10, zurückgezahlte Gelder M. 408,40, so daß die Gesamteinnahme M. 137 307,40 betrug. Die Ausgabe betrug M. 81 490,14, mithin bleibt ein Bestand von M. 55 817,26. Die Mitgliedszahl betrug am Schlusse des Jahres 1909 1830. Dazwischen sind 69 Ehrenmitglieder, 36 Vertragsfreie und 10 Ausländer. Auf Antrag der Revisionen wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Die Wahl des Vorstandes und der Revisionen findet, wie in den vorhergehenden Jahren, in den Bezirken statt, und zwar am 16. Februar, wo auch die Wahl des Zweigvereinsvorstandes vorgenommen wird. Mit dem vom Vorstand und den Vertretern vorgelegten Modus, wonach bei der Wahl einfache Stimmenmehrheit entscheiden sollte, erklärte sich die Versammlung nicht einverstanden, sondern verlangte zur Entscheidung die absolute Majorität. Ferner beauftragte die Versammlung gegen einige Stimmen den Rufschuß zum Charlottenburger Volksklub. Der Gesangverein beantragte, bei Beerdigungen die Grabgelänge wegfällen zu lassen, da die Mitglieder nicht mehr wie früher am Grabe betreten seien, sondern der Vorsitzende und der Gesangverein allein an der Grabstätte weilen. Die Versammlung beschloß einstimmig, daß der Gesangverein nach wie vor bestehen bleiben

soll. Laut Beschluß ist von jedem Bau ein Delegierter zu den Beerdigungen zu entsenden, um den verstorbenen Kollegen die letzte Ehre zu erweisen. Die Lohnausfälle der Kollegen sowie der Säger hat jede Kolonne zu tragen. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, eine intensiver Agitation für unseren Verband zu entfalten, damit wir in der uns bevorstehenden schweren Zeit geschlossen dem Unternehmertum entgegenzutreten können. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in der Kolonne die Säumnigen auszuwärteln und der Organisation, der Sektion der Putzer, zuzuführen.

Bochum. (Sachverständiger.) Die Bewegung hatte im verfloffenen Jahre unter den Einwirkungen der Wirtschaftskrise zu leiden. Die geringe Kenntnis des Wirtschaftswesens, das mangelhafte entwickelte Klassenbewußtsein in den Mitgliederkreisen führen — wenn, wie in den Vorjahren, die Organisation nicht bedeutende Lohnverbesserungen durchsetzen; sondern ihre Hauptaufgabe darauf beschränken muß, Abwehrmaßnahmen zu treffen, um das Bestehende zu erhalten — zur Auslöschung und Verzögerung. Leider ziehen die Kollegen nur zu oft zu ihrem eigenen Schaden, falsche Schlüsse daraus, aus denen sie erst durch die Gegenbewegung des Unternehmertums wieder aufgedeckt werden. Die Mitglieder sind infolge dieser Zustände nur zu leicht geneigt, die Ursachen der Arbeitslosigkeit, die schmerzlichere Ausbeutung, überhaupt die Unfähigkeit ihrer Kollegen auf den höchsten Willen einzelner Personen zurückzuführen, statt sie in dem vom Kapitalismus bedingten Wirtschaftswesen mit seinen Begleiterscheinungen, wie es die immer wiederkehrenden Krisen sind, zu suchen. Mit der Ausbreitung unserer Organisation während der letzten Hochkonjunktur hat hier die innere Festigkeit nicht gleichen Schritt gehalten. Die Ursachen dafür sind in den hiesigen Verhältnissen zu suchen. Aus allen Bezirken Deutschlands und dem Auslandes rekrutiert sich die hiesige Bauarbeiterkraft. Die meisten von ihnen sind nicht in der Großstadt aufgewachsen; ihre Heimat sind die Bezirke, die vom Reichsbesitz besetzt sind, und Meistern mit den schlechtesten Volksschulen. Sie alle bringen ihre Lebensgewohnheiten und konservativen Ansichten mit, an denen sie zunächst festhalten. Sie werden Mitglieder des Verbandes, interessieren sich für die materielle Verbesserung ihrer Lage, fallen aber nur zu leicht, wenn dies erreicht ist und es sonst nicht nach ihrem Willen geht, in ihre alte Lebensweise zurück. Trotzdem können wir sagen, daß wir die diesmalige Krise ohne große Mitgliederverluste überdauern haben. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind entgegen früherer Perioden nicht verschlechtert worden, sondern stabil geblieben und in einer Anzahl von Orten noch verbessert worden. In allen Orten des Zweigvereins ist heute ein Stamm von Mitgliedern vorhanden, der die Gewähr dafür bietet, daß unser Verband weitere Fortschritte machen wird. Diese Kollegen sind von der Lieberzeugung durchdrungen, daß in diesem Jahre eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eintreten muß, und werden, falls das Unternehmertum auf seinem Herrschaftspunkt beharrt, dafür kämpfen. — Die Unzufriedenheit hat sich im Berichtsjahre wieder erhoben. Die dem Vorstande auf Ersuchen von der Stadt Bochum zur Verfügung gestellten Zahlen von 1907 an — weiter zurück ist eine entsprechende Statistik nicht geführt worden — beweisen, daß die Konjunktur wieder besser war. Die Zahl der Wohn- und Geschäftshausbauten stieg gegen das Jahr 1908 um 108 und übertraf die Zahlen von 1907 um 99. Die erhaltenen Berichte von den andern Bauamtungen ergeben ungefähr dasselbe Bild. Für das angefangene Jahr ist ein weiteres Aufsteigen zu erwarten. Geplant sind Kolonienbauten in Langendreer und Hattingen, in letzterem Orte werden außerdem ein Lehrerseminar und ein neues Amtsgericht errichtet. Ueber die Zahl der leerstehenden Wohnungen können statistische Zahlen nicht angeführt werden. Die Großstadt Bochum hat noch keine Wohnungsinspektion, auch hat eine amtliche Zählung der leerstehenden Wohnungen seit 1907 nicht mehr stattgefunden. Auf keinen Fall betragen letztere mehr als 2 bis 3 pZt. Zudem bewegte sich die eigentliche Wohnungsproduktion, die Spekulationsbautätigkeit, in recht bescheidenen Grenzen. Inwiefern hierbei der erste Teil des in Kraft getretenen Gesetzes zur Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker seinen Einfluß ausübte, läßt sich nicht feststellen. Daß auch die Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes notwendig ist, beweist wiederum die Summe der ausgefallenen Löhne. Durch Zahlungsunfähigkeit der Unternehmer verloren in sieben Jahren 33 Arbeiter M. 1728; hieron wurden mit Hilfe der Organisation durch Sperren und andere Maßnahmen M. 1555 eingetrieben, M. 375 gingen verloren. — Die Lohnbewegung befruchtete sich, da das ganze Zweigvereinsgebiet im Vertragsverhältnis steht, auf dessen Einhaltung und konsequente Durchführung. Hierfür zu wirken war um so mehr unsere Aufgabe, da eine Anzahl Unternehmer den Vertrag nur als eine Fessel betrachtete, die sie daran hinderte, die Lohn- und Arbeitsbedingungen nach ihrem Belieben zu regeln. Festgestellt wurden bei 18 Unternehmern — davon 15 Bundesmitglieder — in 19 Fällen Verstöße gegen den Vertrag. Diese betrafen in 9 Fällen Nichtzahlung des Vertragslohnes; in 16 Fällen Nichteinhalten der Arbeitszeit und in 6 Fällen beides. Durch Vorstellungsverden der Leistung wurden vier Fälle erledigt. Die Verstöße der Unternehmer M. i. e. g. und K. r. e. d. e. r. g. Langendreer wurden vor die Schlichtungskommission in Witten gebracht. Meinung ließ hier schriftlich erklären, die längere Arbeitszeit am Samstag — darum drehte es sich in beiden Fällen — gefesse auf Wunsch seiner Leute und er gebächte nichts daran zu ändern. M. i. f. P. o. r. s. i. t. e. n. d. e. r. A. r. b. e. i. t. e. r. v. e. r. b. a. n. d. e. s. In Hattingen war die Schlichtungskommission erst zusammen zu bringen, als unsere Kollegen wegen der bestehenden Unzufriedenheit die Kündigung eingereicht hatten. Zur Arbeitseinstellung kam es aus der gleichen Ursache bei Behrenbed in Stetpel. — Durch tatkräftiges Eintreten der Agitation galt es im Frühjahr, in die Bewegung wieder neues Leben zu bringen und die etwa vorhandene Müdigkeit durch Kampfesstimmung abzuwelen. Der Verbandsvorstand kam den Wünschen des Zweigvereins dadurch entgegen, daß er die Mittel zur Freistellung des Kollegen Leutwig für den Sommer bewilligte. Im Berichtsjahre fanden 141 Mitglieder-vereinigungen statt; der Besuch und Verlauf wies manches zu wünschen übrig, trotzdem der Vorstand bestrebt war, sie durch belehrende Vorträge anregend zu gestalten. Das gleiche trifft auch auf die Anfang Oktober statt-

gefundene Agitationsveranstaltungen zu. Unsere Mitglieder lesen zu wenig. War es doch nicht einmal möglich, die vom Hauptvorstand überreichten 32 Exemplare „Kampf um die Arbeitsbedingungen“ abzugeben. Den Inhalt dieser und anderer Schriften zu kennen, ist für die Mitglieder eine unbedingte Notwendigkeit, soll sich die Bewegung weiter entwickeln. — Aufgenommen wurden im Berichtsjahre 390 Mitglieder, davon galten 38 ein erhöhtes Eintrittsgeld und 27 traten von anderen Verbänden über. Im Jahresabschluss betrug die Mitgliederzahl 789. Der Umsatz an Beitragsmarken betrug 30 834, pro Mitglied 39,9. Der Einnahme der Lokalfasse im Betrage von M 12 966,11 stand eine Ausgabe von M 7524,24 gegenüber; es verblieb somit ein Bestand von M 5441,87. Der Bauarbeiterbund läßt noch vieles zu wünschen übrig. Es wurden drei Baukontrollen beantragt, wodurch eine erhebliche Zahl von Mitgliedern aus Tageslohn getrieben und durch die Parteipresse der Öffentlichkeit übergeben wurden. Das Abhalten der Bauarbeiterkongressen war ebenfalls dazu angetan, Interesse für dieses Gebiet unter den Mitgliedern zu wecken. Im Zweigvereinsgebiet erreichten sich nach unserer Zählung 31 Anfälle. Davon waren fünf Todesfälle, 24 die schwere und zwei, die leichte Verletzungen im Gefolge hatten. Beteiligt waren daran 14 Maurer und 8 Bauhilfsarbeiter. — Allen Kollegen, die im Berichtsjahre besonders in der Kleinarbeit ihre Kräfte mit in den Dienst unserer guten Sache stellten, sei hier für ihre Müheverwaltung gedankt. Stelle jeder noch seinen Kräften auch in der uns bevorstehenden Zeit des Lohnkampfes seinen Mann, so werden wir trotz aller Widerwärtigkeiten den Sieg davontragen.

Gasse a. d. W. Die Versammlung am 6. Februar kann als gut besetzt werden; es waren fast alle Mitglieder erschienen. Zuerst gab der Vorsitzende den Jahresbericht bekannt; er wurde für richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Dann wurde als erster Vorschlag der Fröh Jahre und als Kassierer Fröh Berlin gewählt. Die Einführung eines Lokalzuschlages von 5 S wurde abgelehnt, weil man glaubt, dadurch leidster Mitglieder aufnehmen zu können. Dann wurde noch beschlossen, daß Mitglieder, die dreimal hintereinander die Monatsversammlung versäumen, einen Strafbeitrag von 50 S für jede folgende Versammlung zu zahlen haben. Der Beitrag soll der Lokalfasse aufzulegen.

Fausig. Am 20. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, die verhältnismäßig gut besucht war. Der Vorstandsbericht, den Kollege Grünhagen gab, zeigte, daß der Zweigverein seiner Pflicht in vollem Maße nachgekommen ist. Dann gab Kollege Dreßen den Kassierenbericht sowie die Abrechnung vom vierten Quartal. Die Einnahme der Hauptkasse betrug M 20 783,15, die Ausgabe M 18 676,91. Nachdem einige Positionen vom Kassierer richtiggestellt waren, wurde dem Kassierer Debarge erteilt. Bei der Vorstandswahl sind einige Änderungen eingetreten. So scheidet der zweite Angeleitete, Kollege Dreßen, der die Kassengeschäfte bejargte, aus. Kollege Grünhagen, der als Angeleiteter wiedergewählt wurde, übernimmt gleichzeitig die Kassensführung. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Dufski gewählt. Nach Erledigung einiger Angelegenheiten wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation geschlossen.

Am 3. Februar fand eine zweite Generalversammlung statt, die sich mit der Erledigung derjenigen Punkte beschäftigte, die in der ersten Versammlung zurückgestellt werden mußten. Bei Eröffnung der Versammlung gab der zweite Vorsitzende bekannt, daß ein Protest gegen die Wahl des ersten Vorsitzenden erhoben ist, da ihm einige grobe Verstöße zur Last gelegt wurden, die nicht im Interesse der Organisation liegen. Da Kollege Dufski sich nicht gegen die in der Vertrauensmännerversammlung angenommene Resolution verteidigen konnte, so übergab er sein Mandat in die Hände seiner Wähler. Nach lebhafter Debatte wurde über die vorgeschlagenen Kollegen abgestimmt. Aus der Wahl ging Kollege Malisowski als erster Vorsitzender hervor. Die Wahl der Besonderekommission wurde den Bezirken übertragen. Der erste Vorsitzende soll fünfzig mit M 40 und der Schriftführer mit M 30 jährlich entlohnt werden. Vorstandswahlungen werden mit 50 S vergütet. Dann erhielt der Kollege Franz Neuer M 40 Unterstützung aus lokalen Mitteln. Weitere drei Unterstützungsanträge wurden abgelehnt. Ferner wurde auf den Hochschulkursus hingewiesen, wozu sich die Kollegen melden mögen. Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

Darmstadt. (Jahresbericht.) Die Bautätigkeit hat sich im Berichtsjahre nicht so entwickelt, wie man im vorigen Frühjahr allgemein annahm. Wenn auch in Darmstadt und manchen kleinen Orten eine Besserung eingetreten war, so blieb immer noch eine Anzahl Kollegen ohne Arbeit oder mußte den Darmstadt nach größeren Industriebezirken und Städten reisen, um dort als Maurer unterkommen zu können. In den Orten Wiesenheim, Mittelborn, Klein-Gerau, Nieder-Kamstadt, Reinsheim und Seeheim a. d. B. war die Bautätigkeit gut. Dagegen stockte sie in den größeren Orten, wie Bensheim, Eberstadt, Griesheim, Groß-Gerau, Klingstadt und Groß-Limstadt, fast gänzlich. In diesen Orten, wo sonst 300 bis 400 Maurer beschäftigt waren, konnten wir bei der diesjährigen Feststellung nur 140 ermitteln. In Darmstadt, dem Hauptarbeitsort des Zweigvereins, stieg die Zahl der beschäftigten Maurer gegen das Vorjahr von 193 auf 297, jedoch blieb die Zahl gegen das Jahr 1904 um 331 zurück. Durch den kleinen Aufschwung in einzelnen Orten und durch die steigenden Markt- und Mietpreise rang sich endlich bei unsren Kollegen auf dem platten Lande die Erkenntnis durch, daß es unmöglich ist, bei einer solchen Zeurung mit dem geringen Lohn ihre Familien über Wasser halten zu können. — In Wiesenheim, Mittelborn und Godelau lehnten die Unternehmer auf unsere eingereichten Forderungen jede Unterhandlung ab, so daß die Kollegen gezwungen waren, durch einen mehrwöchigen Kampf 2 bis 4 S Lohn-erhöhung pro Stunde zu erlangen. Der Unternehmer Georg Burckhardt aus Nieder-Kamstadt, der eine Lohn-erhöhung von 6 bis 10 S pro Stunde vornahm, mußte ebenfalls durch eine vierzehntägige Arbeits einstellen die Reduzierung zurücknehmen und mit der Organisation einen Tarif abschließen, durch den Lohn und Arbeitszeit bis zum 1. Mai 1910 geregelt sind. In Reinheim i. O.

wurde durch eine Unterhandlung mit den Unternehmern ein Vertrag bis zum 1. April 1910 mit einer Lohn-erhöhung von 2 S abgeschlossen. Der Unternehmer Georg Ph. Petri IV durchdrach jedoch nach Wochen den Vertrag, indem er seinen Leuten 2 S pro Stunde weniger zahlte. Die Kollegen hatten jedoch dafür kein Verständnis; sie legten die Arbeit nieder, um Herrn Petri Gelegenheit zu geben, seine Arbeit selber zu machen. Die gesamten Ausgaben für die Bewegungen betrugen M 1493,60. — Die Agitation und der Versammlungsbesuch gestalteten sich nicht so, wie es im Interesse der Kollegen und der Organisation sein mußte. Der Versammlungsbesuch war mit wenigen Ausnahmen schlecht. Die Agitation wurde von wenigen Kollegen betrieben, die deshalb auch gezwungen waren, jeden Sonntag draußen in den Jahrestellen auszubringen, um bei der Hausagitation, bei Versammlungen und Besprechungen die Kollegen auf dem Laufenden zu halten. Insgesamt fanden im Zweigverein und den Jahrestellen 176 Mitglieder und 29 öffentliche Versammlungen statt. Vorstandswahlungen wurden 125 und Kassierenwahlen 92 abgehalten. Agitationsreisen wurden vom Ausschuss 154 unternommen, wovon 12 zu öffentlichen, 79 zu Mitglieder- und drei zu Bezirksversammlungen, 13 zu Besprechungen, 47 zur Bauagitation und zu Wohnbewegungen in den einzelnen Jahrestellen dienten. Zweigvereinsvorstandswahlungen (Jahresleiterwahlen) fanden drei und Ausschusswahlen 16 statt. Zweigvereinsversammlungen wurden vier und Bauvertrauensmännerversammlungen sechs abgehalten. In Konferenzen mit dem Bauvorstand und den größeren Zweigvereinsleitungen im Gau nahm der Ausschuss viermal teil. Die Korrespondenz des Zweigvereins zeigt sich 1909 in folgenden Zahlen: An Posteingängen hatten wir 292 Briefe, 415 Karten, 38 Drucksachen, 19 Depeschen, 75 Geldsendungen, 64 Pakete, Straßporto 20 S 21; Summa 924. An Postausgängen 369 Briefe, 324 Karten, 5036 Drucksachen, 15 Geldsendungen, 10 Pakete, 20 Telephongespräche; Summa 3774. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 1909-1148 gegen 1250 im Vorjahre. Sie verteilt sich auf 43 Orte, wovon 34 selbständige Jahrestellen bilden. Eingetretene sind im Berichtsjahre 140, zugereist 16, abgereist 84, ausgetreten 72, ausgeschieden 25, gestorben 4, zum Militär eingezogen 49, wegen Rückstand getreten 24 Kollegen. Nach unserer Feststellung haben 153 Maurer durch die Krise ihrem Berufe den Rücken gekehrt, indem sie in andere Berufe übertraten. Sie gingen dadurch der Maurerorganisation als Mitglieder verloren. Marken wurden an die Mitglieder verabfolgt: Eintrittsmarken 50 S 69, a M 1,50 68, a M 3 S 5 Stück. Beitragsmarken: 1801 a 40 S, 6897 a 45 S, 708 a 50 S, 21 414 a 55 S, 3843 a 60 S, 2406 a 65 S und 6674 Arbeitslosenmarken a 25 S; Summa 43 743 Beitragsmarken gegen 50 543 im Vorjahre. Ertragsbeitragsmarken wurden 512 a 40 S und 79 a 50 S umgelegt. Der Durchschnittsbeitrag erhöhte sich gegen das Vorjahr von 863 auf 37 Marken pro Mitglied und Jahr. Die Gesamtsumme aller Marken- und Beitragsmarken betrug M 29 917,98. An Eintrittsgeldern und Beitragsmarken sind M 21 874,75 eingegangen. Die Ausgaben für die Hauptkasse verteilten sich folgendermaßen: an die Hauptkasse in bar abgeliefert M 7520,17, für Streifs M 1493,60, Meisenerstützung M 166,50, Mafregelung in zwölf Fällen M 733,24, Krankenunterstützung an 268 Kollegen M 3928,85, Sterbeunterstützung an 10 Kollegen und deren Frauen M 482,50. Die Einnahme des Zweigvereins betrug inklusive Kassenbestand M 12 150,03, die Ausgaben M 6508,91, bleibt Kassenbestand M 5580,42. Die Einnahmen der Jahrestellen betrugen M 3443,09, die Ausgaben M 2026,72, ihr Kassenbestand M 816,57. Wenn auch das Jahr 1909 für die Entwicklung des Zweigvereins kein erfreuliches war und durch eine intensive Mitarbeit der Kollegen manches hätte vermieden werden können, so wollen wir im neuen Geschäftsjahr, das uns zweifellos eine Besserung der Bautätigkeit bringen wird, doch den Mut nicht sinken lassen. Im Gegenteil wollen wir die Kollegen noch mehr aufzuklären und unsere Waffen so zu stärken suchen, daß wir den uns bevorstehenden Kämpfen mit der nötigen Ruhe entgegengehen können.

Dresden. Am 23. Januar tagte unsere Zweigvereinsgeneralversammlung im kleinen Saale der „Zentralhalle“. Anwesend waren 106 Delegierte, die Revisoren, die Besonderekommission und der Vorstand. Den Jahresbericht gab Kollege Barth. Danach war die Konjunktur 1909 in Dresden und den Landbezirken besser als 1908. Im August 1909 waren in Dresden 1867 Maurer beschäftigt, Ende Juli 1908 nur 1180. Lohnbewegungen und Pauperzen hatten wir 30 mit 631 daran beteiligten Kollegen. Die Kosten betrugen M 6797,39. Außerdem wurden noch 121 andere Differenzen ohne Arbeitsleistung geregelt. — Von der Hausagitation wurde im Berichtsjahr in den reichhaltigen Bezirken (südliches Erzgebirge und wendische Pflege bei Rauenau) abgesehen, weil die Kosten zu hoch sind und der Erfolg zu gering ist. Versammlungen haben im Vereinsgebiet 152 stattgefunden. — Die Bibliothek erfreut sich ebenfalls eines Fortschritts; die Zahl der geliehenen Bücher beträgt 1706 (1908 1364); die Zahl der Leser stieg von 293 auf 340. Die Mitgliederzahl betrug am 31. Dezember 1909 5589, darunter 20 Hiesige, 4 Ehrenmitglieder und 63 vom Beitrag befreite Invaliden. Die Ausgabe für Invalidenunterstützung, die aus den Mitteln der Lokalfasse bestritten wird, hat sich gegen das Vorjahr bedeutend erhöht. Im Jahre 1908 betrug die Ausgabe für diesen Zweck M 2498,20, in diesem Jahre stieg sie auf M 3753,10. Die Unterstützung bezogen 16 Kollegen. Gestorben sind im Berichtsjahre 52 Kollegen. — Anschließend hieran gab Kollege Bürger den Kassierenbericht. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme und Ausgabe von M 109 996,05. Die Lokalfasse hatte mit dem Kassenbestand eine Einnahme von M 156 659, eine Ausgabe von M 42 697,24 und einen Kassenbestand von M 113 961,61. Den Schweben wurden M 3000 aus der Lokalfasse gefandt. In diesen Bericht schloß sich eine ausgiebige Debatte. Dann wurde beschlossen, im alten Zweigvereinsstatut Seite 6 Absatz 2 einzufügen: „Nebst dem Sonntags der ganze Tag mit M 3, der halbe mit M 1,50 vergütet.“ Ferner wurde beschlossen: „Wenn 50 Mitglieder unter Vorlegung der Unterschriften die Einberufung einer Versammlung verlangen, so ist der Vorstand zur Einberufung verpflichtet.“ Die Vorschläge zum Zweig-

vereinsvorstand werden auf dem Zweigvereinstag gemacht; sie müssen von einem Drittel der Anwesenden unterfertigt sein. Die Zahl der Vorgesetzten kann doppelt so hoch als die der zu Wählenden sein.“ Der Vorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, zwei Kassierern, einem Schriftführer, drei Beisitzern, einem Revisor, einem Vertreter der Kartellebigen und dem Obmann der Hiesigen.“ Darauf wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Als Vorgesetzte wurden die Kollegen Barth, Bürger und Paul mit großer Mehrheit wiedergewählt. Nachdem noch die Leberungsbestimmungen (Nr. 3 des „Grundstein“) kritisiert waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Dietlau. Am 30. Januar hielt der hiesige Zweigverein seine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende bedauerte, daß der Bauvorstand nicht erschienen war. Hierauf verlas der Kassierer den Jahresbericht. Darin wurde auf die viele und schwere Agitationsarbeit der Vorstandsmittelglieder aufmerksam gemacht. Der Vorsitzende ermahnte die noch rüchständigen Kollegen, ihren Beitrag zu bezahlen, wobei er auf den bevorstehenden Kampf im Baugewerbe hinwies. Durch die rege Agitation wurden dem Verbands 63 neue Mitglieder zugeführt, von denen 13 schon einmal Mitglied waren; 20 Kollegen wurden wegen Schulden getrieben, einer ist gestorben, vier wurden zum Militär eingezogen, vier sind abgereist und einer ist ausgetreten. Im Jahre fanden sechs Mitglieder, acht Vorstandswahl- und zwei öffentliche Versammlungen statt. Nach diesen Ausführungen wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Der Vorsitzende und Kassierer wurden wiedergewählt, die Stellvertreter und Revisoren neu gewählt. Nach einem kräftigen Schlußwort erfolgte Schluß der Versammlung.

Erzgebirge. Am 23. Januar tagte unsere diesjährige Generalversammlung. Den Geschäftsbericht für das verfloßene Jahr erstattete der Vorsitzende. Mit einer Firma mußte wegen Nichterhaltung des Tarifs verhandelt werden. In einem Fall wurde Rechtschutz genützt. Es wurden 15 Mitglieder versammlungen und 18 Vorstandswahlungen, darunter eine außerordentliche Generalversammlung, abgehalten. Hierauf erstattete Kassierer Neubauer den Kassierenbericht vom vierten Quartal und den Jahresbericht. Beide Abrechnungen waren in guter Ordnung, worauf der Kassierer einstimmig entlastet wurde. Bei der dann vorgenommenen Vorstandswahl wurde Kollege Full als Vorsitzender, ebenso Kollege Neubauer als Kassierer wiedergewählt. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 126. Nachdem noch die referierenden Mitglieder bekannt gegeben waren, wurde die mäßig besuchte Versammlung geschlossen.

Fraustadt. Am 30. Januar tagte unsere Monatsversammlung. Der Kassierer verlas den Kassierenbericht vom letzten Quartal und hierauf den Jahresbericht. Beide Abrechnungen waren gut in Ordnung. Bei der dann vorgenommenen Vorstandswahl wurde Kollege S. Gindlerlich als Vorsitzender, ebenso Kollege J. Kahn als Kassierer wiedergewählt. Hierauf hielt Kollege Mater-Breslau einen Vortrag über die Verhältnisse im Baugewerbe, der sehr gut aufgenommen wurde. Mögen sich ihn die Kollegen ins Gedächtnis schreiben. Die nächste Versammlung findet am 6. März statt. Die Kollegen wurden noch aufgefordert, in diesem Jahre die Versammlungen besser zu besuchen als im Vorjahre. Dann wurde die mäßig besuchte Versammlung geschlossen.

Freiberg i. S. Am 20. Januar fand unsere diesjährige gut besuchte Hauptversammlung statt. Der vom Kassierer verlesene Jahresbericht ergab, daß sich unsere Jahrestelle im vergangenen Jahre gut entwickelt hat, so daß im Vertragsgebiet uns alle angehören. Die alte Verhandlung wurde einstimmig wiedergewählt. Von der Tarifverhandlung mit dem Arbeitgeberverband wurde Kenntnis genommen. Die Kollegen erklärten sich mit dem Bericht einverstanden. Kollege Ulbricht machte die Kollegen noch auf die reichlich ausgestattete Bibliothek aufmerksam. Nach einer regen Diskussion beim Punkte „Allgemeines“ wurde die Versammlung geschlossen.

Gelsenau. In unserer gut besuchten Generalversammlung am 23. Januar waren fast alle Ortschaften des Zweigvereins vertreten. Es wurde der Jahres- und Kassierenbericht erlassen und der Kassierer entlastet. Die Mitgliederzahl, die Ende 1908 178 betrug, ist auf 248 gestiegen. Wir hoffen, daß uns dieses Jahr ähnliche Fortschritte bringt. Bei der Vorstandswahl wurde Albin Schaubert als Vorsitzender und Albert Emmrich als Kassierer gewählt. Wir fordern nun alle unsere Kollegen auf, fleißig für den Verband zu agitieren und neue Mitglieder zu werben; gleichzeitig aber auch dafür zu sorgen, daß sich unsere Kollegen der politischen Organisation anschließen und die „Erzgebirgische Volkstimme“ lesen; denn diese Zeitung ist die einzige in unserem Bezirk, die die Interessen der Arbeiter vertritt und uns Waffen zum Kampfe gegen das Unternehmertum liefert. Tue also in der ersten Zeit jeder Kollege seine Pflicht.

Geyer. In unserer ausnahmsweise gut besuchten Generalversammlung am 23. Januar beschäftigte man sich mit dem Quartals- und Jahresbericht. Bei der Vorstandswahl wurde Kollege Hermann Lindner als erster Vorsitzender und Kollege Eduard Mayer als Kassierer gewählt. Für einen erkrankten Kollegen wurden M 5 bewilligt und außerdem beschlossen, eine Sammlung für ihn vorzunehmen. Ferner wurde beschlossen, im Frühjahr einen einseitigen Stundenlohn von 35 S zu fordern.

Glogau. Am 3. Februar fand unsere gut besuchte Generalversammlung statt. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom vierten Quartal, die für richtig befunden wurde. Dann gab der Vorsitzende den Jahresbericht bekannt, woraus zu ersehen war, daß die Bautätigkeit im vorigen Jahre gut war; denn es konnten noch auswärts Kollegen Arbeit finden. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresabschluss 241. Neu eingetreten sind 65, davon waren elf schon einmal Mitglied, wegen Schulden mußten einige Kollegen getrieben werden, gestorben sind drei. Es haben 13 Mitglieder versammlungen und 14 Vorstandswahlungen stattgefunden. Der Versammlungsbesuch konnte im Durchschnitt besser sein. Es wurden verkauft: 5101 Beitragsmarken und 734 Arbeitslosenmarken. Die Einnahme der Lokalfasse betrug M 2641,26, die Ausgabe M 643,25, so daß

ein Kassenbestand von M. 1998,01 bleibt. Nach Schweden wurden M. 50 aus der Lokalfasse bewilligt und M. 17 wurden durch Sammellisten aufgebracht. Als Vorsitzender wurde Kollege R. Rosenfeld und als Kassier Kollege S. Kirckje gewählt. Daraus ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, in diesem Jahre besser zu agieren. Den Geschäftsjahresbericht legte er ans Herz, die Beiträge pünktlicher abzugeben.

Gerne-Mittagshausen. (Jahresbericht.) Die Baukonjunktur im Berichtsjahre hat unsere Erwartungen nicht enttäuscht. Zwar wies das zweite Quartal noch einen Fortschritt gegenüber demselben Zeitraum des Vorjahres auf, das dritte und vierte Quartal brachten aber einen erheblichen Rückgang, so daß am Jahresende die Bautätigkeit trotz günstigen Wetters fast ganz danielerlag. Statistisches Material über die gesamte Bautätigkeit des Jahres vermögen wir leider nicht zu bringen, da statistische Kenner in unseren Kommunalverwaltungen unbefähigte Dinge sind. Durch die von uns vorgenommenen Bauentlastungen ermittelten wir jedoch, daß die Zahl der Beschäftigten bedeutend geringer war als im Vorjahre. Im August betrug sie zum Beispiel 442. Auch der Bericht des Rheinisch-Westfälischen Biegeleijndustrie zeigt, daß gerade in unserem Bezirk die Bautätigkeit sehr minimal und von einer aufsteigenden Konjunktur nichts zu spüren war; denn während sämtliche Verkaufsvereinbarungen die Bestände des Vorjahres abgeben konnten, mußte die Verkaufsvereinbarung gerne noch erheblichen Bestand in das neue Jahr mit hinübernehmen. Wenn nun auch infolge der geringeren Bautätigkeit die Organisation den höchsten Stand des Vorjahres nicht erreicht, so kann doch auch von einem Rückgang nicht die Rede sein, da der Stand des Zweigvereins immer noch günstiger ist, als im Hochkonjunkturjahre 1907. Diese Tatsache erklärt sich aus den Verhältnissen. Noch vor einigen Jahren hatten wir so gut wie gar keine ansetzenden Mitglieder; wir waren angewiesen auf die Zuzugewandten. Diese hielten sich nicht lange auf, sondern reisten immer recht bald wieder weiter. Erst nach und nach gelang es uns, eine Anzahl Kollegen festzuhalten, wodurch selbstverständlich die Organisation an Stabilität und dadurch an Stärke gewann. Dieser Umstand ist es auch, der uns die Kräfte verhältnismäßig gut überlebend ließ.

Im Berichtsjahre hatten wir eine Reineinnahme von M. 17.741,42 (1908 M. 20.729,45 und 1907 M. 16.579,89). Die Einnahme für die Lokalfasse betrug M. 11.863,44, die Ausgabe M. 7450,94, so daß ein Kassenbestand von M. 3912,50 verblieb. Der Besammlungsbesuch war im allgemeinen nicht zufriedenstellend, was zum Teil wohl auf die schlechte Konjunktur zurückzuführen ist, andererseits darin aber auch noch die Unzufriedenheit über den angelegten nicht günstigen Ausgang der Lohnbewegung des Jahres 1908 zum Ausdruck kommt. Versammlungen wurden abgehalten: 2 öffentliche, 4 Generalversammlungen, 5 außerordentliche Mitglieder-, 3 Nacht- und 161 Zahlstelenversammlungen, in denen 121 Mitglieder gehalten wurden. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 11 Sitzungen, und in 68 Sitzungen u. s. w. war er in den Zahlstelen/vertreten. Daß unsere Unternehmer sich zum Teil immer noch nicht daran gewöhnen können, den Kollegen den vereinbarten und verdienten Lohn zu geben, geht daraus hervor, daß 13 Klagen bei den verschiedenen Gerichten anhängig gemacht werden mußten. Durch diese Klagen wurden insgesamt M. 386,17 gefordert; gewonnen wurden sieben, zwei wurden durch Vergleich erledigt. Die Klagen erhielten durch diese neun erledigten Klagen M. 285,95. Drei Klagen und ein Betrag von M. 42,18 gingen verloren, eine Klage wurde zurückgezogen. Außerdem wurden noch fünf Lohnforderungen im Betrage von M. 48,60 vor den Schlichtungskommissionen anhängig gemacht, wovon drei mit einem Betrage von M. 42,60 für die Kollegen günstig verließen, während zwei noch vor dem Einigungsamt schweben. Der Konturschein für die Gerne brachte für hier Kollegen an Lohnausfall und Entschädigung wegen kündigungsfreier Entlassung M. 268,80, wovon bis jetzt M. 178,20 gezahlt sind. Insgesamt wurden also für 13 Kollegen M. 506,55 durch die Organisation erungen.

Die vier aufgenommenen Bauenstatistiken zeigten erneut die traurigen Zustände in Bezug auf Bauarbeiterlöhne. Die Unternehmer haben sich zum Teil die schlechte Konjunktur zunutze gemacht, um auch die elementarsten Schutzmaßnahmen außer acht zu lassen. Begehrt einmal ein Kollege die Innehaltung der Vorschriften, so bekommt er die Hungerperücke zu kosten. Leider finden die Bestrebungen der Organisation auf besseren Schutz ja auch nur in Bezug auf die Innehaltung der bestehenden Vorschriften bei den Behörden keinen Rückhalt. Die kommende bessere Konjunktur wird hoffentlich auch hier Besserung bringen. — Zweifellos Klarheit in Bezug auf die geplante Ausdehnung der Krankenunterstützung auf den Winter hat die Arbeitslosenzahlung gebracht. In den beitragsfreien Monaten waren insgesamt 47,8 pZt., in den übrigen neun Monaten nur 2 pZt. der befragten Kollegen im Durchschnitt arbeitslos. Von diesen Arbeitslosen waren insgesamt 162 krank, davon 99 oder 61 pZt. in den drei beitragsfreien Monaten. Von den 63 in den neun beitragsfreien Monaten erkrankten Kollegen waren 39 oder 62 pZt. unterstützungsberechtigt. Diese erhielten insgesamt M. 632,40, das macht auf jeden Erkrankungsfall im Durchschnitt M. 16,47. Nehmen wir nun einmal an, daß von den 99 in den drei beitragsfreien Monaten erkrankten Kollegen derselbe Prozentsatz unterstützungsberechtigt wäre, wie von den 63 im Sommer Erkrankten, so müßten von den 99 60,88 Kollegen Unterstützung erhalten. Die Durchschnittssumme von M. 16,47 auch hier auf jeden Erkrankungsfall angewandt, würde allein für die drei Wintermonate die Unterstützungssumme von M. 994,50 ergeben, oder als Jahresausgabe anstatt M. 632,40 die Summe von M. 1026,90. Unter solchen Umständen muß es sich jeder Kollege sehr wohl überlegen, bevor er für die geplante Ausdehnung eintritt. Die Folgen würden eine ganz erhebliche Verminderung unserer finanziellen Kräfte sein, und die Stabilität der Organisation müßte dadurch naturgemäß geschwächt werden. Darum hat auch die Generalversammlung des Zweigvereins die Ausdehnung der Krankenunterstützung einhellig abgelehnt. In den Versammlungen, die sich mit den Anträgen zum Verbandstag beschäftigten, wurde auch, und mit Recht, darauf hingewiesen, daß die Ausdehnung der Krankenunterstützung auf den

Winter naturnotwendigerweise die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Gefolge haben müsse und die weitere Folge würde die vollständige Ablagerung des Verbandes als Kampforganisation sein. Im der Organisation den letzteren Charakter zu erhalten, wurde der geplanten Beitragserhöhung allgemein zugestimmt. — Noch kurz vor Jahreschluss beschloß die Unternehmer Material zu sammeln, um einer eventuellen Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit von uns vorzugehen. In Medingenhausen, Gatzrop, Nuzel, Hils legten die Unternehmer unsere Kollegen Fragebogen zur Untersuchung vor, wonach die Kollegen sich für eine geänderte Arbeitszeit erklären sollten. Der Bauführer Schregel des Unternehmers Dreier in Gatzrop ging nun so weit, den Kollegen, die nicht unterschreiben wollten, die Entlassung anzukündigen, was auch ausgeführt wurde. Auf erhobene Beschwerde beim Vorstand des Arbeitgeberverbandes für Rheinland-Westfalen erklärte Herr Verbandsdirektor Schmiedehaus, die angestellten Ermittlungen hätten ergeben, daß die Kollegen wegen Witterungsverhältnisse entlassen seien: Dabei herrschte am Tage der Entlassung ebenso wie vor und nachher das schönste Wetter, so daß liberal gearbeitet wurde. Das letzte Wort ist über diesen Akt der Unternehmerruthlosigkeit noch nicht gesprochen. Trotz des ausgedehnten Terrors scheint die Ausbeute an Unterschriften sehr mager zu sein, so daß man sich nicht einmal damit an die Öffentlichkeit getraut. Vielleicht kommt man uns bei den Verhandlungen damit? Wenn man den günstigen Zeichen auf dem Wirtschaftsmarkt Glauben schenken darf, wird die Baukonjunktur im kommenden Baujahr auch hier besser werden, hat doch das Biegeleijndustrie den beteiligten Biegeleien die volle Beteiligungsstaffel freigegeben.

Zehoe. Die Mitgliederversammlung am 1. Februar beschäftigte sich mit der Abrechnung vom vierten Quartal. Dem Kassierer wurde Entlassung erteilt. Bei der hierauf vorgenommenen Vorstandswahl wurde Kollege Steen als Vorsitzender und Max Böge als Kassierer wiedergewählt. Beim Punkt Vertragsabhandlung machte der Vorsitzende einige erläuternde Ausführungen; zum Schluss brandmarkte er das Verhalten der Unternehmer und deren Bestrebungen, die Lebenshaltung der Arbeiter auf ein noch niedrigeres Niveau herabzudrücken, als es bis jetzt schon ist. Das Vorgehen der Herren vom Arbeitgeberverband könne nur als eine Provokation aufgefaßt werden. Die Kollegen erklärten sich mit der eingeschlagenen Taktik einverstanden und forderten einstimmig, es solle dem Unternehmerübermut endlich ein Karoli geboten werden. Der Kollege Hr. Bandow wurde wegen Kopfrückeri aus der Organisation ausgeschlossen. Wegen den Kollegen Könnig wurde der beantragte Ausschluß noch einmal zurückgezogen, jedoch wurde dem Kollegen, weil er in einem hochfunktionalen Lokal bereserte, eine Mütze erteilt. Nachdem noch vom Kollege Kellermann auf die demnächst stattfindenden Stadteordnetenwahlen hingewiesen war, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Königs 1. Weßer. Der hiesige Zweigverein hielt am 23. Januar im Vereinslokale seine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht, aus dem folgendes zu entnehmen ist: Im Frühjahr 1909 verurteilten die hiesigen Unternehmer, den bestehenden Tarif in die Höhe zu stellen und den Stundenlohn um 2 $\frac{1}{2}$ zu reduzieren. Das war wieder mal eine Lehre für unsere Kollegen, daß man auch bei Friedenszeiten auf dem Posten sein muß. Die Kollegen mißbilligten das Verhalten der Unternehmer und beschloßen in einer darauf folgenden Versammlung, unter keinen Umständen billiger zu arbeiten, als der bestehende Tarif es vorschreibt. Die Unternehmer stellten bald darauf ihr Vorhaben ein und versprachen, in Zukunft den tariflich festgesetzten Stundenlohn zu zahlen. Sie haben auch Wort gehalten, so daß wir im Berichtsjahre keine Baupreise zu berechnen hatten. Die Bautätigkeit ließ am Anfang zu wünschen übrig. Nach Pfingsten setzte eine bessere Konjunktur ein; es fand sich auch eine Anzahl fremder unorganisirter Maurer ein, in deren Umgang nichts gebaut wird. Wir hoffen, daß sich ihre Gewinnung in Zukunft bessern wird. Die Kassenverhältnisse sind als günstig zu bezeichnen. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse betrug M. 1654,20. Die Einnahme der Lokalfasse betrug M. 536,80, die Ausgabe M. 336,06, so daß ein Kassenbestand von M. 2007,74 vorhanden ist. Die Summe verteilt sich auf König mit M. 109,55, Miedenborn mit M. 63,89, und Schloßgum mit M. 27,27. Auf Antrag der Revisoren wurde der Geschäftsvorstand entlastet. Es wurde dann zur Vorstandswahl geschritten und einstimmig Zehe als Vorsitzender, Prodezinski als Kassierer und Dobrindt als Schriftführer wiedergewählt. Kollege Dresden-Danzig erstattete dann Bericht von den Unterhandlungen mit dem Unternehmer Schröder. Der gute Mann hatte sich erdreißelt, den bei ihm beschäftigten Kollegen den Stundenlohn um 2 $\frac{1}{2}$ zu reduzieren, also statt 46 $\frac{1}{2}$ 25 $\frac{1}{2}$ auszugeben. Er meinte, es wäre im Winter, da könnte der Maurer doch nicht fohiel Stundenlohn verlangen — als im Sommer. Schließlich sah der Unternehmer ein, daß mit uns schlecht Pfäumen zu pfücken ist. Er verpflüchtete sich, den Kollegen die 2 $\frac{1}{2}$ nachzugeben und auch in Zukunft 46 $\frac{1}{2}$ zu zahlen. Damit war die Sache erledigt. Ferner wurde mit großer Majorität beschlossen, in Zukunft nicht mehr in Afford zu arbeiten. Nach Erledigung verschiedener Vereinsangelegenheiten und nachdem der Vorsitzende den Kollegen ans Herz gelegt hatte, auch im neuen Jahre unermüdet für die Bestrebungen der Organisation zu arbeiten, wurde die gut besuchte Generalversammlung geschlossen.

Langelsheim. Am 23. Januar tagte unsere außerordentliche Generalversammlung, in der der Jahresbericht erstattet wurde. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Karl Waldmann wiedergewählt, zum Kassierer Kollege August Raffemann neuergewählt. Der Vorsitzende richtete, daß einzelne Kollegen in anderen Lokalen mehr vertreten, als in unserem Bezirkslokal. Weiter richtete er den schlechten Verammlungsbesuch und die Interesslosigkeit der Kollegen an den Verammlungen der Arbeiterchaft. Weder dem Arbeitereingangsverein noch der politischen Organisation schließen sie sich an, aber bei den Verammlungen des Kriegereingangsvereins sind sie framm vertreten, obwohl sie unsere Vergnügen nicht besuchen. Auch

sonst fehlt die Lust zur Organisationsarbeit. Kollegen, so darf es nicht weitergehen, wenn wir nicht wollen, daß uns die Unternehmer schwerer Schaden zufügen. Seit deshalb auf dem Posten und besucht vor allem die Verammlungen besser.

Mibber. (Geschäfts- und Kassenbericht für 1909.) In den letzten Jahren, wo das Baugewerbe unter einer starken wirtschaftlichen Krise zu leiden hatte, wurden wir in unserm Zweigvereinsgebiet kaum von der Krise berührt, ja, es waren niemals so viel Maurer beschäftigt wie in den Jahren 1907 und 1908. Diese Konjunktur hielt sich bis Ende Oktober 1908, wo dann trotz Wohnungsmangels eine große Arbeitslosigkeit eintrat, so daß wir schon im vorjährigen Geschäftsbericht mit bangender Sorge auf dieses Jahr hinielen. Leider wurde unsere Befürchtung erfüllt; denn auch, um der gefühligen Trodenzeit genügen zu können, zeitweilig vor den Terminen zur Wohnbauabnahme eine fieberhafte Tätigkeit entfaltet wurde. Nach Mitteilungen des Meldeamts sind im letzten Jahre infolge der ungünstigen Geschäftslage 1500 Personen aus Lübeck verzogen, so daß der Prozentgrad der leerstehenden Wohnungen etwas stieg. Immerhin muß konstatiert werden, daß auch jetzt noch ein starker Wohnungsmangel vorhanden ist, hauptsächlich an kleineren Wohnungen. Nach einem Bericht des Direktors des Statistischen Amtes ist der Prozentgrad der leerstehenden Wohnungen seit 1904 ständig gefallen, und zwar von 87,5 oder 3,89 pZt. der Gesamtwohnungen auf 299 oder 1,23 pZt. der Gesamtwohnungen. Am schlimmsten ist der Wohnungsmangel in dem dichtbelebtesten Arbeiterstadtteil St. Lorenz; wo die Zahl der leerstehenden Wohnungen nur 0,49 pZt., also nur den sechsten Teil des normalen Satzes betrug. Es versteht sich von selbst, daß die Grundstücksbesitzer, die in Arm mit den Hausgegnern diesen Wohnungsmangel auszunutzen; sind doch die Läden- und Mietpreise in den letzten zehn Jahren bis zu 50 pZt. gestiegen. Es scheint nun, als wenn im Spätherbst der Baumarkt durch Januarfrage verchiedener städtischer Bauten etwas lebhafter werden würde. Im Industriegebiet Rüdnitz herrscht jetzt schon eine rege Bautätigkeit, und wir geben uns der Hoffnung hin, daß in diesem Jahre das ganze Zweigvereinsgebiet vom allgemeinen Aufschwung mit berührt werden wird. Den Grad der Arbeitslosigkeit beweisen folgende Zahlen: Es meldeten sich im Laufe des Jahres arbeitslos: 125 Kollegen einmal mit zusammen 6775 Tagen und einem Lohnausfall von M. 27.285,40, 88 Kollegen zweimal mit 2655 Tagen und einem Lohnausfall von M. 12.989,40, 27 Kollegen dreimal mit 1464 Tagen und einem Lohnausfall von M. 7144,82, und 5 Kollegen viermal mit 84 Tagen und einem Lohnausfall von M. 1703,12. Den Stundenlohn durchschnittlich zu 61 $\frac{3}{4}$ gerechnet, ergibt das einen Gesamtlöhnerverlust von M. 49.122,24. Diese Summe kann um mindestens M. 20.000 höher geschätzt werden, weil in 153 Fällen die Abmeldung nicht erfolgte; eine Nachzahlung, die gar nicht genug gerügt werden kann, um so mehr, da unter diesen Kollegen sehr viele sind, die sich mehrere Male meldeten, um vom Beitrag befreit zu werden, aber beim Zurücktreten stets die Abmeldung unterließen. Wir werden nicht umhin können, dieser Frage in Zukunft mehr Beachtung zu schenken, wenn eine vollständige Statistik geschaffen werden soll. Des weiteren brachten die statistischen Erhebungen im Monat August, durch die der Beschäftigungsgrad der Kollegen festgestellt wurde, den Beweis, daß die Zahl der Beschäftigten gegen die in demselben Zeitraum des Vorjahres um 140 zurückgegangen war. In den besten Sommermonaten, Juli und August, waren 25 pZt. Arbeitslose vorhanden. Dazu kamen viele, die ihr Brot auswärts suchen mußten. Das gesammelte statistische Material birgt so viel Kummer und Sorge in sich, daß man ruhig sagen kann: Die heutige Gesellschaftsordnung ist nicht in der Lage, allen Gliedern der Gesellschaft Arbeit und Brot zu geben. Unter diesen Umständen mußten wir hauptsächlich im Winter und Frühjahr, wo die Not am größten war, in unsere Lokalfasse greifen, um unsere Kollegen vor dem argsten Hunger zu schützen. 44 Kollegen erhielten je M. 30 leibweise ausbezahlt, wodurch manchem zur Mietzeit geholfen wurde. Des weiteren wurden zwei Kollegen, die fast das ganze Jahr krank waren, mit je M. 30 zu Weihnachten unterstützt. Ein am Fußgitterreife beteiligter Kollege wurde 14 Wochen lang von der Hauptkasse unterstützt. Der Zweigvereinsvorstand kann auch in diesem Jahre auf eine rührige Tätigkeit zurückblicken. Die Mitgliederzahl bewegte sich folgendermaßen: Neu aufgenommen wurden 65 Kollegen, davon zum dritten Male drei und zum zweiten Male zehn; Anmeldungen erfolgten 108, Abmeldungen 118, ausgetreten sind 14 (von denen vier in einem andern Beruf eintraten), ausgeschlossen wurde einer, wegen Schulden gestrichen vier und gestorben sind sechs Kollegen. Die Zahl der Mitglieder betrug im ersten Quartal 540, im zweiten 586, im dritten 528, im vierten 621; also im Durchschnitt 533. Die Zahl der Ehrenmitglieder betrug 28, die der Invaliden drei. Die Jahreserinnahme der Hauptkasse betrug M. 12.835,46, die Ausgabe M. 12.104,85. Davon wurden an die Hauptkasse abgeliefert M. 6057,38, an 280 Kollegen für Reiseunterstützung im Winter M. 280, Krankenunterstützung an 45 freilebende Kollegen M. 67,50, Krankenunterstützung an 63 Kollegen M. 1835,65, für Arbeiterunterstützung an sechs Kollegen und eine Ehefrau M. 480, Anteil der Lokalfasse an den Beiträgen und Eintrittsgeldern M. 3150,90, für Streifenunterstützung in andern Gewerben M. 205,52, Sonstiges M. 233,67. Der Kassenbestand für die Hauptkasse betrug M. 233,67. Die Einnahme der Lokalfasse ist jetzt zusammen aus einem Kassenbestand von M. 5204,09, Anteil an den Beiträgen und Eintrittsgeldern M. 3150,90, M. 1100, Lokalfassen M. 30 $\frac{3}{4}$ = M. 390, an Zuschlagsbeträgen M. 1888,15, für Kalender, Protokolle und sonstige Schriften M. 504,22, Zinsen für 1909 M. 168,08. Die Gesamteinnahme beträgt M. 11.245,34. Die Ausgaben der Lokalfasse betragen: für Schriften, Protokolle, Futterale und Kalender M. 149,45, Gaubetrag, Beiträge für das Gewerkschaftsamt, Arbeitersekretariat und Bauarbeiterkommissionen M. 742,49, für den Generalrat in Schweden M. 300, Ortsunterstützung M. 567,30, Bibliothek M. 143,20, Agitation M. 84,07, statistische Aufnahmen M. 172,90, Ehrung bedürftiger Mitglieder M. 60, persönliche Verwaltungskosten, Sitzungsgelder, Revisionen und sonstige persönliche Ausgaben M. 859,10, jährliche Verwaltungskosten, Bureauanteile, Schreibmaterial, Kolportage des „Grundstein“ und Einzeln der Beiträge,

Annoucen und Druckfacien N 1008,51, Baupersonen N 35,34, Weisnachricht und sonstige Ausgaben N 720,19. Die Ausgabe betragt demnach N 5506,04 und der Kassenbestand N 8738,70, wovon N 8468,81 bei der Bank belegt sind. Die gesamten Einnahmen der Haupt- und Nebenkassen betragen nach Abzug der Kassenbestand usw. N 13 775,98, die durchschnittliche Mitgliederzahl nach Abzug der nicht zahlenden Ehrenmitglieder 502, so das sich eine Leistung pro Jahr und Kopf von N 27,44 ergibt. Der Kassenumschlag fur das einzelne Mitglied belief sich auf 40,1, was uben den Durchschnittsfall von 40 Wochen hinausgeht und darauf zuruckzufuhren ist, das die restierenden Beitrage in diesem Jahre bezuglich sind und die Meistenliste am Schlusse dieses Jahres klein ist. Das die Arbeitslosigkeit auch auf unsere Kassenverhaltnisse gewirkt hat, ersehen wir daran, das wir gegen das Vorjahr eine Windertragnahme von N 1505,82 zu verzeichnen haben. — Sitzungen des Vorstandes fanden 23, Tarifkommissionsitzungen 13, gemeinsame Sitzungen 4, Sitzungen der drei Berufe (Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter) 7, Sitzungen jamlischer Gewerkschaftsvorstande 5 und Sitzungen mit dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes 1 statt. Versammlungen fanden 25 statt; in 8 wurden Vortrage gehalten uben: „Das Alters- und Invaliditatsversicherungsgesetz“, „Die Verschmelzung mit dem Bauhilfsarbeiterverband“, „Arbeitgeberorganisationen und ihre Entwicklung“, „Die politische Lage“, „Die baugewerblichen Arbeiterorganisationen im Kampfe um die Arbeitsbedingungen“, „Die Wirkungen der letzten Finanzreform“. Der Besuch der Versammlungen war im allgemeinen sehr mligig; im Durchschnitt waren etwa 110 Mitglieder anwesend. Der Besuch muB im kommenden Jahre anders werden; alle Kollegen, ohne Ausnahme, muBen in den Versammlungen erscheinen. Baudeliegertensitzungen fanden 6 statt. Es muB gesagt werden, das manche Kollegen aus den Bauten ihre Pflichten nicht erfullen haben, so das sie vom Vorstand daran ermahnt werden muBten. Zwar wird die vorstehende Depressio daran viel Schuld haben, aber die Erfahrung lehrt, das allzuviel Vernachlassigung sich oftmals bitter racht. In den Sitzungen wurde das von den Baudeliegerten gesammelte Material vorfentlicht und diskutiert. Wir konnten wie im Vorjahre wieder konstatieren, das unsere Gewerkschaft nach der letzten Zahlung mit 74 pSt. an der Spitze aller hiesigen Gewerkschaften steht. In den Sitzungen wurden vielfach Klagen laut, das sich die Unternehmer nicht an den Senatserschlag (Polizeigesetz fur Bauarbeiterbeschuld) gewohnen konnen, der bekanntlich am 1. Februar in Kraft trat, und zwar so weitgehend, das die baugewerblichen Arbeiter selbst uberrischt waren, weil langjahrige, von uns gestellte Forderungen vollinhaltlich erfult wurden. So ist das moerderische Ueberbehandeln verboten, ebenso muBen in der letzten Jahreszeit beizubauende Baubuden vorhanden und die Arbeiter bei Innenarbeiten vor Zugluft geschutzt sein. Nur die weitgehende Forderung, von Arbeitern gewahlte Kontrolloren anzustellen, lieBen die hiesigen Stadtvater unperuschtigt. Wir wollen zugeben, das die Zustande der Bauuten in den letzten Jahren durch die Kontrolle der stadtischen Beamten bedeutend besser geworden sind, aber ein Kontrollor ist gar nicht in der Lage, im ganzen Staatsgebiet seine Pflicht so zu erfullen, wie es notwendig ist. Als die Verordnung in Kraft trat, beschloB der Arbeiterverband, sich ihr zu widersetzen; aber durch verschiedene Strafen, die von den Ueberbeherrigern gegen sie ausgesprochen wurden, muBten sie sich doch unterwerfen. In finanzieller Beziehung sind die dortigen Kollegen aber ihrer Pflicht nachgekommen, denn alle Kollegen haben ihre Beitrage voll bezahlt. — Die Krankenunterstutzung hat sich auf derselben Hohe gehalten wie im Vorjahre; die Zahl der Unterstutzungsberechtigten belief sich auf 63 oder 11,82 pSt. der Mitglieder. Die Dauer der Ertrantungen betrug 2044 Tage, wofur eine Unterstutzung von N 1833,65 gezahlt wurde. Diese Hilfe der Organisation wird manchen Kollegen aus groBerer Not gerettet haben; erfuhren doch neun Kollegen mit einer Krankheitsdauer von uber zwolf Wochen zusammen die Summe von N 1020,25. Soweit als moglich haben wir auch in diesem Jahre versucht, Wissens- und Bildungsbestrebungen der Kollegen zu fordern. Unserer Bibliothek sind eine Reihe wissenschaftlicher Werte einverleibt worden, auch mehrere Spenden sind der Bibliothek zugefallen, wofur an dieser Stelle den Spendern gedankt sei. In der Bibliothek sind vorhanden 373 Bander, gefehen wurden im Jahre 384, 55 mehr als im Vorjahre. Es muB ausgesprochen werden, das diese Zahl fur Lueder sehr gering ist. Allerdings ist auBerdem fur die Genossenschaftsbucherei noch 77 Besearten an Kollegen ausgefult. Wichtig ist es in Zukunft ratam, die beiden Bibliotheken zu verschmelzen, um auch unsere Bibliothek der Allgemeinheit zuganglich zu machen. Fur etwa 30 Kollegen, die sich zu einem vom Kartell und der Partei veranstalteten Zyklus, in dem der wissenschaftliche Sozialismus behandelt wird, meldeten, gabt die Lokalfasse den Eintritt. Nun an dieser Stelle noch einige Worte zu unseren Arbeitsverhaltnissen an Orte. Obgleich die Alfordarbeit in diesem Jahre fur uns erledigt war, indem sich die Kolonne infolge ihres Auftretens ummoglich gemacht hatte und auseinandergeriprenzt war, haben einzelne versucht, sich Unterfunkt zu suchen, was ihnen zum Teil auch gelungen ist. Was Mann sind noch in unsern Gefilden ubrig, wahrend man sich im vorigen Jahre so hart fuchte, das man glaubte, die Organisation der Maurer Ruedes aus den Angeln heben zu konnen. Diese steht aber mit ihren Beschlussen so fest wie zuvor. Uebriens gewinnt es den Anschein, als wenn die Unternehmer selbst keine Freude mehr an der von ihnen geguheten Kolonne hatten, nur die Firma Fortkuhl will

nochmals ihr Glud versuchen. Ein zwischen der Firma und den Zwischenmeistern abgeschlossener Vertrag lautet auf 90 pSt. der wirtschlichen Arbeitsleistung und ubersieht die sonstige Lohnregelung den „Zwischenmeistern“, darauf ist die Garantie des Lohnes ganglich aufgeschoben. Wir hoffen, das sich ein organisierter Kollege in eine bezugliche Falle laden laBt. Um unsere Kollegen vor der Gefahr zu warnen, haben wir uber die Firma selbst die Sperre verhandelt. Der am 1. April d. J. ablaufende Tarif ist von beiden Seiten gehalten worden. Wie die Tarifverhandlungen im Fruhjahr ausfallen mogen, soll hier nicht naher erortert werden; jedenfalls ist durch die zentralen Verhandlungen bewiesen, das die Unternehmer mit bedeutend herabgesetzten Angeboten auf der ganzen Linie zum Kampfe ruufen. Die kritischen Verhandlungstage fur Lueder sind uns beim Schreiben dieses Berichtes noch nicht bekannt, jedenfalls nehmen die Unternehmer eine abwartende Stellung ein. Uns soll es recht sein, unsere Waffen sind jederzeit bereit. Am Schlusse dieses Berichtes mag nun gesagt sein: wenn auch das Jahr 1909 fur uns an Orte sehr druckend war und die Arbeitslosigkeit manchen Kollegen tiefe Wunden geschlagen hat, so ist unsere Organisation in gewerkschaftlicher, politischer Hinsicht gut zu nennen. Wenn wir so vorwarts fuhren, immer den Blick geradeaus und stets in Kampfesstellung, so werden alle Willkure, alle Machinationen der Unternehmer zunichte werden.

MeiBen. Am 30. Januar tagte im „Schlachthof“ die Generalversammlung. Der Vorsitzende und der Kassierer gaben den Quartals- und Jahresbericht. Daraus ging hervor, das die Ausgaben die Einnahmen ubertiegen, was auf einige groBere Aufwendungen, die sich im Berichtsjahre notwendig machten, zuruckzufuhren ist. Die Kontrolle der Mitgliedsbuecher ergab, das 1089 Beitragsmarken von anderen Zweigvereinen an unsere Mitglieder verabfolgt waren. Die von der Organisation herausgegebenen Schriften sollen bei unsern Kollegen viel mehr Beachtung finden, da sie zur Vereinerung des Wissens der Mitglieder und zur Befestigung der Organisation dienen. Zu Vorsitzenden wurden die Kollegen Weiner und Weber, zu Kassierern Weiner und Sommer gewahlt. Auf Antragen wegen der stattgefundenen Tarifverhandlungen konnte eine befriedigende Antwort nicht gegeben werden. Wir werden uns auf einen Kampf vorbereiten muBen, konnen aber mit kampfesmutigen und opferwilligen Kollegen seinem Ausgang ruhig entgegensehen.

Neubrandenburg. In unserer Monatsversammlung am 28. Januar verlas der Kassierer den Jahresbericht. Er wurde entlasst. Dann wurden der Vorsitzende und Kassierer wiedergewahlt. Da von 77 Kollegen nur 21 anwesend waren, ermahnte der Vorsitzende die anwesenden Kollegen zu reger Agitation, damit auch wir, wenn es zum Kampfe komme, diesen frohstigen Mutes durchfuhren konnen.

Posen. Am 30. Januar hielt unser Zweigverein im „Gasthaus zur Post“ eine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht und begrusste mit Freuden, das es in unserm Zweigverein keinen indifferenten Maurer mehr gibt. Auch die anderen Gewerkschaften haben gute Fortschritte gemacht. Am JahresfchluBe 1908 hatten wir 463 und am JahresfchluBe 1909 704-Gewerkschaftler. Hierauf gab der Kassierer den Kassenbericht, worauf der alte Gesamtvorstand wiedergewahlt wurde. Zum Schlusse geistliche Kollege Burger aus Dresden die Alfordarbeit und ermahnte die Kollegen, sich nicht dazu verleiten zu lassen.

Dachau. Am 23. Januar tagte im „Weinberg“ eine gutbesuchte Maurerverammlung, in der Kollege Koch-Veipzig uber: „Die Lohnbewegung 1910“ referierte. Er unterzog den vom Arbeitgeberbund vorgelegten Mustervertrag einer heben Kritik und erklarte, die Arbeitervertreter hatten bei den Unterhandlungen mit den Unternehmern diesen Vertrag abgelehnt. Die Versammlung war mit diesem Vorgehen einverstanden. Nach Erklarung des Kassenberichts vom vierten Quartal und des Jahresberichts wurde die Wahl des Vorstandes und der Kommissionen vorgenommen. Erster Vorsitzender wurde Kollege B. Meinhardt, erster Kassierer Braumisch. Unter „Verschiedenes“ wurde einstimmig beschlossen, in jedem Quartal eine Kollportagemarke an alle Mitglieder auszugeben, womit die um 1/3 erhohete Entschadigung der Intertassierer wieder eingeholt werden soll.

Posen. In der Generalversammlung des Zweigvereins erstattete Kollege Schulz Bericht uber die Verhandlungen mit den Unternehmern. Das Ergebnis ist unsern Lesern in Nr. 3 des „Grundstein“ bereits mitgeteilt worden. Hierauf gab Kollege Schulz einen Ruckblick auf das Jahr 1909. Das verfloffene Jahr fand noch im Banne der Depression. Des Statistische Amt berichtete zwar in seinen Ruckblicken uber eine Zunahme der privaten Bautatigkeit; bei genauer Zusammen- und Gegenuberstellung ist diese Tatsache, aus den statistischen Monatsberichten jedoch nicht zu ersehen. Dies mag ein Fehler in der Aufstellung der statistischen Monatsberichte sein, die die einzelnen Arbeiten nach ihrer GroBe und ihrem Umfang nicht erkennen lassen. Immerhin haben die groBeren privaten Bauten eine Zunahme erfahren. Demgegenuber ist aber eine Abnahme der staatlichen und kommunalen Bautatigkeit zu verzeichnen. Die von uns aufgenommenen Statistiken uber den Beschaffungsgrad weisen noch denselben Zustand auf wie er seit 1906 beobachtet worden ist. Die Arbeitslosigkeit verfolgte uns denn auch das ganze Jahr. Im Januar betrug die Arbeitslosigkeit 64,04 pSt., im Februar 65,65 pSt., Marz 38,38 pSt., April 19,28 pSt., Mai 9,32 pSt., Juni 4,37 pSt., Juli 4,73 pSt., August 11,56 pSt., September 9,72 pSt., Oktober 11,75 pSt., November 26,14 pSt. und Dezember 39,88 pSt. der Mitglieder im Vertragsgebiet. Die Mitgliederzahl ist zwar um funf niedriger als am Schlusse des Jahres 1908; sie betragt 829. Jedoch bedeuten diese funf keinen Verlust, da die Zahlstelle folglich mit 63 Mitgliedern ein selbstandiger Zweigverein wurde. Dieser Wagnis ist also bis auf funf Mitglieder wieder weit gemacht. Um dies zu erreichen, waren im Vertragsgebiet 31 Mitgliederberufungen erforderlich, davon 17 allgemeine und 14 in den Bezirken. AuBerdem fand eine offentliche Versammlung statt, die sich mit dem Treiben der Bruder in Christo beschaffigte. Vorstandssitzungen fanden 24 und Kassenrevisionen 12 statt.

Die Bibliothek wurde im verfloffenen Jahre nicht so stark in Anspruch genommen wie es eigentlich erwunscht ware; eine Verbesserung nach dieser Richtung hin ist im Interesse der Ausnutzung erwunscht. Von Bauregelungen groBer Art blieben wir im Vertragsgebiet beschont; um aber nicht ganz ohne Anstalten dieser Art davon zu kommen, sorgten die schwachen christlichen Maurer in Gnesen fur das nohtige Quantum; funf Kollegen wurden von diesen „Teleanten“ aus der Arbeit vertrieben. Einige haben sie durch diesen Exorzismus in ihre Organisation hinein-„organisiert“. Die Korrespondenz bestand aus 495 Eingangen und 112 Ausgangen. Die Jahresuberficht ergibt eine Gesamteinnahme und Ausgabe fur die Hauptkasse von N 15 775,98, und zwar wurden an die Hauptkasse gefandt N 8578,84, fur Reiseunterstutzungen ausgegeben N 16, fur Reichstags an 14 Mitglieder N 319,27, fur Gemahrgelundenunterstutzung N 67,85, fur Krankenunterstutzung an 107 Mitglieder N 2830,20, fur Steuerunterstutzung an 11 Mitglieder N 602,50. Der Lokalfasse wurden N 3860,54 uberschieden. Der Beitragsmarkenumschlag infolge der Marken fur Arbeitslohe betrug 31 700 Stuck. Die Lokalfasse hatte eine Gesamteinnahme von N 8487,67 infolge des alten Bestandes von N 8001,78 und Ueberweisung des Anteils. An Ausgaben sind N 4559,52 zu verzeichnen; mithin bleibt ein Kassenbestand fur die Lokalfasse von N 3928,15.

Regensburg. (Sachverricht.) In den Monaten Januar, Februar und Marz hatten wir, wie im Jahre 1908, einen sehr schlechten Geschafsttag. Erst im Juni wurde die Nachfrage nach Arbeitskraften etwas lebhafter, sie wurde im Juli sehr gut und blieb bis zum JahresfchluBe mittelmagig. Zur Erledigung seiner Angelegenheiten hielt der Zweigverein 22 Mitglieder- und 2 Generalversammlungen ab. Von diesen entfallen 7 Versammlungen auf die umliegenden Ortschaften. AuBerdem waren 18 Vorstandssitzungen notwendig. Die Mitgliederzahl betrug im ersten Quartal 496, im zweiten 493, im dritten 513 und im vierten Quartal 527, sie bleibt im Durchschnitt um 21 niedriger als im Jahre 1908. Dies ist lediglich auf die schlechte Geschafstlage am Jahresbeginn zuruckzufuhren, indem sich damals ein groBer Teil unserer Kollegen in anderen Orten Beschaffigung suchen muBte. Neuaufgenommen wurden 104 Kollegen, von diesen waren 19 schon einmal Mitglied, zugereicht sind 103, abgereicht 151, ausgestreuten 10, ausgeschloffen 5, gestorben 3, zum Militar eingezogen 8 und wegen Schulden gestrichen 10 Mitglieder. Ganz besonders erfreulich ist die Beitragszahlung; wir verabsolgten 21 679 Beitragsmarken, gleich 42,76 pro Mitglied. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von N 10 261,60, davon wurden an Orte an Krankenunterstutzung N 541,90, an Steuerunterstutzung N 225, an Reiseunterstutzung N 61 und an Reichstags N 64,75 ausgegeben, abgefandt wurden an die Hauptkasse N 9388,95. Die Lokalfasse hatte eine Einnahme von N 5206,32 und eine Ausgabe von N 3641,84, somit blieben N 1564,48 als Kassenbestand. Servorgehoben muB werden, das einzelne Unternehmer wiederholt verurtheilt, den tariflich festgelegten Lohn nicht zu bezahlen; erst durch den am 1. Oktober gefallten Schiedspruch des Einigungsamtes am hiesigen Gewerbegericht wurden die Differenzen beseitigt. Ueber einen Unternehmer muBte die Sperre verhandelt werden; Kosten entfielen dadurch nicht, da unsere Forderung sofort bewilligt wurde. Im allgemeinen konnen wir, was die Organisation anbelangt, mit dem Jahr 1909 zufrieden sein. Das System der Bauinagitation hat sich wiederum vortrefflich bewahrt, es gibt daher im Gebiete des Zweigvereins nur noch einzelne Kollegen, die nicht zu uns gehoren. So wollen wir auch in diesem Jahre treu zur Sache halten, und wenn jeder einzelne seine Pflicht tut, dann wird es uns gelingen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen so zu verbessern, das wir ein menschenwurdiges Dasein fuhren konnen.

Helmstedt. In unserer Generalversammlung am 29. Januar gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Die Mitgliederzahl betrug am JahresfchluBe 128. Neu aufgenommen wurden 101, davon waren 15 schon einmal Mitglied, zugereicht sind 73, abgereicht 81, ausgestreuten 2, gestorben 1, zum Militar eingezogen 8, wegen Schulden muBten 4 gestrichen werden. Anfangs des Jahres gab es mit der Arbeitslosigkeit recht traurig aus, doch es besserte sich bald im Sommer, weil die Bautatigkeit gut; unsere Statistik weist ebenfalls Bauten und beschaffigte Maurer nach wie in den fruheren guten Jahren. Die Hauptkasse hatte eine Jahreseinnahme von N 8899,94, die Lokalfasse eine solche von N 2976,12 und eine Ausgabe von N 1290,39, von dem N 1685,78 betragenden Kassenbestande sind N 1501,39 auf der Bank belegt. Versammlungen fanden 24, Sitzungen 28 statt, auBerdem eine Sitzung der Schlichtungskommission. Bei der Vorstandswahl wurden die bisherigen Kollegen wiedergewahlt. Hoffentlich erfreuen sie sich auch in diesem Jahre der heiligen Unterstutzung der Mitglieder. Dann wird uns der Unternehmernbund mit seinen Staffelhohnen und sonstigen FuBangeln vom Leibe bleiben muBen.

Safran. Am 23. Januar fand beim Kollegen Remela unsere Mitgliederberufung statt, wo der Vorsitzende den Jahresbericht gab. Daraus ergab sich, das im abgelaufenen Jahre 53 Kollegen fur den Verband genommen wurden. Der Vorsitzende gab dann die Abrechnungen. Die Einnahme der Lokalfasse betrug N 262,05, die Ausgabe N 229,78. Als Kassenbestand blieben N 32,27. In die Hauptkasse wurden abgefandt N 559,48, an zwei Mitglieder wurden N 15,45 Krankengeld gezahlt. Bei der Neuwahl wurde der alte Vorstand wiedergewahlt. Beim Punkt „Verschiedenes“ kritisierte der Vorsitzende scharf die Mischhandigkeit der Kollegen in bezug auf Beitragszahlung und Versammlungsbefuch, da auch in dieser Versammlung von 104 Kollegen nur 13 erschienen waren.

Schweinfurt. In der am 23. Januar abgehaltenen Versammlung gab Kollege Kupfer einleitend einen Ueberblick uber die in Berlin gepflogenen Verhandlungen. Kollege Schmitt berichtete dann uber die kritischen Verhandlungen. Wir hatten die Ausdehnung des Tarifs auf die Orte Oberdorf und Schonungen verlangt. Die Unternehmer wandten dagegen ein, das wir ja dort keine Zahlstellen hatten und das dortigen Maurer mit ihrer Lage zufrieden waren. Es

ist nun unsere Aufgabe, diese Kollegen aufzuklären. Ferner verlangen wir eine Arbeitszeitverkürzung, die im Winter nicht unter acht Stunden gehen sollte. Die Unternehmer lehnten eine Verringerung, trotz eingehender Begründung durch den Kollegen Meriel, ab. Ihren Höhepunkt erreichte das schäbste Verhalten der Unternehmer, als diese erklärten, eine Schlichtung von 4/3 vorzunehmen zu wollen. In der Diskussion wollten sie sich dann gnädig mit 2/3 begnügen, so daß der Grundlohn 46 3 (jezt 48 3) betrage; dies aber nur unter der Voraussetzung, daß ein Vertrag auf fünf Jahre aufzuheben komme und das Wort lüchtig bestehen bleibe. Natürlich mußten an diesem unerhörten Verlangen die Verhandlungen scheitern. Die Versammlung sprach in einer Resolution ihre Entrüstung über die schäbsten Zumutungen der Unternehmer aus. Die Kollegen seien sich jetzt bewußt, daß sie einen Kampf zu führen haben, der Mut und Opfer koste. Deshalb wollen wir mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Organisation ausbauen.

Leinfelden. Am 30. Januar tagte unsere gute besuchte Generalversammlung im Lokal „Zur Weintraube“. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht, woraus zu entnehmen war, daß der Zweigverein an Mitgliedern gewonnen hat und das Interesse für die Organisation nicht zurückgegangen ist. Der Zweigverein hat im vergangenen Jahre 85 neue Mitglieder der Organisation zugeführt. Die Konjunktur war das ganze Jahr gut. Der Kassierer Wilhelm Koch erstattete den Kassenbericht, der mit großem Interesse entgegengenommen wurde. Die Einnahme betrug M 2882,96, die Ausgabe M 1561,87 und der Kassenbestand M 1301,39. Davon sind bei der Sparkasse M 1083,31 belegt. Dann wurde als erster Vorsitzender Kollege Richard Krümm gewählt. Der Kassierer Wilhelm Koch wurde einstimmig wiedergewählt. Nachdem Kollege Krümm noch einen kurzen Bericht von den Verhandlungen mit dem Unternehmer gegeben hatte, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation geschlossen.

Stettin. Am 20. Januar fand die Mitgliederversammlung des hiesigen Zweigvereins statt. Den Jahresbericht gab Kollege Schlichter. Er wies auf die Zunahme der Betonarbeit hin. Während früher nur einzelne Pfeiler und Wenden aus Beton gemacht wurden, werden jetzt ganze Bauten hiervon ausgeführt. Wir haben das größte Interesse daran, daß für diese Arbeit der Maurerlohn gezahlt wird. Während der vergangenen Jahre wurden hierfür sogar nur 28 bis 35 3 gezahlt. Erst die Sperre über das Geschäft „Comet“ hat es zugebracht, daß wenigstens der Bauarbeiterlohn mit 38 3 gezahlt wird. Die meisten Scherereien hatten wir mit dem Baugeschäft Stiedens. Im Februar wurde dort von den Kollegen für das Ruhen 55 3 verlangt. Da dies verweigert wurde, erhielten die Kollegen Feierabend. In der nun folgenden Sitzung mit den Unternehmern wurde vom Kollegen Schauer festgestellt, daß in der Sitzung vom 23. Mai 1908 beschlossen wurde, daß für Arbeiter, die über drei Tage dauern, 10 3 Aufschlag gezahlt werden muß. Die Unternehmer bestritten dies und ein Protokoll der Sitzung war nicht zu haben. Kreuzdorn wurden die 10 3 nachgezahlt. Anfang April beschwerten sich die Kollegen über die schlechte Baubau auf dem Bau Paradiesplatz. Die prägnante Antwort des Unternehmers war: Wenn es nicht paßt, der kann gehen. Dann kam zur Arbeitszeitverkürzung, der Bauunternehmer, wo der betante Kollege Angel zwei Kommissionsmitgliedern, die eine Statistik aufnehmen, die Baufälle bewies. In der folgenden Schlichtungskommissionssitzung wurde Angel darauf aufmerksam gemacht, daß ihm sein Unternehmer im vorigen Jahre den Auftrag erteilt hätte, den mit solchen Fragen kommenden Kollegen anständig Antwort zu geben. Dies bestritt Angel, während der Unternehmer es zugab. Schließlich mußte er ein Schriftstück unterzeichnen, worin er erklärte, daß er der Organisation nichts in den Weg legen, künftig allen Bautenkontrolluren anständig Bescheid sagen und Verfügungen nicht vornehmen wolle. Zu erwähnen wäre noch die Einführung der Hauskassierung mit dem 1. Oktober 1909. Die Abrechnung vom vierten Quartal ergab ein Einnahme für die Hauptkasse von M 7188,14 und eine Ausgabe von M 4061,88. Die Einnahme der Lokalkasse betrug M 4214,62, die Ausgabe M 991,69, so daß ein Bestand von M 3222,93 bleibt. Zum Uebergang zum deutschen Bauarbeiterverband führt Kollege Kieß aus: Das neue Musterstatut unterziehe sich nur in wenigen Punkten von unserem alten. Es müsse aber die neue Gehaltsregulierung in die Augen fallen. Ohne Beamte gehe es in einer so großen Organisation, wie die unserer ist, nicht. Das Auffallende sei nur, daß die Mitgliederzahl mit der Zahl der Angestellten nicht gleichen Schritt gehalten habe. Während wir 1909 bei 89 000 Mitgliedern 16 Beamte hatten, hatten wir 1908 bei 175 000 Mitgliedern 129 Beamte. Während die Mitgliederzahl auf das Doppelte stieg, ist die Beamtenzahl um das Dreifache gestiegen. Während wir in Stettin bei 1400 Mitgliedern keinen Angestellten brauchten, hätten sich einzelne Vereine bei 400 Mitgliedern einen solchen zugelegt. Ferner seien in den letzten Jahren die Gehälter in einer Weise gestiegen, die Missen erregen müsse. Die Gehaltsregulierung im Jahre 1907, verbunden mit dem Ertragsbeitrag und der schlechten Konjunktur, habe den Mangel der Mitgliederzahl um 48 000 veranlaßt. Für die Gehaltsregulierung hätten nur die selbst davon Betroffenen gesprochen (12), weshalb der Bealmsinn der Beamten sehr materiell sei. Die neue Gehaltsregulierung der Zentralverbände sei eine Dreifachheit. Bemerkung habe in Geln gesagt, er sei der Letzte, der etwas verlange, was über das Existenzminimum hinausgehe. Nach Calver sei das Existenzminimum M 1786. Die Löhne seien seit 1907 um 2 pZt., die Gehälter der Beamten aber um 33 pZt. gestiegen, und nach der Regulierung betrage die Steigerung sogar 45 pZt. Es liege gar kein Grund zu einer Gehaltsregulierung vor, um so weniger, da das neue Statut nur Nachteiliges für die Mitglieder bringe. In der Erläuterung zum Statutenentwurf hätte der Vorstand bei der Schilderung der Mehrausgaben M 49 000 für Erhöhung der Beamtengehälter verzeihen. Es seien jetzt nur 18 Verbände, die mehr Gehalt zahlen als wir, nach der Regulierung aber sei es nur noch der Buchdruckerverband. Außerdem könne man auch die 20 000 jährlich für die Unterhaltskosten sparen; denn es gebe genug Kollegen, die die verlangte Arbeit ohne Unterhaltskosten verrichten könnten. Die Diskussion wurde in ähnlichem Sinne ge-

führt, und schließlich fand eine Resolution einstimmig Annahme, durch die der Zweigverein mit aller Entschiedenheit gegen die Erhöhung der Beamtengehälter protestiert und fernher verlangt, daß auf die Besichtigung der gewerkschaftlichen Unterichtsstände verzichtet wird, „bis sich ein Mangel an brauchbaren Kräften bemerkbar macht“. Unter „Beschiedenes“ wurden einem Kranken Kollegen M 20 als Unterstufung bewilligt.

Strehlen. In unserer Generalversammlung am 23. Januar wurde Kollege Paul Garzmann als Vorsitzender und Johann Stranowski als Kassierer gewählt. Die Kollegen werden ersucht, die nächsten Versammlungen besser zu besuchen; da eine wichtige Sache zu erledigen ist. Auch werden die Kollegen ermahnt, sich mehr an den Agitationstouren zu beteiligen, damit wir die uns noch fernstehenden Kollegen für die Organisation gewinnen. Die nächste Versammlung ist am 18. Februar beim Gastwirt Keller in Podiebach.

Mauer. In der Jahresgeneralversammlung am 29. Januar wurde die Quartals- und Jahresabrechnung beantragt und der Kassierer entlastet. Es haben im Jahre 1909 15 Versammlungen stattgefunden. In Zukunft ist es notwendig, daß die Mitglieder die Versammlungen besser besuchen. Die Mitgliederzahl ist stabil geblieben, Meistanten haben wir nicht. Als Vorsitzender wurde Kollege Westphal, als Kassierer Göhlt gewählt.

Witten a. d. R. Nachdem in unserer Jahresgeneralversammlung am 29. Januar zwei kranke Kollegen eine Unterstufung bewilligt war, gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Es haben 48 Mitglieder versammelt und 26 Vorstandssitzungen stattgefunden, die meistens schlecht besucht waren. Die Einnahme der Ortskasse betrug M 1529,01, die Ausgabe M 306,12, somit der Kassenbestand M 1054,87. Beibehalten wurde über den früheren Hilfskassierer Karl Weinke, der Gelder unterschlagen hat, woran der Kassierer mit schuldig ist, weil er nicht vorchristlichmäßig mit ihm abgerechnet hat. Es sollen diesen Winter noch zwei Lichtbildvorträge zu Bildungszwecken veranstaltet werden, wobei auf zahlreichen Besuch unserer Kollegen gerechnet wird. — Wer den Aufenthalt des Maurers Karl Weinke kennt, wird gebeten, uns Nachricht zu geben.

Harze. In der Mitgliederversammlung am 25. Januar gab Kollege Stank den Bericht vom vierten Quartal und den Jahresbericht. Derselbe ergab eine Einnahme von M 400,53 und eine Ausgabe von M 407,87. Es haben zwölf Mitglieder und fünf öffentliche Versammlungen stattgefunden. Verkauf wurden 2155 Beitragsmarken und 664 Lokalmarken. Beide Berichte wurden unbeanstandet entgegengenommen. Bei der hierauf vorgenommenen Wahl des Vorstandes wurden die Kollegen Stank, Frömel und Pfeich in den Vorstand gewählt. Kollege Waude erstattete Bericht über die Streitabrechnung für Oberhiesien im allgemeinen und die einzelnen Orte im besonderen. Auch damit war die Versammlung einverstanden.

Ungetreuer Kassierer.

Der Maurer Wilhelm Wittig aus Brande i. O.-Schl. veruntreute vor Jahresfrist in der Zahlstelle Gertha als Hilfskassierer M 34,40; außerdem entwendete er zwei Logistkollegen die Stiefel. Von der Strafkammer zu Wochum erhielt er diesbezüglich am 31. Januar fünf Monate Gefängnis.

Ueber die Afford- und Stundenlöhne im Berliner Bauwerke

schreibt der „Vorwärts“: Außerordentlich interessant ist eine Gegenüberstellung der tariflich festgelegten Stundenlöhne im Berliner Bauwerke und der dort gezahlten Affordlöhne. Die Tatsache, daß, während infolge der gewerkschaftlichen Bemühungen die Stundenlöhne gehoben wurden, die Affordlöhne dagegen in fast allen baugewerblichen Berufen niedriger gerückt wurden, zeugt von der ungeheuren Steigerung der Intensität der Arbeitskraft im Bauwerke Berlins. Als Beweis dieser Behauptungen greifen wir ein paar Resultate unserer Studien heraus: Während sich der Stundenlohn der Maurer im letzten Jahrzehnt von Jahr zu Jahr um etwas gehoben hat — ausgenommen in der Zeit während und nach dem letzten Streit, wo es aber doch möglich blieb, nach Besichtigung desselben den Stundenlohn auf seinen alten Höhe von 75 3 zu erhalten — ging der für die Affordmaurer bis dahin gezahlte Geh von M 6 und M 6,50 auf M 4 und M 4,50 zurück. Die Gründe lagen darin, daß ein großer Teil der bis dahin im Stundenlohn arbeitenden Maurer auf dem Wege des Affords sein Glück versuchte und hier eine selbstmörderische Konkurrenz entfiel, die der Unternehmer und der Zwischenmeister — Schieber — geschickt auszunutzen verstanden. Jetzt wird von den Affordmaurern selbst an schärfsten gegen diese Zustände Sturm gelaufen, nachdem sie lange Zeit auf ihren unverfügbaren Standpunkt beharrten. Die Intensität der Affordarbeit ist an dem Punkte angelangt, wo sich nicht weiter steigern läßt. Nicht viel anders liegt das Verhältnis bei den Putzern. Normalerweise müßte hier der Affordlohn für den Quadratmeter Fuß im Verhältnis zum tariflich geregelten Stundenlohn der Maurer steigen. Doch dem ist durchaus nicht so. Da durchweg im Afford gepußt wird, war es hier den Subunternehmern möglich, den Lohn in den letzten zehn Jahren gar nicht zu steigern; beim Innenputzen beträgt der Affordlohn heute wie vor zehn Jahren pro Quadratmeter im Durchschnitt 21 3; je nach dem Stande der Konjunktur schwankt er etwas hin und her; also eine ernsthafte Verbesserung nach aufwärts hat nicht stattgefunden. Noch viel krasser ist das Ergebnis bei den Maßspannern und -putzern. Bei den Maßspannern wurden 1894, also vor 16 Jahren, pro Quadratmeter Fuß M 1,20 gezahlt. Heute wird dieselbe Arbeit für den halben Preis, nämlich 60 3, hergestellt. Dabei ist in diesem Zeitraum der Stundenlohn von 60 3 auf 95 3 gestiegen. Demnach sind also die Herstellungskosten des Maßspanners in bezug auf Arbeitslöhne fast um

100 pZt. zurückgegangen. Ähnlich bei den Spannern. Hier wurden vor sechs Jahren für den Quadratmeter Giebel 40 3 gezahlt; heute erhalten die Spanner nur noch 20 3 dafür. Der Stundenlohn ist aber in dem gleichen Zeitraum von 45 auf 75 3 gestiegen. Also auch hier in dem kurzen Zeitraum, an der Steigerung des Stundenlohnes gemessen, fast 100 pZt. Herabsetzung in der Herstellung. Ueber 50 pZt. dieser beiden Kategorien — zusammen 1500 — arbeiten im Affordverhältnis, und es ist nur unter besonderen Umständen möglich, Stundenlohnarbeit zu erhalten. Ebenso traurig ist das Verhältnis bei den Betonarbeitern. Hier wurden anfangs der neunziger Jahre für den Quadratmeter Giebel bei den Patentbeton 30 3 gezahlt; heute beträgt der Höchstpreis 10 3. Die Arbeiter sind eben „stirn“ darin geworden. In Betracht kommen für Berlin 3500 Arbeiter. Nehmen wir zum Schluß noch die Bauhilfsarbeiter. Die Mützenträger werden vom Bau mehr und mehr verdrängt. Steine und Mörtel werden jetzt mit Hilfe des Fahrlustunternehmers herbeigebracht. Die erlere Gruppe übernahm ihr Affordverhältnis noch vom Maurermeister, während jetzt der Fahrlustlieferant sich als Zwischenmeister eingegeben hat. Der Affordpreis für das Herbeibringen von 1000 Mauersteinen nebst dem dazu gehörigen Mörtel mußte deshalb um 75 3 gedrückt werden, der normale Preis für das Kellergeschoß sank von circa M 2,50 auf rund M 1,75. Es müssen eben jetzt der nur mit seinem Kapital arbeitende Fahrlustunternehmer und sein Maßhahn mit herausgearbeitet werden. — Diese Resultate, so auffallend traurig und abnorm sie auch sind, kommen dem Eingeweihten durchaus nicht überraschend. Wer die Gesetze des kapitalistischen Produktionsprozesses kennt, weiß, daß einmal die Steigerung der Intensität bis auf den höchsten Punkt getrieben wird, und daß zum andern kleinere Schmarokerkapitalisten sich überall da zu betätigen suchen, wo im ökonomischen Betriebe sich ihnen ein Platz bietet. Meist geschieht das auf Kosten der Arbeiter. Beides ist aber nur dort möglich, wo die in Frage kommende Arbeiterkraft den Feind nicht rechtzeitig erkennt oder zu schwach zu seiner Abwehr ist. In den hier aufgeführten Spezialberufen hat durchweg sowohl die Affordarbeit als auch das Subunternehmertum in den letzten Jahren riesig zugenommen. Und zum weitesten größten Teil war das mit einer Folge der Einfühllosigkeit der Arbeiter. Es wird schwerer Kämpfe innerhalb der Organisation bedürfen, um hier wieder gesündere Verhältnisse herbeizuführen.

Fliesenleger.

Hamburg. In der Sektionsversammlung am 24. Januar erstattete Kollege Kruse den Jahresbericht. Er wies auf den Kampf im letzten Sommer hin, wo die Fliesenleger mit den Hauptberufen ausgepickert wurden, was von uns als Tarifbruch angesehen wurde. Die Unsperrung erfolgte am 9. Juli. Am 9. August wurde laut Versammlungsbeschluß vom 6. August die Arbeit in sämtlichen Geschäften wieder aufgenommen, um die Verhandlungen am 11. August nicht zu stören. Da die Verhandlungen nicht zur Einigung führten, wurde die Arbeit am 13. August auf der ganzen Linie einmütig wieder eingestellt. Am 21. August wurde der Bericht von den erneuten Verhandlungen entgegengenommen. Die Sektion erklärte sich mit den Abmachungen einverstanden unter der Voraussetzung, daß die Hauptberufe die Arbeit zu den vorgeschlagenen Bedingungen aufnehmen würden, was auch geschah. Im Berichtsjahre haben 18 Versammlungen, 21 Vorstandssitzungen, 2 Sitzungen mit dem Zweigvereinsvorstand, 5 Delegiertenitzungen, 3 Geschäftszusammenkünfte und 28 sonstige Sitzungen stattgefunden. Gerügt wurde, daß die Sektion die vorgesehene Beitragserhöhung abgelehnt habe, da wir doch nicht wissen, wie es in diesem Sommer komme. In der Versammlung am 22. Dezember wurde einstimmig beschlossen, den Tarif zum 1. April 1910 zu kündigen. In der Diskussion wurde erklärt, die Erhöhung des Wochenbeitrages sei nicht abgelehnt, sondern nur zurückgestellt worden, um die Verhältnisse des kommenden Verhandlungsstages abzuwarten. Den Jahresbericht gab Kollege Pohrt. Er ergab eine Einnahme von M 1171,37, eine Ausgabe von M 248,15 und einen Ueberfluß von M 923,22. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Als erster Vorsitzender wurde Kruse, als erster Kassierer Pohrt gewählt. Die Tarifberatung wurde bis zur nächsten Versammlung verschoben, da die Vorarbeiten noch nicht so weit gediehen sind. In „Beschiedenes“ wurden noch verschiedene Angelegenheiten erledigt und u. a. mitgeteilt, daß bei der Firma Mathies & Kessel die Mischzeit vorhanden ist, Kollegen mit sechswochentlicher Kündigung zum Kalendervierteljahr fest anzustellen und sie im Jahre mit M 3000 zu entlassen. Die Kollegen B. S. und H. haben sich bereit erklärt, dies zu akzeptieren. Es wurden von der Sektion aufgefordert, ihre Unterschrift bis 29. Januar zurückzugeben, andernfalls die Sektion Stellung dazu nehmen wird. Darauf wurde beschlossen, in dieser Sache in sämtlichen Geschäften ein wachsameres Auge zu haben. Es wurde ferner die Affordfrage zur Sprache gebracht, aber zur Tarifberatung zurückgestellt. Es soll dann entschieden werden, ob in sämtlichen Geschäften des Lohnbezirks nur im Afford gearbeitet werden soll oder nicht. Dann wurde beschlossen, dem Kassierer in Zukunft M 40 im Jahre zu bewilligen und diese Summe auch für das letzte Jahr zu zahlen. Hierzu erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Flolierer und Steinholzleger.

Leipzig. In zwei Extraversammlungen beschäftigten sich die Leipziger Flolierer mit dem Inhalt eines vom Arbeitgeberverband an die hiesigen Flolierer übergebenenzettels, durch den den Flolierern eine Tarifänderung atrophiert werden sollte, ohne daß diese vorher gehört worden wären. Wie aus verschiedenen Artikeln bürgerlicher Blätter hervorgeht, plant der Verband der Flolierfirmen die Einführung eines sogenannten Reichtarifs. Da man so ohne weiteres den noch bis Oktober 1910 bestehenden Tarif nicht umschmeißen wollte, begann man mit der Herabsetzung der Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden, was für jeden Kollegen einen Lohnausfall von M 3,00 bedeutet hätte. Die Kollegen konnten mit dieser Bestimmung

sich nicht einverstanden erklären, wenn nicht ein Ausgleich durch einen entsprechenden Lohnzuschlag gewährleistet wurde. Von unserer Kommission nach den Gründen befragt, erklärten uns die Isolierfirmen, daß diese Maßnahme notwendig sei, um der in Aussicht stehenden Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Beide Versammlungen waren der Ansicht, daß durch diese sechs Stunden in der Woche der Arbeitslosigkeit nicht Einhalt getan werden könne. Den Unternehmern wurde vorgeschlagen, nicht neun, sondern sieben Stunden arbeiten zu lassen, da dann allenfalls die Gewähr gegeben sei, die Arbeitslosigkeit zu mindern. Auf diesen Vorschlag erklärten die Unternehmer nicht eingehen zu können, so daß nun bis auf weiteres die tariflich festgesetzte zehnstündige Arbeitszeit bestehen bleibt. Beide Versammlungen waren verhältnismäßig gut besucht und bewiesen, daß die Kollegen die richtige Auffassung von der angeblich wegen Arbeitsmangels herausgegebenen Bestimmung der Unternehmer hatten. Um Mißverständnissen vorzubeugen, erklärten wir auch an dieser Stelle nochmals, daß wir jederzeit mit einer wirklichen Verletzung der Arbeitszeit einverstanden sind, jedoch auf der Grundlage, daß die Arbeitslosen wirklich Anteil daran haben.

In der Versammlung am 29. Januar gab Kollege Bartholomäus die Abrechnung vom letzten Vierteljahr. Die Jahresabrechnung soll in der Versammlung am 12. Februar gegeben werden. Der Verbandsleiter Lange bedauerte sich, weil von uns zu wenig an die Zentraltafel abgeführt worden ist. Die Kollegen wurden deshalb aufgefordert, ihre Bücher in Ordnung zu bringen und sie auf den Bauten ihrer zu kontrollieren. In der Versammlung gab die Kollegen zu viel beim Fabrikanten um Arbeit nachfragen. Es wurde dann die Angelegenheit der Firma Friedrichs besprochen und beschloßen, die Sache in einer Besprechungsverammlung zu regeln. In der Versammlung fehlten die Kollegen der „Zorgamentwerke“, so, sie hielten es sogar nicht mal für nötig, sich zu entschuldigen.

Internationale Maurerbewegung.

Oesterreich.

Nach Zeitungsmeinungen herrscht zurzeit im nord-böhmischen Baugewerbe eine lebhafte Bewegung. Die Arbeiter verlangen die Erhöhung des Stundenlohnes von 47 auf 54 Heller und eine Verkürzung der Arbeitszeit von neunzehn auf neun Stunden. Die Unternehmer ablehnen bisher diese Forderungen ab und erklärten sich nur in dem Sinne zu einem Zugeständnisse bereit, daß der Stundenlohn für 1910 um 1 Heller, für das Jahr 1911 um einen weiteren Heller erhöht wird. Am 23. Januar hier stattgefundene Versammlung der Arbeiter lehnte diese Zugeständnisse ab und erklärte, in dem Ausnahmefall diese Forderungen nicht erfüllt würden.

Nordamerika.

Eine Nichtigstellung.

In Nr. 1 des „Grundstein“ von diesem Jahre veröffentlichten wir einen Brief aus San Francisco, in dem ein 1909 nach dort ausgewandertes früheres Mitglied unserer Organisation eine kurze Schilderung der Gewerks- und Organisationsverhältnisse gab, wie sie in Kalifornien herrschen sollen. Hierzu erhalten wir von einem Kollegen, der zwei Jahre (1905 bis 1907) Mitglied des amerikanischen Maurerverbandes (The Bricklayers and Masons' International Union of America) war, die folgende Zuschrift:

Die Diskussion über amerikanische Partei- und Gewerkschaftsfragen, die in der deutschen Partei- und Gewerkschaftspressen nach dem Vortrage einsetzte, den Gompers im vorigen Herbst im Berliner Gewerkschaftshaus hielt, hat bis in die letzten Wochen hinein andauerte. Der Präsident der American Federation of Labor hatte sie durch seine schiefe und gefärbte Darstellung — um seinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen — der amerikanischen Arbeiterbewegung und ihrer Organisationsverhältnisse gewissermaßen provoziert. Mögen nun in der notwendigen Abwehr und Widerlegung der Gomperschen Behauptungen im einzelnen der Parteipresse hier und da kleine Unrichtigkeiten unterlaufen sein, im Kern der Sache treffen sie das Richtige. Auch der Briefschreiber aus San Francisco hat Weisen und Tendenzen der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung bezw. der Maurerorganisation im allgemeinen richtig erfaßt, dagegen manche Einzelheiten unrichtig resp. ungenau geschildert. Das braucht keineswegs absichtlich geschehen zu sein, sondern erklärt sich sehr einfach aus dem kurzen Aufenthalt im Lande und vor allem aus der ungenügenden Kenntnis der englischen Sprache, die man innerhalb weniger Monate noch nicht so zu beherrschen lernt, um sich über die verschiedensten Fragen gründliche Information und Klarheit zu verschaffen.

Wenn ich mir in nachstehenden Erläuterungen, einzelne Darstellungen des Briefschreibers richtigzustellen, so geschieht das lediglich der objektiven Wahrheit zuliebe, damit die Leser des „Grundstein“ keine allzu falschen Vorstellungen von den amerikanischen bzw. kalifornischen Verhältnissen bekommen, und nicht etwa, um den Brief in seiner Wirkung abschwächen. Mit Recht nennt die Redaktion des „Grundstein“ in einer Anmerkung die in dem Briefe gegebene Darstellung amerikanischer Arbeits- und Organisationsverhältnisse „trübe Bilder“, sieht die Dinge aber insofern zu optimistisch an, als sie annimmt, daß in San Francisco bei dem schnellen Wiederaufbau abnorme Verhältnisse herrschen. Diese Annahme ist mir insofern richtig, als die eingeborenen Kalifornier wegen ihres besonderen „Lokalpatriotismus“, den sie vor dem an sich nicht geringen Nationalgefühl der Amerikaner noch extra voraus haben, in ganz Amerika bekannt und nicht gerade geschätzt sind. Schon der nichtkalifornische Amerikaner hat unter dieser kalifornischen Spezies von Nationalität zu leiden, mehr noch der Ausländer.

Indes ist wieder die Arbeitsmethode im Maurergewerbe noch sind die Aufnahmeverbindungen in San Francisco oder im übrigen Kalifornien grundtätig anders als in den anderen 45 Staaten der Union. Die Arbeitsweise im Maurergewerbe ist in ganz Amerika — mit der einzigen Ausnahme — „verpackt“ auch in San Francisco nicht „verpackt“ werden.

Wer durch langjährige praktische Tätigkeit eine Ahnung davon bekommen hat, was eine solche Verpackung bedeuten will, der wird sie ohne weiteres als Unterbrechung bezeichnen. Man „verpackt“ sich schon gern mit 3000 Steinen, die als gewöhnliche Maximalleistung in großem Maße zu erfassen und glatter Wand „verpackt“ werden. Nur ganz ausnahmsweise, unter besonderen Bedingungen, wird diese für eine Zeit von acht Stunden ein gewis recht anständliche Leistung noch überschritten. Bei den sogenannten „Wolfskrabern“ fehlen — die Herstellung der Fundamente abgerechnet — die Voraussetzungen zur Wältigung eines solchen enormen Arbeitsquantums ebenso, wie dort, wo die besondere Art des Maurerwerks das Streichen der Fugen auf beiden Seiten erfordert. Um einen einigermaßen zuverlässigen Maßstab für die Höhe der täglichen Arbeitsleistung zu gewinnen, mag hier ein Beispiel folgen: Bei dem Neubau eines einseitigen Regierungsgebäudes mit Sandsteinfassaden, von dessen Größe die Zahl von sieben Millionen Backsteinen, die dazu verwendet wurden, einen ungefähren Begriff geben mag, ergab die angestellte, sich über einen Zeitraum von zehn Monaten erstreckende Berechnung eine tägliche Durchschnittsleistung von 1950 Backsteinen für den einzelnen Maurer. (In Berlin forderten 1901 die Unternehmer als tägliche Durchschnittsleistung das Verlegen von 500 bis 750 Ziegeln, was ihnen auch vertraglich aufgegeben wurde.)

Solche unglaubliche Leistungen und liberal wird gleich intendiert „geschindert“!) sind in Amerika aus dreierlei Gründen möglich: Erstens ist die Arbeitsmethode einfacher, raffinierter, zweitens wird jede Minute Zeit aufs äußerste ausgenutzt und drittens wird — auch bei der sauberen Fassadenarbeit — in der Mitte des Maurerwerks entschuldigend „gepackt“! Eine Beschreibung der Arbeitsweise im einzelnen zu geben, liegt außerhalb des Zweckes dieser Zeilen; darüber ist wohlfrüher in „Grundstein“ schon früher geschrieben worden, unter anderem in einem Artikel im Oktober 1907. Was der Briefschreiber über „die Willkür der Bauunternehmer oder deren Stellvertreter“ sagt, entspricht gleichfalls nicht völlig den Tatsachen, wenigstens nicht, soweit es sich dabei um Amerikaner handelt. Die Behandlung des qualifizierten Arbeiters — und dazu zählen die Bricklayers (Maurer) — durch den amerikanischen Unternehmer oder seinen Stellvertreter (Polier) ist zweifellos um vieles besser, als sie der deutsche Arbeiter durch den deutschen Unternehmer oder seine Kreaturen erfährt.

In seinem wohlwolligen Interesse, in bevußter Absicht, vermeidet der amerikanische Unternehmer im allgemeinen alles, was dem Arbeiter die bevorzugte Klassenstellung des Kapitalisten schärfer zum Bewußtsein bringen könnte — abgesehen von dem in den sozialen und politischen Verhältnissen des Landes begründeten, stärker ausgeprägten Persönlichkeitsgefühl des amerikanischen Arbeiters. Das zeigt sich auch in der größeren selbständigen und vom Unternehmer in seinen Anordnungen unabhängigen Stellung eines amerikanischen Maurerpoliers. Der Polier (foreman) ist Mitglied der Union (Gewerkschaft), muß es sein! Schon das ist nicht ohne Einfluß auf sein Verhältnis zu den Mauern, da er ja als Mitglied der Gewerkschaft auch deren Statuten unterworfen ist. Der persönliche Verkehr mit den bei ihm Beschäftigten, die Form, in der er Anweisungen erteilt, ist entschieden häßlicher, als man das in Deutschland auf den Bauten gewöhnt ist. Zum Teil ist es auch mit auf die englische Sprachweise zurückzuführen, wenn in der Regel jede Anweisung von den Worten: „Will you“ oder: „if you please“ (Wenn Sie so gut sein wollen) begleitet wird. Unbereits durch Schimpfworte findet man höchstens in den Südstaaten, wo die Regier unter den Mauern überwiegen, die Organisation schwach ist und infolgedessen auch die Löhne niedriger sind als im Osten oder Westen der Union. Ist die Arbeit eines Maurers qualitativ oder quantitativ (oder beides) nach Ansicht des Poliers ungenügend, so wird er ohne Umstände auf der Stelle entlassen, ohne daß man ihn etwa vorher erst durch Drohung mit Entlassung zu erhöhter oder besserer Arbeitsleistung anzutreiben versuchte; nur wenn es an Arbeitskräften mangelt, wird ein Auge zugedrückt. Haben die Mitglieder der Gewerkschaft sich das Recht gesichert — und auch die Macht, es durchzusetzen —, daß nur organisierte Maurer oder solche, die vom Vorstand der Union die Erlaubnis zur Arbeit eingeholt haben, auf dem Bau beschäftigt werden dürfen, so herrscht bei der Entlassung von Mauern der „Foreman“ absolut; außer etwa dann, wenn es positiv feststeht, daß die agitatorische Tätigkeit für die Interessen der Union der Entlassungsgrund war. Solche Fälle können schon ihrer Seltenheit wegen hier außer Betracht gelassen werden. Gerade hier, bei der absoluten „Gewalt“, mit der der Polier oder Unternehmer wegen angeblich ungenügender Arbeitsleistung Entlassungen ganz nach Willkür vornehmen kann, offenbaren sich die ganze Willkürigkeit, der Zunftgeist, die Unmodernität des amerikanischen Trade-Unionismus, dem nach dieser Richtung hin Solidaritäts- und Klassenbewußtsein wesensfremde Dinge sind. Es ist eine Konzeption an die Unternehmer, wenn es in den Verbandsstatuten heißt, daß nur „tüchtige“ Maurer (die deutschen Bauunternehmer sind ja in den letzten Jahren auch förmlich auf das Wort „tüchtig“ verfallen) in die Union aufgenommen werden dürfen! Wird nun jemand wegen seiner angeblichen „Unfähigkeit“ entlassen, so wird die Union deshalb keinen Finger rühren, weil sie ja sonst wider ihre eigenen Statuten handeln müßte! Den „Kollegen“ auf dem Bau ist die Entlassung aber gar nicht so ungenügend; sind sie doch wieder einer Konkurrenz los. In solchem unsolidarischen Verhalten zeigt sich der Charakter der Union als der einer nackten, egoistischen Berufsinteressenorganisation am allerdeutlichsten.

Indes ist doch noch ein weiterer Grund — der nicht übersehen werden darf — bei dieser willkürlichen Entlassung mit von ausschlaggebender Bedeutung: der Minimumlohn, der jedem Mitgliede der Union, wie auch den Mauern, die auf einen Erlaubnis (permit) der Union arbeiten, gezahlt werden muß. Hier befindet sich der Gewährsmann des „Grundstein“ gleichfalls in einem Irrtum, wenn er annimmt, daß man einen einseitlichen Arbeitslohn nicht kenne. In jeder Stadt, wo die Union Bedeutung und Einfluß hat, ist ein Minimumlohn, der gezahlt werden muß, wie auch die Höhe der Arbeitszeit mit den Bauunternehmern tariflich vereinbart — es müßte denn sein, daß die wirtschaftliche Krise ganz abnorme Zustände geschaffen hätte. In einem hat der Briefschreiber vollkommen recht: Leben und Gesundheit der Bauarbeiter genießen keinen hervorragenden Schutz, und seine

Schilderung der in dieser Beziehung auf den Bauten herrschenden traurigen Verhältnisse ist leider nur zu wahr. Wie es erst in einzelnen Staaten der Union primitive Anfänge einer Arbeiterfortbildung gibt, so sind Bauarbeiterfortbildungsinstitute in Amerika eine unbekannt Sache. Gemindert wird die erhöhte Unfallgefahr auf den „Wolfskrabern“ nur dadurch, daß hier, bevor mit der Maurerarbeit in den einzelnen Stockwerken begonnen wird, die massiven Decken bereits fertiggestellt sind.

Ein den Tatsachen am wenigsten entsprechendes Bild entwirft nun der Kollege von einigen internen Organisationsverhältnissen des amerikanischen Maurerverbandes. So ist zunächst die Annahme irrig, daß die Organisation „ein ordentliches Statut, wonach alle Maßnahmen begründet werden“, nicht zu haben scheint und die Beschlüsse der einen Versammlung durch die folgenden wieder ungefohen werden“. Die Statuten der Zentralorganisation sind auch beim amerikanischen Maurerverbande für alle angeschlossenen Lokalvereine maßgebend; nur ist den Lokalen Vereinen in manchen Punkten ein viel größerer Spielraum, mehr Selbständigkeit gelassen als etwa den Zweigvereinen und Sektionen des Deutschen Maurerverbandes. Hier die Grundlage der Organisation streng zentralisiert, so dort mehr föderativ. Bleibt es auch jeder einzelnen Lokalen Union überlassen, die Höhe des zu zahlenden Beitrags festzusetzen — der je nach der Größe der Stadt, des dort gezahlten Lohnes, nach den Aufwendungen der Lokalen Union usw. von 35 bis zu 80 Cents (M. 3/25) monatlich beträgt —, so unterliegt er aber doch nicht solchen Schwankungen, wie sie der Kollege mit der Bemerkung anbeutet: „Wenn in der Kaffe Ebbe ist, wird viel bezahlt usw.“ Er verwehrt hier wahrscheinlich die Nebenbei in den meisten Lokalen Unions bestehende Unterstützungskasse mit der Union selbst. Diese Unterstützungskassen sind meist reine Sterbekassen, aus denen den Hinterbliebenen eines verstorbenen Maurers, der Mitglied der Kaffe war, 200 Dollars Sterbegeld ausgezahlt werden. In manchen Unions ist die Mitgliedschaft hierzu Zwang, in anderen freiwillig. (Sieh steht ihre Einführung in der ganzen Union bevor. Die Red.) Die Beiträge werden gewöhnlich in der Weise gezahlt, daß für jedes verorbene Mitglied ein Dollar aufzubringen ist; werden nun in einem Monat mehrere Mitglieder, so sind eben entsprechend mehr Dollars zu zahlen. (Das kann zweifellos nicht für alle Orte gelten. Die Red.)

Nicht ganz zutreffend ist weiter die Ansicht des Kollegen über den Vorgang bei der Aufnahme in die Union und die zu erfüllenden Bedingungen. Hier bestehen einheitliche Bestimmungen. Für die zu fordernde Aufnahmegebühr ist als Minimum 10, als Maximum 25 Dollars festgesetzt; unter diese Höhe oder darüber hinaus darf keine Lokalunion gehen. Wer Mitglied der Union werden will, muß zunächst den Nachweis erbringen, daß er Arbeit hat. Dann muß er beim Geschäftsführer (business-agent) oder Kassierer der Union um einen Arbeitsverlaufschein (permit) nachfragen (gültig immer nur für ein e Woche), der in der Regel ohne viel Umstände gegen Entrichtung des hierfür festgesetzten Betrags (5 bis 25 Cents) gewährt wird. Ohne diesen Ausweis darf der Baubedierte (steward) niemand arbeiten lassen. Für jeden Arbeitstag wird nun den auf „permit“ Arbeitenden ein Dollar abgezogen; das bestoft entweder gleich der Unternehmer auf Antrag des stewards oder der steward nimmt das Geld am Zahltag in Empfang und bringt die nächste Woche eine Quittung über den abgelieferten Betrag und gewöhnlich auch gleich einen neuen „permit“ mit. Erst wenn die volle Aufnahmegebühr eingezahlt ist (bei 25 Dollar hat man dazu sechs Wochen Zeit), wird man in die Union aufgenommen, d. h., wenn alle übrigen Bedingungen erfüllt sind, die wir noch ganz kurz erwähnen werden. In der Art aber, wie es der Kollege darstellt, daß man immer schon nach drei Tagen vor die Alternative steht, Mitglied der Union zu werden oder die Arbeit einzustellen, vollzieht sich die Sache nicht. Aber in vielen Fällen — und wahrscheinlich auch in dem des Briefschreibers — verläßt die Geschichte so: Die am Bau arbeitenden Maurer sehen in dem fremden Kollegen nicht den Klassengenossen, sondern den Konkurrenten, der ihnen ein Stück Arbeit nimmt; sind sie Irrende und ist der Neueintretende ein Deutscher oder ungeteilt, so kommt dazu noch der Nationalhaß. Dem eingewanderten deutschen Maurer ist die Arbeitsmethode völlig fremd; es erfordert Monate, bevor er dem Amerikaner in jeder Beziehung gewachsen ist. Die Gehalt beginnt also. In kurzer Zeit löst sich der „German“ oder „Dutchman“ (Holländer) „im Dreck“; man hat ihn „tot“ gemacht, wie der Fachausdruck dafür lautet. Wenn nicht gleich nach ein paar Stunden, so erbärt er am Abend seinen Tagelohn mit der latinischen Bemerkung: „I can't use you“ — ich kann Sie nicht brauchen und die Sache ist erledigt. Die „autorganisierten“ Unionen lachen sich eins ins Häufchen ob ihres gesungenen „Sieges“. Der aber, an dem sie ihr „Solidaritätsgefühl“ in so erfolgreicher Weise betätigt haben, mag Streifbrevier, Steinlopper, Farnarbeiter oder sonst was werden, wenn er nicht, wie unser Kollege, durch einen glücklichen Zufall in besser bezahlter Berufsarbeit unterkommt. So geht es vielen. Anders ist das Bild insofern halber, als sie vielleicht bei einem vernünftigen denkenden deutsch-amerikanischen Polier Arbeit und die kollegiale resp. kollektive Unterstützung bei den deutsch-amerikanischen Mauern finden. Diese sind dem gewöhnlich gern bereit, in dem auszufüllenden Aufnahmeformular zu bescheinigen, daß der Aufnahmebewerber in der eben Maurerfunktion durchaus „all right“ ist. Meistens aber werden diese beiden statutarisch vorgeschriebenen „Experten“ aus der Mitte der Versammlung heraus gewählt und finden sich dann zur kritischen Untersuchung und Beobachtung des „Delinquenten“ für einige Stunden an dessen Arbeitsstelle ein. Sind sie nach „Abnahme“ der Arbeit noch nicht recht zur Unterschrift geneigt (unterzeichnen sie das Aufnahmeformular nicht, wird man nicht aufgenommen), so läßt sich solcher Dolchbeitrag mit einem Dollar, noch besser mit mehreren Dollars schon abhefen.

Nun schreibt allerdings das Statut vor, daß man entweder Bürger der Vereinigten Staaten sein, oder doch das Bürgerrecht nachgekauft haben muß, wenn man Mitglied der Maurergewerkschaft werden will. So vorläufiglich und eine solche Bestimmung in den Statuten einer Arbeiterorganisation annimmt und es schließlich auch ist, so bedeutet sie doch in der Praxis unter dem im September 1906 in

Kraft getretenen neuen Einwanderungsgesetze nicht mehr als die Erfüllung einer bloßen Formalität. Man muß den Kollegen solche unterrichtet haben — vielfach kennen die amerikanischen Beamten das Gesetz selber nicht — wenn man ihm auf dem Rathaus in San Francisco erzählt hat, er wisse erst, welche Schreiben und Sprechen können, bevor er Bürger werden könne. Das Gefühl, Bürger der Vereinigten Staaten zu werden, das erste „Papier“ herausnehmen, wie man „drüben“ sagt, kann der Einwanderer heute (früher erst nach zweijährigen Aufenthalt im Lande) gleich am Tage seiner Landung stellen; dazu braucht er nicht einmal einen einzigen Zeugen oder Ausweis mitzubringen. Volksglieder kann er erst werden, nachdem er sich fünf Jahre im Lande aufgehalten und unter Zeugen den Bürgereid vor dem Richter geleistet hat.

Zunehmend, es ist, wie wir sehen, nicht das Verdienst des amerikanischen Mauerverbandes, wenn jene, dem kleinsten Geiste entzogene rigorose Bestimmung, heute ihre beabsichtigte Wirkung mehr oder weniger verfehlt. Und zum andern ist für sie nur ein charakteristisches Merkmal für den Geist, von dem die Organisation beherrscht wird! Man kann dem Kollegen so ganz unrecht nicht geben, wenn er den gemachten trüben Erfahrungen mit den scharfen Worten Ausdruck gibt: „daß in einer organisierten Mauerbande mehr Kollegialität und Solidarität herrscht (Wie wir diese Begriffe verstehen. Der Verfasser), als unter den Mitgliedern der amerikanischen Mauerorganisation, gegenüber einem zu gewandelten: ehtlichen Kollegen.“

Zunehmend, daß sich diese Dinge etwa von heute auf morgen schon durch den eigenen Anblick der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung an die gewerkschaftliche Internationale ändern würde, dazu besäße ich nicht die genügende Portion Naivität und den erforderlichen Optimismus. Bevor es dahin kommt, daß das Mitgliedbuch des Deutschen Mauerverbandes bei den amerikanischen „Kollegen“ als „vollgültig“ betrachtet wird, muß in America erst noch ein gewaltiges Stück sozialistischer Aufklärungsarbeit geleistet und den Arbeitern durch den Kapitalismus selbst das notwendige Klassenbewußtsein noch schärfer eingebläut werden. C. B.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterchuh, Submissionen usw.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Bancrottstößen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf dem Bauteil schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Dochum. Am 25. Januar fügte in Göttingen am Bau des Unternehmers Klein ein Gerüst in sich zusammen. Die darauf beschäftigten Maurer retteten sich auf den Kollegen Peter von der Post durch einen Sprung auf die Mauer und kamen so mit dem Schreden davon. Post fügte etwa 3 m tief ab und erricht dort einen ihm nachfolgenden Speisestiel einen Weindruck, der seine sofortige Aufnahme ins Hospital erforderlich machte. Der Grund des Zusammenbruchs kann nur in der ungenügenden Bestimmung des Gerüsts zu suchen sein.

Darmstadt. Am 25. Januar verunglückte der Maurer Valentin Bullmann aus Groß-Zimmern am Empfangsgebäude des Nordbahnhofes dadurch, daß er aus Quadern bestehende bordere Teil einer Stützwand in sich zusammenstürzte. Er trug außer einer Verletzung des linken Beines eine ziemlich schwere Rippenverletzung davon. Drei weitere Maurer konnten sich noch rechtzeitig retten. Die Mauer bestand in ihrem vorderen Teil aus Quadern, hinter denen 2 m stark mit Beton ausgegipft werden sollte. In der 4 m hohen und 3 m langen Mauer war nur ein Hinder. Dies und die Tatsache, daß die Mauer während der nassen Jahreszeit zu rasch aufgeführt wurde, so daß der Zement keine Zeit zum Abbinden hatte, war die Ursache des Einsturzes. Danach trifft die Aufsichtsbehörde ein gut Teil Schuld an dem Unglück, dem leicht über blühende Menschenleben hätten zum Opfer fallen können.

Rürnberg. Am Bau des Unternehmers Kaiser in der Gilsbacherstraße fügte ein beim Gerüstbau beschäftigter Arbeiter zwei Stöße hoch ab, wobei er so unglücklich fiel, daß er einen Schädelbruch erlitt. Das ist die Folge davon, daß man, um einige Pfennige am Lohn zu sparen, diese Arbeiten anstatt von gelerntem von ungleichen Arbeitern ausführen läßt.

Rosen. Ein schwerer Unfall ereignete sich am 4. Februar auf dem Werrabach des Hauses Kanonenplatz 11. Während der Arbeitsstunde Franz Högner, in der dritten Etage Ziegelsteine abputzte, erhielt er von einem Balken, der hinter ihm abgetragen wurde, einen Stoß, so daß er auf den Hinterkopf hinabstürzte. Er lag mit dem Kopf auf und blieb bewegungslos liegen. Schwerverletzt wurde er nach dem städtischen Krankenhaus gebracht. Der Verwundene wird durch den Werrabachunternehmer Lesser ausgeführt. Schutzbüchel sind nicht vorhanden. Die praktische Leitung und Beaufsichtigung liegt in Händen eines ehemaligen Destillateurs.

Scheuditz. Zu der „Richtigstellung“ der Mitgl.: „Von Bauen in Scheuditz“ durch den fraglichen Unternehmer teilt uns der Vorsitzende des dortigen Zweigvereins mit, daß er seine Ausführungen in Nr. 4 des „Grundstein“ aufrecht erhalte und dem Unternehmer anheimstelle, die Angelegenheit durch Sachverständige untersuchen zu lassen. Von einem Nachsatz könne keine Rede sein, denn der Gesamtvorstand habe die Arbeit an Ort und Stelle beaufsichtigt und die Fehler festgestellt.

Aus Rheine. In unserer letzten Mitgliederversammlung wurden die Mißstände auf den hiesigen Bauten scharf kritisiert, da die Baustellen vor der Fertigstellung der Bauten überhaupt nicht abgedeckt werden und man eigentlich die Seitlinger erlernt haben müßte, um auf hiesigen Bauten arbeiten zu können. Ebenso traurig sieht es mit den Aborten und Wäudern aus. Um Abhilfe schaffen zu lassen, wurde ein Kollege beauftragt, bei der Behörde vorstellig zu werden. Am Nachmittag desselben Tages erschien dann ein Mann des Geseges auf dem Bau mit den Worten: „Aun, A., wo befindet sich denn hier der Mißstand?“ Darauf aufmerksam gemacht, gab er die lakonische Antwort: „Sie können sich ja beim Unternehmer Reichs selber beschweren.“ Um das Denunziantentum zu vollenden, sagte er im Fortgehen: „Leber den Unternehmer Hüttemann haben Sie sich ja auch beschwert.“ Wenn mir nun gehofft hatten, die Beseitigung der Mißstände damit erledigt zu haben, so waren wir im Irrtum. Am nächsten Tages fanden auf der Lohnhöhe in großen, tiefen Wuchstüben die Worte: „Stiermit würden Sie gekündigt.“ Und das, obwohl bei dem Unternehmer Arbeit genug vorhanden ist. Wir müssen die hiesige Polizeibehörde schon dringender eruchen, die Bauten mehr als bisher zu kontrollieren, und zwar so, daß die Arbeiter nicht durch irgendwelche Denunziationen dem Terrorismus der Unternehmer preisgegeben werden. Unsere Kollegen aber fordern wir auf, es trotz dieser Mißregelung nicht zu unterlassen, sämtliche Mißstände auf den Bauten dem Vorstand mitzuteilen.

Soziales.

Die Lebenshaltung der Maurer in den Randorten ist viel schwerer zu stellen als die der städtischen. Schon im Einzelfalle hat sie keine Schwierigkeiten; eine Statistik aber, nach der Art der hiesigen vom Reichsamt für Arbeiterstatistik vorgenommenen ist wohl ganz unmöglich. Aus berechtigten Gründen. Zunächst ist die Lebensbevölkerung von vornherein weniger für dauernde genaue Aufzeichnungen zu gewinnen, dann aber sind die Ergebnisse weniger zu beschaffen, daß die gewonnenen Resultate kaum vergleichbar sein können. Was kommt da alles für die Lebenshaltung in Betracht? Die Entfernung des Randortes von dem städtischen Arbeitsgebiet, die Verkehrsbedingungen, die Beschaffung der Lebensmittel, die Quellen des Nebenverdienstes, der sowohl aus der Arbeit der Frauen und Kinder wie auch aus dem Betriebe einer kleinen Landwirtschaft oder Viehhaltung fließen kann. Und welche Verhältnisse sind darin wieder vorhanden! Da haben

wir Arbeiter, die ebenso wie die der Großstadt von allem Eigentum entblößt sind, zur Miete wohnen und die etwa bebauten Landparzelle pachten müssen, andere wieder besitzen ein kleines Haus, auch wohl ein Stück Land, manche von ihnen haben selbst noch einige Einnahmen aus Mieten und dergleichen. Man hat sich daran gewöhnt, auch in unsern Kreisen die Landmauer für Leute zu halten, die sich ungleich besser durchs Leben schlagen als ihre Kollegen in den Städten. Für manche mag es auch zutreffen, aber nicht für die große Masse. Es ist schon richtig, daß sie im Winter mit Kartoffeln, auch wohl mit Brennmaterial versorgt sind, viele können auch ein im Sommer aufgemerktes Schwein schlachten, und insoweit hat ihre Existenz etwas mehr Festigkeit. Aber man lasse sich dadurch nicht täuschen, die Not, wenn auch nicht Hunger, so doch schwere Entbehrung ist auch bei der Masse der Landmauer zu Hause. Es läßt sich nicht behaupten, daß ihnen eine längere Lebensdauer beschieden sei als ihren städtischen Kollegen.

Einen kleinen Einblick in die Wirtschaft eines Landbauers gewährt eine Haushaltsrechnung, die uns ein Kollege aus dem Schmalfeldischen zukundet. Es handelt sich um ein kinderleeres Ehepaar, das einen Vater, Jubilärentner, bei sich hatte. Der Kollege war vom 1. Januar bis 3. April arbeitslos (das dürfte für viele seinesgleichen zutreffen), arbeitete dann vom 4. April bis zum 3. Dezember, war aber in dieser Zeit fünf Wochen krank. Seit dem 4. Dezember war der Kollege wieder arbeitslos. Die Frau arbeitet als Packerin. Die Familie hat ein eigenes Gärtchen, von dem sie eine Wohnung bewirtschaften kann, sowie einige Landparzellen in Pacht. Die Einnahme setzte sich so zusammen:

Lohn des Mannes für 1276 Stunden	M. 499,46
Krankengeld	48,-
Lohn der Frau	414,18
Rente des Vaters	126,-
Wohnungsmiete	143,18
Für Kost und Logis für 15 Wochen	75,-
Zusammen	M. 1305,77

Die uns detailliert gemachten Angaben über die Ausgaben ziehen wir zu folgenden Posten zusammen:

Nahrungs- und Genussmittel	M. 667,82
Heizung und Beleuchtung	96,20
Kleidung usw.	105,48
Unkosten des Grundstücks	225,71
Versicherung und -Wartung	49,72
Gesundheits- und Körperpflege	1,50
Geistige Bedürfnisse	11,50
Beiträge (Gewerkschaft, persönliche Versicherung)	36,57
Geldscheine	18,27
Fahrgeld, Fahrrad	40,05
Steuern	30,21
Handwerkzeug	20,25
Sonstiges	3,-
Zusammen	M. 1305,28

Dabei sind die auf dem Felde gewonnenen Früchte nicht mit eingerechnet, ebenso nicht das Schwein, das sich der Kollege bis zu 230 Pfund märfte. Würde man den Wert für beides einziehen, so würden sich die Zahlen in der Einnahme und Ausgabe um je (annähernd) M. 280 erhöhen. Wir haben also einen länderlichen Arbeiterhaushalt vor uns, der nicht gerade an der untersten Grenze steht, der vielleicht in seinem Milieu sogar noch etwas emporragt. Aber man beachte: Die Vereinnahmungen beruhen fast zu einem Drittel auf dem Erwerb der Frau! Man denkt sich unter den gleichen Bedingungen eine Familie, die mit drei oder vier Kindern gefügert ist; wie wird's dann aussehen? In einer solchen Familie kann die Frau nicht auf Erwerb ausgehen, wenn sie nicht ihre Kinder verkommen lassen will; dann fallen die M. 414 aus der Arbeit der Frau fort, und wir haben dann ein Elend vor uns, das dem der großstädtischen Arbeiter nichts nachgibt.

Im Das Selbstverfahren in der Invalidentversicherung. Ist ein Versicherter erkrankt, daß als Folge der Krankheit Erwerbsunfähigkeit zu besorgen ist, die einen Anspruch auf reichsrechtliche Invalidentrente begründet, so ist die Versicherungsanstalt nach § 18 des Invalidentversicherungsgesetzes beauftragt, zur Abwendung dieses Nachteils ein Selbstverfahren in dem ihr geeignet erscheinenden Umfang einzutreten zu lassen. Nach dieser Bestimmung haben die Versicherten keinen Rechtsanspruch auf Heilbehandlung. Das Gesetz gibt der Versicherungsanstalt das Recht, die Heilbehandlung nur dann zu übernehmen, wenn sie dies für notwendig erachtet. Lebt der Versicherte die Heilbehandlung ohne triftigen Grund ab, so kann ihm die Invalidentrente auf Zeit ganz oder teilweise verweigert werden, wenn er infolge der Krankheit erwerbsunfähig wird. Durch die Übernahme des vorübergehenden Selbstverfahrens soll die Erwerbsfähigkeit wieder hergestellt und somit die Rentenlast der Versicherungsanstalt herabgemindert werden. In welchem Maße die Heilbehandlung diesen Zweck erfüllt hat und in welchem Umfang sie bisher übernommen wurde, das entnehmen wir einem Bericht des Reichsarbeitsrates. Nach dem Bericht sind in den Jahren 1897 bis 1908 insgesamt 517.847 Personen in Heilbehandlung genommen worden. Davon litten 230.248 an Lungentuberkulose und 212.597 an andern Krankheiten; 75.002 Personen fanden in nicht-längerer Behandlung. Im Jahre 1908 wurden 28.437 Männer und 12.288 Frauen an Lungentuberkulose und 20.412 Personen an andern Krankheiten behandelt. Von 100 der an Lungentuberkulose behandelten Männern wurden 81 so wieder hergestellt, daß Invalidentrenten in absehbarer Zeit nicht zu befürchten sind; bei der Heilung bei den Frauen war etwas günstiger als bei den Männern. Soweit das Ergebnis der Anfangserfolge. Die Endresultate werden indessen erst nach den Anfangserfolgen ab. In der Nachprüfungsperiode von 1904 bis 1908 wurde festgestellt, daß ein Endresultat nur noch bei 44 von 100 behandelten und kontrollierten Versicherten zu verzeichnen war. Dies Ergebnis ist um 3 bis 19 vom 100 höher als in früheren Nachprüfungsperioden. Die Frauen erfreuen sich einer größeren Befähigung als die Männer, was zum Teil seine Ursache darin haben soll, daß sich die Frauen des Alkoholgenusses enthalten. Von den wichtig-

Zentralfrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

In der Woche vom 30. Januar bis 5. Februar sind folgende Beträge eingegangen: Von der dritten Verwaltung in Hamburg M. 700, Steglitz 300, Silberberg 200, Ebenheim 150, Wolfenbüttel 100, Friedland 70, Kalk a. Rh. 60, Hale am Harz 50, Immenhain 50. Summa M. 1880.

Zufüsse erhielten: Breslau M. 800, Kiel 500, Lübeck 300, Suttgart 300, Pregelstein 300, Eggersdorf 250, Dierberg 200, Cassel 200, Halberstadt 200, Frankau 200, Duisburg 200, Minden i. W. 160, Buntau 150, Fainigsdorf 125, Sande 100, Groß-Walden 100, Hamm, Wänden 100, Gurgelgen 100, Eppelheim 100, Schneidewitz 90, Altenbrunlar 60, Birg b. Magdeburg 50. Summa M. 4580.

Altona, 5. Februar 1910.

Karl Reih, Geschäftsführer, Wilhelmstr. 57.

Aus den Verwaltungsstellen.

Hamburg. Die hiesige Zählstelle hielt am 30. Januar ihre Quartalsversammlung im Generalsitzsaal ab. Die Abrechnung vom dritten Quartal ergab eine Einnahme von M. 12.091,73 und eine Ausgabe von M. 12.023,98. Die Abrechnung vom vierten Quartal ergab eine Einnahme von M. 13.864 und eine Ausgabe von M. 13.521,78. Hinsichtlich an diese Quartalsabrechnungen hat der Kassierer Feddersen einen Überblick über die Kassenergebnisse von 1908 und 1909. Die Einnahmestellen teilen sich wie folgt die Zahlen in Klammern gelten für das Jahr 1908: Verband freier Kassen M. 824 (8167,50), Krankengeld erster Klasse M. 2913,05 (3718,10), zweite Klasse M. 8460,90 (9794,30), dritte Klasse M. 7,60 (7,60), vierte Klasse M. 227,85 (201,70), die fünf Sterbefälle M. 1302,50 (18 Sterbefälle M. 1975), an die Angehörigen für im Krankenhaus Unterbrachter M. 1145,75 (1768,57), Kasse und Verpflegungssolden an Krankenhäuser M. 4963,70 (7500,90), an die Krankkassen abgetreten M. 15.000 (5030), an die dritte Verwaltung M. 2974,26 (2672,70), verschiedene Ausgaben, erhöhtes Krankengeld, Krankentransporte usw. M. 386,95 (418,75), Kassenbestand am Schlusse des Jahres M. 342,22 (815,89), Krankentage 7440 (9580), Gesamtsumme M. 46.654,78 (41.293,32). Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 1775 (1390). Wenn als Revisor gab bekannt, daß die Quartals- und acht unterhohle Revisionen stattgefunden hätten, wobei alles in bester Ordnung befunden wurde. Der Bevollmächtigte bemerkte, daß auch jetzt wieder eine Revision der Kasse durch die Behörde stattgefunden hätte, bei der sämtliche Bücher und Belege genau geprüft worden seien und keine Veranlassung zu irgend einer Beanstandung vorgelegen habe. Er wies weiter darauf hin, daß sich die Berufscollegen jetzt wieder mehr und mehr ihrer Berufsstufe anschließen können und sprach die Hoffnung aus, daß dies auch in Zukunft weiter geschehen werde, um so mehr, als durch Wegfall der früheren ärztlichen Untersuchung beim Eintritt ein vielfach als unliebsam empfundenen Vorgang fortgefallen sei. Den Beschlüssen der Extra-Generalsversammlung in Charlottenburg ist von den Mitgliedern bereitwillig Folge gegeben worden. — Die dritte Verwaltung glaubt, durch den gegebenen Bericht den Beweis erbracht zu haben, daß sich unsere Kasse in würdiger Weise dem am Plage befindlichen Krankentag zur Seite stellen kann. Sie wird auch ferner bestrebt sein, für die Pflichten der Mitglieder einzutreten und die Rechte der Erkrankten nach altem Kassengebrauch voll und ganz zu wahren. Bei der halb-jährigen Erneuerung der dritten Verwaltung wurden die hiesigen Funktionen wiedergewählt. Nachdem Schulz noch auf die Sterbefälle „Grundstein“ aufmerksam gemacht und Bericht vom Verband freier Krankenkassen gegeben hatte, erfolgte Schluß der Versammlung.

stehen Ursachen (staubige und schlecht ventilierte Arbeitsstellen; Unterernährung, schlechte Wohn- und Schlafräume), die nicht nur den Leistungsfähigkeit beeinträchtigen, sondern die geradezu den Nährboden für die Lungentuberkulose bilden, weiß der Bericht nichts zu sagen. Dadurch würde ja Wasser auf die Mühlen der bösen Sozialdemokraten getrieben, dadurch würden auch die sozialen Schäden öffentlich anerkannt. Das muß unter allen Umständen verhindert werden. Da der Lungentuberkulose alljährlich Hunderttausende zum Opfer fallen, so müßte es vornehmste Pflicht des Staates sein, diesem Uebelstande zu steuern. Tausende von Menschen haben eine angeborene Disposition zur Entwicklung der Lungenschwindsucht; alle diese Personen müßten unter ständiger Kontrolle stehen, damit das Heilverfahren möglichst frühzeitig übernommen werden könnte. Freilich, dafür hat der Staat kein Geld übrig, das braucht er zu andern, nicht mit dem Geiste der christlichen Liebe zu vereinbarenden Zwecken. Kasernen und Sträfen werden im Ueberfluß gebaut, aber nur wenig Seilanstalten und Genußheime, daran mangelt es!

Die Kosten des Heilverfahrens betragen im Jahre 1908 für eine ständig wegen Lungentuberkulose behandelte Person M 382,34. Bei den andern Krankheitsen sind sie erheblich niedriger. Der Kostenaufwand für eine nicht ständig behandelte Person betrug 1908 M 22,47. Die Gesamtkosten der Heilbehandlung seit 1897 betragen M 126 941 960. Im Jahre 1908 wurden M 21 025 883 dafür aufgewandt, davon haben Krankentassen, Berufsgenossenschaften, Gemeinden usw. M 4 368 454 erfert.

Wenn auch zuzugeben ist, daß die Versicherungsanstalten im immer größerem Maße von dem vorbeugenden Heilverfahren Gebrauch machen, so muß doch hervorgehoben werden, daß uns diese Tatsache nicht veranlassen kann, dem Staat oder den Versicherungsanstalten besonderes Lob zu zollen. All die gewaltigen Summen, die alljährlich in der Invalidenversicherung verzinnt werden, sind doch letzten Endes von den Versicherten allein aufgebracht. Zur Hälfte direkt und zur andern Hälfte indirekt. Die Versicherten haben daher das Recht, zu fordern, daß dieses Gebiet der sozialen Fürsorge nicht nur nicht mehr ausgebaut, sondern daß ihnen auch ein Rechtsanspruch auf das Heilverfahren eingeräumt wird und daß ihnen resp. ihren Angehörigen während der Heilbehandlung eine höhere, dem Betrage des Krankengeldes gleichstehende Unterbringung ganz allgemein gewährt wird. Während der Dauer des Heilverfahrens ist für solche Angehörige des Versicherten, deren Unterhalt bisher aus seinem Arbeitsverdienste bestritten hat, von der Versicherungsanstalt eine Unterstützung zu zahlen. Diese beträgt für solche Versicherte, die bis zum Eingreifen der Versicherungsanstalt einer Krankentasse angehört haben, die Hälfte des für sie während der gesetzlichen Dauer der Krankenunterstützung maßgebend gewesenen Krankengeldes. Dieser niedrige Betrag kann aber nach § 45 des Invalidenversicherungsgesetzes durch übereinstimmenden Beschluß des Vorstandes sowie des Ausschusses der Versicherungsanstalt erhöht werden. Wenn auch solche Beschlüsse von fast allen Versicherungsanstalten und zugelassenen Kasseneinrichtungen gefaßt sind, so ist trotzdem keine erhebliche Erhöhung der Unterstützung eingetreten. Da die Versicherungsanstalt für die Dauer der Heilbehandlung von der Krankentasse das dem Behandelten zuteilende Krankengeld eingiebt, so wäre es nur gerecht, wenn sie seine Angehörigen mit dem vollen Betrage des Krankengeldes unterstützen würde. Die Mittel dafür sind vorhanden; es fehlt nur der gute Wille hierzu. Die gesamten Einnahmen aus Beiträgen in der Invalidenversicherung von 1897 bis 1908 betragen M 1 765 414 293. An Renten sind während des Zeitraumes M 1 287 193 472 und für Heilbehandlung M 104 082 810 ausgegeben worden. Wie man sieht, verfügen die Versicherungsanstalten noch über ein gewaltiges Vermögen. Ueber die Durchschnittshöhe der an die Invaliden gezahlten Renten schweigt sich der Bericht aus. Wir fügen daher diese Zahlen hinzu. Im Jahre 1907 betragen die durchschnittlichen Renten: bei den Invalidenrenten M 166,04 pro Jahr, bei den Krankenrenten M 166,24 pro Jahr und bei den Altersrenten M 161,64 pro Jahr.

Diese Zahlen sprechen Wandel. Sie zeigen uns, in welcher „großartiger“ Weise für den deutschen Arbeiter gesorgt ist, wenn er nicht mehr in vollem Maße ausbeutungsfähig, wenn er invalide ist. Und dabei ist es gar nicht mal so leicht, in den Genuß dieser jämmerlichen Renten zu kommen. Von den vielen Fällen, wo Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes verneint wurde, sei nur einer hier angeführt: Ein Arbeiter wurde trotz des Verlustes beider Hände für erwerbsfähig (also nicht rentenberechtigt) erklärt, da er vermöge geschickter Benutzung der Stümpe und daran befestigter Werkzeuge als Waldhüter tätig sein kann!

Seit dem Jahre 1904 bis zum Jahre 1907 ist ein erheblicher Rückgang der Zunahmefaktoren der Invalidenrenten zu verzeichnen. Dies dürfte der Erfolg der Meßkonferenzen sein, die von Vertretern des Reichsamtes des Innern und des Reichsversicherungsamtes vorgenommen wurden. Das Reich wollte sparen, und zu diesem Zwecke mußte versucht werden, die Zahl der Invalidenrenten herabzumindern. Und das ist erreicht worden. — Aus alledem dürfte hervorgehen, daß die Versicherten keine Ursache haben, mit den Leistungen der Invalidenversicherung zufrieden zu sein. Sind es doch nur Prokrastinen, die ihnen gegeben werden. Ganz keine Pflichten für den imunden sozialen Volkörper. Nichts weiter.

Briefkasten.

(Anfragen in Sachen des bürgerlichen Rechts beantwortet wir nicht, ebenso erteilen wir keine briefliche Auskunft, auch nicht, wenn Rückporto beigelegt ist.)

Unsere Berichterstatter in Geyer, Gelsenau, Neuenburg, Strehlen, Wustau und Waren bitten wir, den Hinweis: „Für alle, die an die Redaktion schreiben“, in Nr. 5 des „Grundstein“ zu lesen und in Zukunft unsere dort ausgesprochenen Wünsche zu befolgen. Das gleiche gilt für viele andere Berichterstatter. Wir bitten die

Kollegen in den Zweigvereinen auch nochmals, ihre Schriftführer auf diese Notiz aufmerksam zu machen. — Eine Anzahl Berichte, besonders längere Jahresberichte, mußten wegen Raummangels wieder zurückbleiben.

Embsen, Forst, Großwig. Versammlungsanzeigen könnten leider nicht mehr in die vorige Nummer hineinkommen.

M. Sch. in Marne. Wend Dich an Hermann Lamprecht, Schönebeck a. d. E., Köbigstr. 9.

Frauenhausen a. N. und Minden. Weshalb fehlen unter den Berichten die Stempel?

J. M. Kattowik. Nach § 318 des BGB. steht dem Vater das Recht zu, bis zur Volljährigkeit des Kindes dessen Herausgabe von Joden zu verlangen, der es ihm in erblicher Weise vorerbt. Dies ist auch dann der Fall, wenn er die Erziehung des Kindes einem Dritten vertragsgemäß überlassen hat und dieser das Kind unterhält. Die Herausgabe kann der Vater dagegen dann nicht verlangen, wenn z. B. die Sorge für die Person des Kindes einem Pfleger übertragen ist. In diesem Falle hat an Stelle des Vaters der Pfleger über die Herausgabe des Kindes zu entscheiden. Ein Pfleger kann vom Vormundschaftsgericht eingesetzt werden, wenn der Vater verhindert ist, die elterliche Gewalt in der dem Gesetz entsprechenden Weise auszuüben oder wenn der Vater das Recht der Sorge für die Person des Kindes mißbraucht und dadurch das geistige oder leibliche Wohl des Kindes gefährdet. (§ 322 des BGB.) Triffst dies in dem von Dir geschilderten Falle zu, so mußt Du Dich mit einem Antrag an das Vormundschaftsgericht wenden.

Langenfelde, Memmelsdorf. Berichte von Zahlstellen können wir nicht aufnehmen, da uns der Platz kaum für die Berichte aus den Zweigvereinen reicht.

Zum Züricher Gesetz. Wir stellen hier fest, daß der Zentralleiter des Monatsbundes, Kollege **Albert Kirsch** in Weimar, in einem längeren Schreiben an uns erneut erklärt, daß zur Zeit des Züricher Gesetzes kein Monatsbundesleiter in Zürich war. Er ist bereit, dies vor jeder Organisationskonferenz unter Beweis zu stellen. Aus einer nochmaligen Schilderung, die uns die Züricher Sektionsleitung von den Verhandlungen und den Verhandlungen in einer nachfolgenden Versammlung entwirft, geht das gleiche hervor. Danach waren die Gegner der Fremden nicht Monatsbundesleiter, sondern unbeständere organisierte Maurer. Die Schreiben selbst zu veröffentlichten, müssen wir uns verlagern; vielleicht kommen wir nach Abschluß der Gerichtsverhandlungen nochmals auf die Sache zurück.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins-, bezw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile 105 15 A.)

- Bamberg.** Zahlstelle Memmelsdorf. Am 3. Februar starb unser treuer Kollege **Joh. Bapt. Hofmann** im Alter von 86 Jahren an Tuberkulose. **Breitungen.** Am 1. Februar starb plötzlich unser treuer Verbandskollege **Otto Rumpf I** im Alter von 49 Jahren an Typhus.
- Bronnen.** Am 5. Februar starb unser Kollege **Stanislaus Budnik** aus Nafel im Alter von 55 Jahren an Lungentuberkulose.
- Burg b. W.** Am 1. Februar starb unser langjähriger Verbandskollege **Hermann Kultz** im Alter von 34 Jahren an Lungentuberkulose.
- Chemnitz.** Am 4. Februar verstarb unser langjähriger Verbandskollege **Oskar Loos** im Alter von 30 Jahren.
- Dresden.** Am 26. Januar starb unser Mitglied **Hermann Müller** aus Reichardt im Alter von 65 Jahren.
- Frehlan.** Am 20. Januar starb unser Verbandskollege **Albert Matzke** im Alter von 58 Jahren an Lungentuberkulose.
- Gelmsdorf.** Am 30. Januar starb unser langjähriges Mitglied **Heinrich Wilke** an Gehirnerweichung.
- Leipzig.** Am 4. Februar starb unser Verbandskollege **Gustav Kutschbach** nach längerem Leiden an Darmtuberkulose.
- Mitweida.** Am 31. Januar starb unser treues Mitglied **Max Aurich** im Alter von 53 Jahren an Lungentuberkulose.
- Neuhardenberg.** Am 24. Januar starb unser Kollege **Christian König** im Alter von 63 Jahren an Magenkrebs.
- Nürnberg-Fürth.** Am 30. Januar starb unser treuer Verbandskollege **Johann Bauer** im Alter von 51 Jahren an Kehlkopfentzündung. — **Zapfelfle. S. d. Stadt a. N. = Weiskdorf.** Am 3. Februar starb unser treuer Kollege **Götz Burkhardt** im Alter von 24 Jahren an der Prolektierkrankheit.
- Oberriedersdorf.** Am 27. Januar starb der Kollege **Ernst Wünsche** aus Dürrenbersdorf im Alter von 52 Jahren an Herzleiden.
- Rosenheim.** Am 4. Januar starb nach kurzer Krankheit unser Kollege **Johann Salzberger** im Alter von 28 Jahren an Masernentzündung.
- Tautenhain.** Am 23. Januar verstarb nach längerem Siechtum unser Ehrenmitglied **Karl Theil** im Alter von 65 Jahren an Herzschlag.
- Treuenbrieten.** Am 29. Januar starb nach langem Leiden unser treuer Kollege **Paul Liebmann** im Alter von 41 Jahren an Lungenspitzenfäule. Ehre ihrem Andenken!

Hannover.
Zweiter Lokalbeamter

Der zweite Beamte muß mit der Kassen- und Buchführung sowie den Bureauarbeiten vertraut sein. Dem Bewerber schreiben ist der Lebenslauf, ein Nachweis über die bisherige Tätigkeit und ein Aufsatz über die oben verlangten Arbeiten beizufügen.

Die Bewerber werden ersucht, ihre Oskalen mit der Aufschrift „Lokalbeamter“ bis spätestens 16. Februar 1910 an den Unterzeichneten einzusenden.

Fritz Meissner, Hannover, Langestr. 2, 2. Et. NB. Es können nur Bewerber aus dem Zweigvereinsgebiet Hannover in Frage. [M. 6, 10]

Gross-Lichterfelde. [M. 2, 10]
Zentral-Frankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“

Vom 1. Februar an ist der Kassierabend für die Mitglieder des Vereins im Lokale von **Ernst Richter**, Gaussestraße 104, jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. im Monat; für den Rest wie bisher, „Kaiserhof“, Brandelplatz.

Albert Stille und Heinrich Krause,
 wo steht Zeit? Meine Adresse ist **A. Witzleben, Hannover,** Goethestr. 32, 4. Et. [M. 1, 20]

Robert Kirsch wird ersucht, seine Adresse wegen einer wichtigen Angelegenheit an Unterzeichneten gelangen zu lassen. Kollegen, denen der Aufenthalt des Genannten bekannt ist, werden um Mitteilung erucht. [M. 1, 50]

Otto Rösche, geboren am 9. November 1874 zu Bruder wegen Erblasserregelung gesucht. Wer den Aufenthalt des Genannten kennt, wolle dies an **Karl Rösche, Kamenz i. S.,** Beifstr. 13, mitteilen. [M. 1, 50]

Templin.
 Sonnabend, den 12. Februar, von 8 Uhr abends an, feiert unser Zweigverein sein

Wintervergnügen
 im Lokale des Herrn Werdarmann. Alle Mitglieder mit ihren Angehörigen sind dazu freundlichst eingeladen. [M. 3] Das Komitee.

Adressenveränderungen.
 (V bedeutet Vorhändler, K Kassierer, L Verbandslokale, H Herberge, Rz Reiseunterstützung wird abgezahlt bei.)

- Waldau.** V Emil Müller, Kreuzstr. 8.
- K. Adoff** Holz, Kreuzstr. 13.
- Sonneberg.** K Albert Jafob, Erholungsstr. 2 a/b.

Zentralfrankentasse der Maurer usw.

- Driesen.** K August Krüger, Wasserstr. 6.

Versammlungs-Anzeiger.
 Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.
 Sonntag, den 13. Februar.

- Bamberg.** Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. Mitgliederbühner sind mitzubringen.
- Delltsch.** Nachm. 3 Uhr im „Lindenhof“.
- Duchelsdorf.** Nachm. 3 Uhr bei Dörmte.
- Niemegk.** Nachm. 3 Uhr bei Fleischer.
- Schmölln.** Nachm. 3 Uhr im „Bidental“.
- Werder a. d. H.** Nachm. 3 1/2 Uhr bei Schmidt in G. S. D. W.

Dienstag, den 15. Februar.

- Neusalz.** Abends 8 1/2 Uhr im „Deutschen Kaiser“. Auch für Zimmerleute.

Samstag, den 20. Februar.

- Allstedt.** Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. Wichtige Tagesordnung.
- Coblenz.** Nachm. 2 Uhr im „Gartenbau“. Z. D. Jahresbericht und Nachm. 2 Uhr im „Gartenbau“. Z. D. Jahresbericht und Nachm. 2 Uhr im „Gartenbau“.
- Cunnersdorf i. R.** Nachm. 2 Uhr im „Gartenbau“. Z. D. Bericht von den Verhandlungen und vom Verbandsrat. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Nachm. 10 Uhr in der „Bühnenhalle“.
- Fürstenwalde a. d. Spre.** Nachm. 2 Uhr im „Gartenbau“.
- Würzburg.** Nachm. 2 Uhr im „Gartenbau“.

Freitag, den 16. Februar.

- Berlin.** 3. Solierer. Abends 8 1/2 Uhr bei Fleischer, Dragoerstr. 15. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Zentralfrankentasse der Maurer usw.
 Sonntag, den 13. Februar.

- Berlin.** Vorm. 10 Uhr bei Janssch, Niesstr. 10. Z. D. Quartals- und Jahresbericht, Renwalt der Ortsverwaltung, Anfragenangelegenheiten. Nachm. 2 Uhr bei Schwert. Z. D. Versammlungs- und Tagesordnung des Vorstandes über den Kassierat.
- Zabikowo.**